Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 209/210 23. DEZEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.oo Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adress noch besser: die abonummer

WAS ALLES LIEGENBLIEB :

Wischlingen: Ein selbstverwaltetes Freizeitzentrum wurde widerrechtlich zerstört **Bremen:** Kesseltreiben gegen Prof. Jens Scheer wegen seiner Anti-AKW-Aktivitäten. **Giessen:** Mitbestimmung im Jugendzentrum 'Kanzleiberg' abgeschafft, sowie Streichung von Sach- und Personalmitteln. **Marburg:** 'Schwarzer Alltag' Nr. 2 beschlagnahmt, eine Zeitung, in der Gefangene zu Wort kommen. **Bochum:** Krach an der Hildegardis Schule, Schülerinnen berichten über Auseinandersetzungen mit der Deutschlehrerin. **Stuttgart:** französischen Frauen wird Besuchserlaubnis für Verena Becker und Irmgard Möller verweigert. **Köln:** Öffentliche Zählung der Stollwerk Arbeiter, Finanzspritze für die Firma in einem Geheimvertrag mit der Stadt Köln festgelegt. **Koblenz:** Wie können staatsunabhängige Asten eingeführt werden? **Frankfurt:** Der DGB und Portugal - Erfahrungsbericht einer Studienreise. **Oberursel:** Zur Situation der politischen Gefangenen in Irland. **Barcelona:** Antiimperialistischer Kongreß der Liga für Menschenrechte verboten. **London:** Brutales Vorgehen der Polizei gegen eine Demonstration zum 'Selbstmord' der Stammheimer Grfangenen. **New York:** Aktionsgruppen zur Repression in der BRD und Unterstützungsgruppen zum Russell-Tribunal. **Tokio:** Fortschritt in China durch IBM, Computeranlagen werden für Banken geliefert. **Casablanca** Hungerstreik einer politischen Gefangenen endete tödlich. **Wien:** Die Polizei sucht die Palmers-Entführer.

HÄUSLICHES, MITZUTEILENDES

Wenn ihr jetzt unter dem Lichterglanz des Weihnachtsbaums mit glänzenden Kinderaugen den wohlverschnürten ID auspackt, so liegt das nachweislich nicht am Christkind oder anderen Kindern. Wenn die zwei Wochen danach sich kein weiterer ID einstellen will - auch nicht mit den Morgengaben der heiligen drei Könige - ist das ebenfalls keine göttliche Verschwörung sondern Menschenwille. ID Menschenwille. Angesichts der zahlreichen Vermerke in allen einschlägigen Kalendarien ersparen wir uns weitere Begründungen warum und wieso, sondern verweisen hiermit ausdrücklich auf das Erscheinungsfest des dann allerneusten ID am **14. Januar 1978 !** Das wär's.

GROHNDE-PROZESS IM JANUAR ?

Hannover
21.Dezember

Gerd (Jerry) Schulz sitzt seit 5 Monaten in Untersuchungshaft. Am 30.11.77 (ID 208) wurde er zu 7 Monaten Knast wegen Diebstahls einiger Benzinkanister aus einem Britischen Armee-Depot verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
Das hohe Strafmaß war klar und deutlich wegen seiner aktiven Anti-AKW-Aktivitäten gefällt worden. Jerry Schulz sollte im März 78 auch wegen seiner Grohnde-Aktivität (19.3.77) vor Gericht kommen, aber im Prinzip wäre er Anfang Januar nach 6 Monaten U-Haft nach einem Haftprüfungsthermin auf freien Fuß gekommen. Jetzt hat er erfahren, daß sein Grohnde-Prozeß vom März auf den 10. und 11.1.78 vorverlegt wurde. Es ist zu befürchten, daß dies ein Manöver ist, um den Haftprüfungsthermin zu unterlaufen und um Jerry weiterhin im Knast zu halten. Falls der Prozeß tatsächlich am 10. und 11.1.78 in Hannover (Landgericht ?) anläuft, würde dies der erste Grohnde-Prozeß in Hannover sein. Starke Öffentlichkeit ist notwendig. Kontakt zu Jerry über seinen Rechtsanwalt:

Axel Adamietz
Friesenstr. 92, 2800 Bremen
Tel. 0421/ 74 891

ALTERNATIVPRESSETREFFEN VERSCHOBEN

ESSEN
21. dez.

Das nächste überregionale Alternativpressetreffen in Essen, das ursprünglich schon für Januar geplant war, wird auf das Wochenende vom **10. - 12. März** verschoben. Das beschlossen am letzten Wochenende auf einem regionalen Treffen die Alternativzeitungen des Ruhrgebiets, die die Vorbereitung des nunmehr 6. Treffens gemeinsam übernehmen. Dazu soll Mitte Januar ein Rundbrief an alle Alternativzeitungen verschickt werden.
Alle Zeitungen oder Zeitungsinitiativen, die Interesse an der Teilnahme haben und die nicht in der Adressenliste (vom ID 202) stehen, sollen sich wenden an:

Klartext c/o Spanisches Zentrum
Kibbelstr. 12
4300 ESSEN 1 Tel.: 0201 / 23 66 02

BÜRGERINITIATIVEN UND BÜRGERSCHAFTSWAHLEN

HAMBURG
19. Dezember

Eine 'zentrale Wahlgruppe' aus verschiedenen BI's gegen AKW's in Hamburg hat zur Frage der Beteiligung an der Bürgerschaftswahl 1978 eine Broschüre rausgebracht, in der der Stand der Diskussion und die verschiedenen Positionen enthalten sind. Die Broschüre ist zu beziehen für DM 1,50 über das BUU-Büro, Schlüterstr. 4a, 2 Hamburg 13, oder über den AK Politische Ökologie, Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19 (Briefmarken und Rückporto beilegen!)

DER "NORDWIND" WEHT IN OLDENBURG

OLDENBURG
16. Dezember

Die Oldenburger haben jetzt auch ihre Stadtzeitung mit dem poetischen Namen "Nordwind". Der "Nordwind" fängt da an zu wehen, wo andere Oldenburger Zeitungen ihre Berichterstattung einstellen. Er berichtet über Bürgerinitiativen, über Gruppen, die sich dagegen wehren, daß das Modell Deutschland auch in Oldenburg traurige Wirklichkeit wird.
Die unterschiedlichen Formen, in denen diese Gegenwehr geschieht, sollen sich selbst darstellen und damit die Zeitung als Diskussionsforum verschiedenster Teilbewegungen (Frauen, AKW, Mieter etc.) nutzen.

Kontaktadresse:
Nordwind-Zeitung für Oldenburg, c/o Alhambra, Hermannstr.83
29 Oldenburg

SCHON HEINE HAT SCHÄTZEN GEWUSST MESCALERO



FRANKFURT
um 1840

„Den deutschen Universitäten muß man nachrühmen, daß sie den deutschen Schriftsteller, mehr als jede andere Zunft, mit allerlei Narren versorgen, und besonders Göttingen habe ich immer in dieser Hinsicht zu schätzen gewußt. Dies ist auch der geheime Grund, weshalb ich mich für die Erhaltung der Universitäten erkläre."

Heinrich Heine

NEUE ADRESSE DER „KIELER FRESSE"

KIEL
21. Dezember

Die Alternativzeitung „Kieler Fresse" hat eine neue Adresse:

„Kieler Fresse", c/o Thomas Schröder, Kirchenweg 10, 2300 Kiel 14

FRAUEN DER ZEMENTWERKER: "NICHT NUR DIE SCHÜRZE TRAGEN"

ERWITTE
15. Dezember

"Ehefrauen der Zementwerker in Erwitte berichten" heißt ein Buch der Erwitter Frauengruppe, das schon in zweiter Auflage herauskommt. Darin berichten die Frauen der Frauengruppe, was sich während des Arbeitskampfes und in der Zeit danach bei ihnen und den anderen Hausfrauen verändert hat. In Diskussionen und Berichten sprechen sie von dem Arbeitskampf, von ihrer Lebensgeschichte , von den Folgen der Arbeitslosigkeit der Männer, von Veränderungen in der Hausarbeit und Erziehungsarbeit, schließlich von den Schwierigkeiten der Männer, mit der Befreiung der Frauen fertig zu werden.
Ihr bekommt das Buch für 4 Mark (Wiederverkäufer 3,50 DM, Preis im Buchhandel 5 DM) bei
Karin Grabowski, Im grünen Winkel 15, 4782 Erwitte, Tel. 02943/ 3297

DAVID GEGEN GOLIATH

Zum Kampf der Winzergemeinde Nordheim gegen einen geplanten Truppenübungsplatz

NORDHEIM/MAINSCHLEIFE
21. Dezember

Vor ein paar Wochen besetzten Einwohner der Winzergemeinde Nordheim (Mainfranken) ein gemeindeeigenes Grundstück, auf dem die Bundeswehrverwaltung einen Wasser-(Pionier-)übungsplatz errichten will. Der Platz wurde eingezäunt und wird rund um die Uhr bewacht. Eine Hütte wurde auch bereits errichtet. Kaum einer überregionalen Zeitung war es wichtig genug, darüber zu berichten. Die Nordheimer führen ihren Widerstand praktisch allein, allerdings steht fast das ganze Dort geschlossen dahinter. Wie ist es dazu gekommen?

Die Bundeswehr, genauer die 12. Panzerdivision Würzburg, plant seit mindestens zehn Jahren eine in Speyer übende Pioniereinheit nach Volkach (Mainschleife) zu verlegen. Die Stadtverwaltung von Volkach wünscht diese Verlegung, sie erwartet sich dadurch vor allem wirtschaftliche Impulse. Für die Pioniereinheit ist ein Wasserübungsplatz in der Nähe unabdingbare Voraussetzung. Nachdem sich die Bundeswehrverwaltung aus praktischen Erwägungen unter drei Alternativstandorten den Standort Nordheim auserkoren hat (nur wenige Kilometer Entfernung) wurde im Juni 1967 ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt, in dem ein 30 ha großes Gebiet am Nordheimer Mainufer, direkt unterhalb der Vogelsburg, als Pionierübungsplatz vorgesehen wurde.

Dieses Planfeststellungsverfahren, in dem u. a. die bayrische Staatskanzlei und die Regierung von Unterfranken (Würzburg) ihren Segen gaben, ist nun zehn Jahre alt und wird damit Ende 1977 ungültig. Dies ist auch der Grund für die plötzliche Eile der Bundeswehr. Ein neu durchzuführendes Planfeststellungsverfahren würde mit großer Wahrscheinlichkeit scheitern, u. a. am neuen bayrischen Naturschutzgesetz.

Das vorgesehene Gelände befindet sich im schönsten Teil der Mainschleife, direkt unterhalb der Vogelsburg (Landschaftsschutzgebiet). Die Gegend ist von Weinbergen umgeben, es ist das Herzstück des fränkischen Weinbaugebietes (Lagen Nordheim und Escherndorf). Wegen der hochintakten Kulturlandschaft dient die Mainschleife auch als Naherholungsgebiet und — als Einnahmequelle der Weindörfer — zunehmend dem Fremdenverkehr.

Der Main ist an dieser Stelle noch nicht begradigt, sondern befindet sich noch in naturnahme Zustand, umgeben von Altwasser (Selbstreinigung des Mains) und Auwäldern. Da die Schiffahrt den Kanal zwischen Kitzingen und Volkach benutzt, ist auch von dieser Seite her keine Störung zu befürchten. Den überall zurückgedrängten Wasservögeln kommt dies ebenso zugute wie den erholungssuchenden Menschen. Andererseits ist damit gerade für die Bundeswehr ein weiterer Anreiz geschaffen, sich dieses Gebietes zu bemächtigen, denn ein ruhig fliessendes Wasser ohne die Störung durch die Schiffahrt ist für ihre Zwecke ebenso ideal.

Die Wehrbereichsverwaltung VI plant die Errichtung von 15 Werft- und Lagerhallen, einen Motorboothafen, außerdem soll das Flußbettverbreitert und vertieft werden. Die zuführenden Straßen sollen panzerfest ausgebaut werden. Die Bundeswehr will zwar auf den Einsatz von Hubschraubern bei Manövern verzichten, nicht so die US-Truppen, die ab 1980 den Übungsplatz mitbenutzen wollen. Derzeit üben die Amis noch auf dem (kleineren) Pionierübungsplatz in Gerlachshausen (einige km mainabwärts), der als Alternativstandort zu Nordheim in Frage kam, aber von der Bundeswehr abgelehnt wurde.

Im Herbst dieses Jahres spitzte sich der Konflikt an der Mainschleife zu.

Die Gemeinde Nordheim, der ein Großteil des umstrittenen Geländes gehört, wehrte sich mit allen Kräften gegen die „Besitzeinweisung" (entspricht etwa der Enteignung) ihres Grundstückes durch die Bundeswehr. Diese entschiedene Haltung wird vor allem von der Verbitterung der Winzer gegenüber der Überrumpelungstaktik von Regierung und Bundeswehr getragen. Das Grundstück besitzt für die Gemeinde insofern auch eine direkte wirtschaftliche Bedeutung, als es sich um ein Stück flachen Bodens in der sonst hügeligen Umgebung handelt, der für den Gemüseanbau genutzt wird. Das Grundstück ist von der Gemeinde an verschiedene private Pächter verpachtet, die Pachtverträge laufen bis 1980.

Die Bundeswehr ging nun, angesichts des Zeitdrucks, mit allen Mitteln vor, um ihr Interesse durchzusetzen: in den 1977 stattfindenden Flurbereinigungsverhandlungen lud sie sich selbst ein und sah sich dem Zorn der Bevölkerung direkt ausgesetzt. Verhandlungen mußten beinahe abgebrochen werden und Bundeswehrvertreter mußten vor versammelter Dorfbevölkerung förmlich Spießrutenlaufen. Auch der Versuch, die Grundstückspächter durch hohe Pachtabfindungen zum Verzicht auf ihre Rechte zu bewegen, scheiterte am Zusammenhalt der Pächter. (zumeist Einwohner der Gemeinde). An eine breitere Öffentlichkeit appellierte die Bürgerinitiative Nordheim durch aufgestellte Transparente (Weininsel ja — Bundeswehrinsel nein!" „Fremdenverkehr statt Bundeswehr" „Zerstörung der Mainschleife? — Nein!" und ähnliche) sowie durch eine breit angelegte Unterschriftensammlung, die noch läuft.

Auch eine Politik der vollendeten Tatsachen ließen sich die Nordheimer nicht bieten: Vermessungspfähle wurden herausgezogen, bei durch Luftballons kenntlich gemachten Pfählen (um sie auf weitere Entfernung beobachten zu können) wurden die Ballons zerstochen. Parallel zu den Pachtabfindungsverhandlungen leitete die Bundeswehr das Besitzeinweisungsverfahren ein (Mitte August), zu dem aber bis zum 18. Oktober noch keine endgültige Entscheidung vorlag. An diesem Tag, mitten

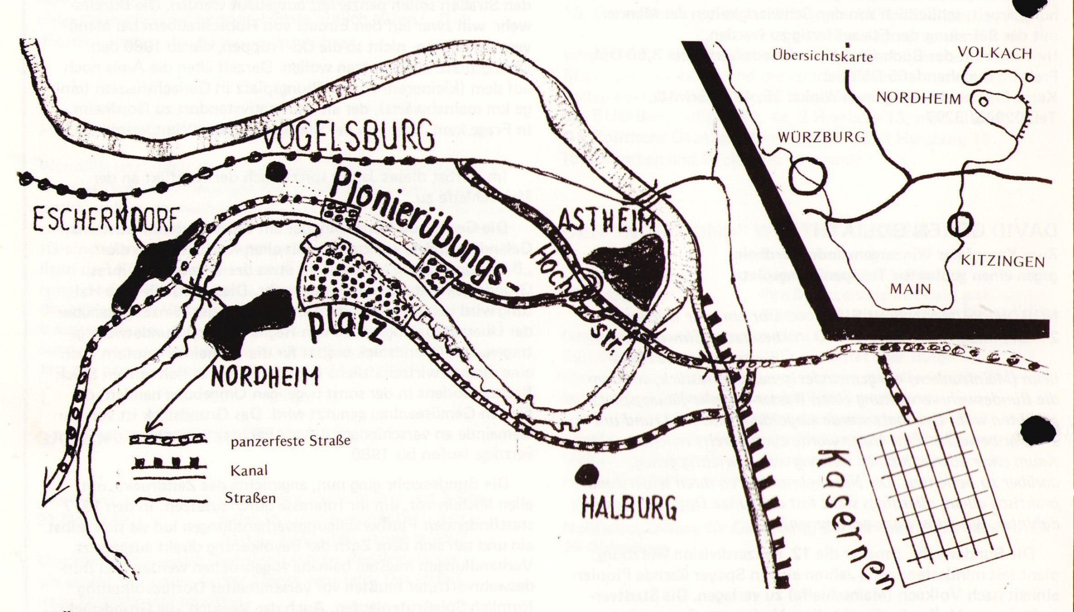
in der Weinlese, begann das Wasser- und Schaffahrtsamt Würzburg auf Geheiß der Bundeswehr mit Rodungs- und Planierungsarbeiten direkt am Nordheimer Mainufer. In kürzester Zeit wurden wertvolle Auwaldreste zerstört, Altwasser zugeschüttet. Vor der „Main-Post" (Würzburger Tageszeitung, die im ganzen mainfränkischen Raum gelesen wird im Oktober befragte Dienststellen äußerten ihr „Befremden" bis „Bestürzung" über das Vorgehen der Bundeswehr, selbst der Umweltausschuß des bayerischen Landtags konnte sich zu einem „Bedauern" durchringen und zu der „Einsicht", daß so ein Fall sich in Zukunft nicht mehr wiederholen dürfe. Auf die letzte Möglichkeit des Landtags, eine Verfassungsklage gegen den Bund, verzichtete er „im Interesse der von allen bejahten Landesverteidigung". Nach dieser Auffassung wäre also die Bundesrepublik bis zur Fertigstellung dieses Pionierübungsplatzes nicht zu verteidigen ..... .

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Main-Post" in ihrem Kommentar „Schwarzer Peter – Superstar" (12.11.1977) zwar mit harten Worten („Die Schieber verbreiten Gestank – jenen beißenden Geruch, der nach Willkür und Macht schmeckt") den Sachverhalt anprangert, aber die wirklich Schuldigen wieder freispricht, indem sie diese „Panne" als eine Kette von Verstrickungen erklärt. Dem ist aber nicht so: die Verantwortlichen sitzen in ihren Ämtern und sind, auch namentlich, auszumachen. Zu bemerken ist noch, daß die Bundeswehr formaljuristisch im Recht ist und daß das Wasser- und Schiffahrtsamt, dem die „Instandhaltung" der Flüsse unterliegt, auch diese bauvorbereitenden Maßnahmen vornehmen durfte.

Inzwischen ging auch der erste Prozeß der Gemeinde Nordheim (unterstützt vom Bund Naturschutz in Bayern) gegen das Planfeststellungsverfahren leer aus. Geklagt wurde gegen die Wasserentnahme und wegen einer möglichen Beeinträchtigung des Fährbetriebes auf dem Main im Schnellverfahren vor dem Verwaltungsgericht Würzburg. Die Gemeinde ist inzwischen mit ihrer Klage und einigen neuen Aspekten vor das Oberverwaltungsgericht München gezogen.

Um der Zerstörung der Mainschleife erst einmal Einhalt zu gebieten, haben nun die Bevölkerung Nordheims das gemeindeeigene Grundstück besetzt, worauf die Baumaschinen zunächst einmal abgezogen wurden. Ein erster Teilsieg der Winzergemeinde gegen einen übermächtigen Gegner!

Die offizielle Kontaktadresse der Bürgeraktion Nordheim ist **H Christ, Haus Nr. 84, 8711 Nordheim.**



BÜRGERINITIATIVE WEHRT SICH ERFOLGREICH GEGEN POLIZEIDIREKTOR

KREFELD
20. Dezember

Die Bürgerinitiative Niederrhein/ Krefeld gegen Atomkraftwerke (BINKA) schickte uns folgenden Bericht:

„Wie bereits berichtet *(siehe auch ID 206)* erhielten in Krefeld mehrere AKW-Gegner vom Polizeidirektor Krefeld Anhörungsbögen. Folgende Ordnungswidrigkeit sollen sie begangen haben: *„Sie fahren mit einem PKW im Stadtgebiet Krefeld herum,worauf sich eine AKW-Plakette befindet."*

Die Bürgerinitiative Niederrhein erstellte daraufhin ein Flugblatt, das in Krefeld verteilt wurde. Wir konnten feststellen, daß die Empörung in der Bevölkerung groß war. Krefelder Bürger nahmen Kontakt mit der Bürgerinitiative Niederrhein auf und beschwerten sich beim Polizeidirektor über das schikanöse Vorgehen der Polizei. Die Illustrierte „Stern" erfuhr von dem Vorfall und telefonierte mit dem Polizeidirektor. Unser Flugblatt und die daraufhin erfolgten Reaktionen aus der Öffentlichkeit veranlaßten schließlich den Polizeidirektor, uns folgenden Brief zu schreiben:

„Ich nehme Bezug auf Ihre Verteilung von – ergänzten – Fotokopien eines polizeilichen Anhörungsbogens wegen des Verdachts einer Ordnungswidrigkeit gemäß § 13 der Verordnung der Stadt Krefeld über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen des Stadtgebietes von Krefeld vom 26. 11. 1977 auf der Rheinstraße in Krefeld.

Ich möchte klarstellen und wiederhole damit den Ihnen bereits am Samstag, dem 26. 11. 1977 auf der Rheinstraße von einem meiner Mitarbeiter gegebenen Hinweis, daß die dem Anhörungsbogen zugrundeliegende OWi-Anzeige nebst Über-

sendung des Anhörungsbogens die Folge einer einem einzelnen Beamten unterlaufenen, nicht sachgerechten Auslegung des § 13 der vorgenannten Verordnung ist, nach welchem das Umherfahren von Reklametafeln und Plakaten genehmigungspflichtig ist.

Das diesbezügliche Verfahren wird sofort eingestellt; die Polizei wird Ihr Recht zur freien Meinungsäußerung im Rahmen der Gesetze uneingeschränkt wahren. Ich darf Sie unter diesen Umständen bitten, von einer weiteren Verwendung Ihrer diesbezüglichen Fotokopien Abstand zu nehmen.

Hochachtungsvoll gez. Dr. Bloser"

Wir sind jedoch weiterhin der Meinung, daß das Vorgehen der Polizei nicht die Folge einer einem einzelnen Beamten unterlaufenen, nicht sachgerechten Auslegung von Vorschriften ist, sondern daß es in die Reihe der anderen Behinderungen und Schikanen einzuordnen ist. Es wird an diesem Fall auch deutlich, daß gemeinsames Handeln durchaus Erfolg haben kann. Wie wäre die Sache wohl ausgegangen, wenn die Betroffenen sich nicht an die Öffentlichkeit gewandt hätten?"

Kontakt: **BINKA – Bürgerinitiative Niederrhein/Krefeld gegen Atomkraftwerke, c/o Wohngemeinschaft Ostwall 48, 4150 Krefeld**

SOLLEN AKW-GEGNER SICH AN WAHLEN BETEILIGEN?

– ERFAHRUNGEN AUS HAMELN –

HAMELN *Dem ,Frankfurter Anti-AKW-Rundbrief Nr. 2 ' entnehmen wir folgenden Bericht:* Dezember 1977

Bei den niedersächsischen Kreistagswahlen am 23. Oktober 77 kandidierte im Landkreis Hameln-Pyrmont eine Wählergemeinschaft "Atomkraft – Nein Danke"(WGA). Das war das erste Mal in der Bundesrepublik, daß Atomkraftgegner mit einer eigenen Liste an Parlamentswahlen teilnahmen.

Was waren die Ziele der Kandidatur?

Die WGA hat niemals versucht, die Kandiatur zur Kreistagswahl oder die Beteiligung am Parlament als Alternative zum außerparlamentarischen Widerstand darzustellen. Im Gegenteil: Auf der Kundgebung am 19.11. in Hameln hat die gewählte Kreistagsabgeordnete der WGA ausdrücklich ihre Solidarität mit den Angeklagten vom 19.3. bekundet, auch ihre Solidarität mit der Aktion selbst.

Wenn die Welt so eingerichtet wäre, wie sich das der Hamburger 'Arbeitskreis Politische Ökologie' vorstellt, dann hätte sie das gar nicht tun dürfen. Denn der Arbeitskreis behauptet, Wahlbeteiligung und Bauplatzbesetzung seien Aktionsformen, die einander ausschließen. Nun, die Welt ist offenbar nicht so eingerichtet, wie der 'Arbeitskreis' sie sich vorstellt.

Die Kandidatur hatte vor allem das Ziel, auch diejenigen Atomgegner zu erreichen, die nicht ohne weiteres an Demonstrationen oder Bauplatzbesetzungen teilnehmen. Wir sollten nicht vergessen, daß es eine ganze Menge "normale Bürger" gibt, die zwar entschiedene AKW-Gegner sind, denen aber das Demonstrieren nicht so leicht von der Hand geht wie uns.

Das Ziel der WGA war und ist es, eine Brücke zu schlagen zwischen den aktiven und den eher passiven AKW-Gegnern, um so den Einfluß der Anti-AKW-Bewegung zu verbreitern – ohne daß dabei die Bewegung selbst an Entschiedenheit und Schärfe verliert.

Der Vorwurf, eine solche Kandidatur schüre Illusionen in den Parlamentarismus, trifft nicht. Eine große Zahl AKW-Gegner, gerade unter den "passiven", haben Illusionen in die Parlamente. Wenn man sich an den Wahlen beteiligt, ist die Chance, diese Illusionen abzubauen, zehnmal größer, als wenn man – per Wahlboykottaufruf etwa – die Leute einfach auffordert, ihre Illusionen gefälligst abzulegen.

In der Plattform der WGA heißt es: *"Wir unternehmen alles, was der Stärkung und Verbreiterung des Widerstandes der Bevölkerung gegen den Bau von Atomkraftwerken dient. ... Wir gehören zu denen, die wegen dieser Haltung als Chaoten und Terroristen verleumdet werden. Wir solidarisieren uns dennoch mit denen, die wegen ihrer Teilnahme an Bauplatzbesetzungsversuchen und Demonstrationen in Grohnde und anderswo als Kriminelle abgestempelt werden."*

Apropos Grohnde: Der Bauplatz des AKW Grohnde liegt ca.10 km südlich von Hameln, also im Wahlgebiet.

Die Bürgerinitiativen

... haben sich sehr unterschiedlich zur WGA verhalten. Von den fünf örtlichen BIs hat uns nur die BI Bad Pyrmont, die größtenteils aus Jugendlichen besteht, von Anfang an unterstützt. Die GAU Grohnde hat sich später – als die Sache schon lief– zur Unterstützung entschlossen, dann aber sehr aktiv mitgearbeitet. Die BI Hameln (KPD-beeinflußt) war gegen "Parlamentarismus" und hat sich bemüht, der WGA Steine in den Weg zu legen. Das hat einen großen Teil der Mitglieder allerdings nicht gehindert, aktiv mitzuarbeiten. Die "Bürger gegen Atom", Hameln, eine Art exklusiver AKW-Gegner-Kreis aus dem gehobenen Mittelstand, hielt sich mit Hinweis auf ihre 'Überparteilichkeit' raus. Kein Wunder: Ein Mitglied dieser Gruppe kandidierte selbst – für die FDP. Die BI Weserbergland in Bad Pyrmont (beeinflußt vom Weltbund zum Schutz des Lebens-WSL), lehtne die Kandidatur zwar nicht prinzipiell, aber doch in dieser "radikalen" Form ab. In einigen Bereichen des Wahlgebiets gibt es überhaupt keine BI's. Da waren dann auch die Wahlergebnisse am "schlechtesten" (1,1 bis 1,5%).

Der Wahlkampf

SPD-Kandidat Budde, Ortsbürgermeister von Grohnde, zu vorgerückter Stunde in einer Kneipe: *"Ich habe Hausbesuche gemacht, in Grohnde, und war bei einem, der sonst immer die SPD gewählt hat – also mich. Der sagt mir diesmal ins Gesicht, daß er mich nicht wählen könne, ich wäre ja für Atomkraftwerke. Ich meinte dazu, daß er das gar nicht wissen könne und was das mit der Kreistagswahl zu tun habe. Was geht den das überhaupt an?"*

SPD, CDU und FDP hatten eigentlich vorgehabt, das Thema AKW Grohnde aus dem Kreistagswahlkampf herauszuhalten. Das ging dann aber nicht mehr, nachdem die WGA ihre Kandidatur angemeldet hatte. So holte die CDU eigens ihren Minister Pestel, der auf zwei Veranstaltungen zum Thema Atomenergie sprach. Zur einen Veranstaltung waren sogar die Kandidaten der WGA eingeladen. Sie gingen allerdings wieder (und mit ihnen 110 von 180 Anwesenden), als sich herausstellte, daß es mit der versprochenen fairen Diskussion nicht so weit her war.

Die Wahlveranstaltungen der WGA waren in der Hauptsache Informationsveranstaltungen zu grundlegenden Fragen der Atomenergie: Gesundheitliche Gefahren, Arbeitsplätze usw. Auf zwei dieser Veranstaltungen sprach der Hamelner Arzt Dr.Kater, CDU-Mitglied. Er hat deswegen Ärger in seiner Partei bekommen. Im übrigen hat er eine lesenswerte Broschüre geschrieben: Atomkraftwerksgefahren aus ärztlicher Sicht. Zwei andere Veranstaltungen wurden mit Holger Strohm durchgeführt.

Insgesamt gab es etwa 10 Veranstaltungen dieser Art, in Hameln, Bad Pyrmont, Emmerthal-Kirchohsen, Bad Münder und Hessisch Oldendorf, also auch auf den "Dörfern". Die örtliche "Deister-Weser-Zeitung" berichtete, unsere Veranstaltungen seien erheblich besser besucht gewesen als die der Parteien. In der Regel kamen etwa 30–80 Zuhörer.

Wir haben uns im Wahlkampf bemüht, bei Plakaten, Stellwänden und Infomaterial "mengenmäßig" mindestens ebenso in Erscheinung zu treten wie die Parteien. Aber vor allem ging es uns darum, unsere Stärken auszuspielen: Erstens hatten wir die besseren Argumente. Also haben wir an unseren Infoständen auf Würstchen verzichtet und stattdessen Informationsmaterial verteilt. Die Würstchen haben die Leute dann nebenan bei der SPD gegessen. Dafür haben sie mit uns über

AKWs diskutiert. Zweitens wurde unser Wahlkampf nicht von einem Parteiapparat geführt, sondern von einer Bewegung. Sicher, wir hatten in Hannover eine Druckerei zur Verfügung, die manchmal Tag und Nacht gearbeitet hat. Aber wichtiger war uns, daß wir die Leute hatten, die an Infoständen und bei Hausbesuchen ihre Argumente vorstragen konnten.

Die Informationsblätter der WGA wurden in einer Auflage von etwa 30.000 verteilt – man kann sagen, daß jeder dritte oder vierte Kreisbewohner sie gelesen hat. In drei Bereichen haben wir schwerpunktmäßig Hausbesuche organisiert: In zwei Hamelner Wahlbereichen und in Emmerthal-Grohnde. Da lagen dann auch die Wahlergebnisse zwischen 3,8 und 4,5%.

Eine Schwäche des Wahlkampfes lag darin, daß er nicht mit Aktionen verbunden werden konnte. Es gab keine unmittelbaren Anlässe dafür. Schön wär's gewesen, wenn das Anti-Atom-Dorf noch bestanden hätte, aber das war schon zwei Monate vorher geräumt worden.

Ansonsten haben wir uns viel Mühe mit der Pressearbeit gegeben. Obwohl – mit Ausnahme von zwei Journalisten – die örtliche Presse uns nicht gerade freundlich gesonnen war, klappte das doch ganz gut. Damit konnten wir noch erheblich mehr Leute erreichen als mit unseren eigenen Flugblättern; vor allem aber weckten die Presseberichte das Interesse für unsere eigenen Veröffentlichungen. Die Leute lasen halt, daß der CDU-Landrat und sein SPD-Gegenkandidat nachdrücklich vor der Stimmabgabe für die bösen AKW-Gegner warnten, und wollten dann auch wissen, was diese Leute selbst zu sagen hatten.

Das Wahlergebnis

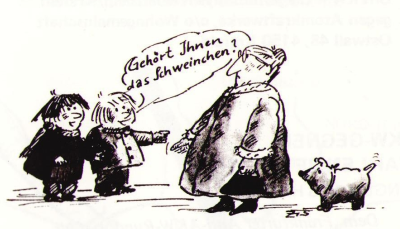
Die WGA hatte in sieben von acht Wahlbereichen Kandidaten aufgestellt. Daß es im achten Wahlbereich nicht klappte, lag teils an der kurzen Vorbereitungszeit, teils an unseren fehlenden Erfahrungen mit Wahlkämpfen und den Formalitäten, die für die Kandidatur nötig sind, und teils an der BI Hameln (siehe oben), deren Mitglieder noch nicht einmal ihre Unterschrift für die Kandidatur geben mochten. Der Umgang mit der Bürokratie fiel uns recht schwer – wir haben eine ganze Woche damit verbracht, Formulare auszufüllen und zu irgendwelchen Ämtern zu rennen.

Insgesamt gab's 2,3% der Stimmen, in Zahlen 6254. Allerdings muß man diese Zahl durch drei teilen, weil jeder Wähler drei Stimmen zu vergeben hatte. Da viele ihre Stimmen aufgeteilt hatten, kann man schätzen, daß etwa 3000 Leute eine, zwei oder drei Stimmen für die WGA abgegeben haben. Das ergab einen Sitz im Kreistag, etwa 800 Stimmen fehlten für den zweiten.

Die besten Ergebnisse gab es wie gesagt in der Gemeinde Emmerthal (4,45% – mehr als die FDP) und in den beiden Hamelner Bereichen (3,8 und 4,34%), das "schlechteste" im etwas abgelegenen Hessisch Oldendorf mit 1,1%.

Bemerkenswert ist allerdings, daß diejenigen Kandidaten in den anderen Parteien, die für Baustopp eingerteten waren, mehr Stimmen bekamen, als die WGA – etwa doppelt soviel. Die WGA hat also nur ein Drittel der Anti-AKW-Stimmen bekommen. Die WGA wird diese Leute – drei von ihnen sind in den Kreistag gewählt worden (2 SPD, 1 CDU) – in Zukunft auffordern, gemeinsam mit der WGA-Abgeordneten zu Aktionen aufzurufen. Dann werden wir sehen, wie ernst sie es meinen.





Ähnliche Kandidaturen

... gab es im Landkreis Hildesheim durch eine "Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) und im Landkreis Rotenburg/Bremervörde durch eine Liste "Demokratisches Bündnis".

Die Hildesheimer GLU hat sich im Wahlkampf streng von allen "gewaltsamen" Aktionen, von Kommunisten und Chaoten, von der BI Hildesheim und von allem möglichen distanziert. Sie hat 1,2% der Stimmen bekommen. Das reichte knapp für einen Sitz im Kreistag.

Das "Demokratische Bündnis" war ein Zusammenschluß von KB, Ex-Jusos und verschiedenen Initiativen (AKW, Jugendzentrum, Frauen). Es bekam 0,7% – immerhin mehr als die DKP, aber weniger als etwa die NPD.

Soll man nun kandidieren oder nicht?

Ich glaube, eine solche Kandidatur, mit einem Programm, daß sich bewußt beschränkt auf den Kampf gegen AKWs, ist nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll. In Hameln gibt es ein AKW in der unmittelbaren Umgebung. Auf Landes- oder gar Bundesebene, aber auch in kommunalen Bereichen, die nicht unmittelbar betroffen sind, wird man damit wenig Erfolg haben.

Das ist nun allerdings kein Grund, Wahlbeteiligungen von AKW-Gegnern prinzipiell abzulehnen. Im Gegenteil: Es sollte vielmehr ein Grund sein, darüber nachzudenken, ob nicht die Anti-AKW-Bewegung selbst auch auf andere soziale Fragen Antwort geben muß. Atomfilz-Betriebsräte und Atomfilz-Gewerkschaftsführer gehen – in trauter Eintracht mit ihren Bossen – in der Arbeiterschaft mit dem Argument hausieren, AKWs würden Arbeitsplätze schaffen. Sicher, wir können das ganz gut widerlegen – Kohlekraftwerke schaffen ebenso Arbeitsplätze, verstärkter Stromeinsatz dient zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen – aber reicht das aus? Gibt das eine Antwort auf die Frage, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt werden kann?

Solange wir auf diese Frage keine bessere Antwort geben als die Atomfilze, werden die Leute auf sie hören. Deshalb müssen wir – auch ohne Wahlbeteiligung – für den Weg eintreten, auf dem man die Arbeitslosigkeit tatsächlich bekämpfen kann: Verkürzung der Arbeitszeit, früheres Rentenalter, 35-Stunden-Woche, längerer Urlaub.

Das sollte für alle AKW-Gegner gelten – nicht nur für diejenigen, die sich gerade an Wahlen beteiligen wollen.

Sinn oder Unsinn einer Wahlbeteiligung entscheidet sich an der Frage: Wird die Anti-AKW-Bewegung dadurch verbreitert, wird der Widerstand gestärkt? Für Hameln glaube ich, daß wir Frage mit "Ja" beantworten können.

Wenn jetzt die BUU in Hamburg im Bündnis mit anderen Basisinitiativen zur Bürgerschaftswahl kandidieren will, wird die Beantwortung dieser Frage zum Großteil davon abhängen, ob und was für ein gemeinsames Programm zustandekommt. Ein Forderungskatalog, in dem nur die Gruppeninteressen der verschiedenen Initiativen aneinandergereiht werden, reicht meiner Ansicht nach nicht aus, um eine glaubwürdige Alternative zu den herrschenden Parteien darzustellen.

Es gibt ja noch eine Reihe anderer Leute, die jetzt ihre Chance wittern, als "Grüne" oder so etwas zu kandidieren. Zum Teil sind's Leute, die schon immer kandidiert haben, mal als 5%-Block, mal als etwas anderes. Man sollte diesen Leuten gegenüber sehr mißtrauisch sein.

Vor allem glaube ich, daß wir nicht in den Fehler verfallen dürfen, in der Wahlbeteiligung eine *Alternative* zu Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen zu sehen. Das führt über kurz oder lang in die parlamentarische Sackgasse, in schlechtes Stellvertretertum, wie's am deutlichsten von der oben erwähnten GLU betrieben wird, die nun in Niedersachsen zu den Landtagswahlen kandidieren will: "Vielleicht können wir im Landtag das Zünglein an der Waage spielen." Diese Leute sehen sich schon als tapfere Volksvertreter (mit fetten Diäten natürlich), die am grünen Tisch Koalitionen mit SPD oder CDU schmieden, nach dem Motto: Wir verschaffen Albrecht die Mehrheit im Landtag, und dafür verspricht er uns, daß die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben erst zwei Jahre später gebaut wird. Albrecht wird euch was husten ...

Wichtig an der WGA war vor allem der – teilweise recht erfolgreiche – Versuch, über den Kreis der bisher schon aktiven AKW-Gegner hinauszukommen, die "passiven" AKW-Gegner mit einzubeziehen, die "Skeptiker" zu AKW-Gegnern zu machen. Die Wahlbeteiligung hat dazu beigetragen, daß wir in Hameln mit vielen Leuten über Atomkraftwerke diskutieren konnten, die sich mit einer "gewöhnlichen BI" niemals auseinandergesetzt hätten.

In der Anti-AKW-Bewegung wird oft von "neuen Aktionsformen", "mehr Phantasie" usw. gesprochen – vorzugsweise dann, wenn man nicht so recht weiß, wie's weitergeht. Wir haben uns in Hameln nicht sehr auf "neue Aktionsformen" verlassen. Stattdessen haben wir einige "alte" Formen der Öffentlichkeitsarbeit benutzt, denen wir eigentlich sehr mißtrauisch gegenübergestanden haben: Einfache "Aufklärungs"-Veranstaltungen, die bürgerliche Presse, die öffentliche Auseinandersetzung mit etablierten Politikern – und eben die Wahlbeteiligung selbst. Das Mißtrauen gegenüber solchen Mitteln ist wohl berechtigt. Der Verzicht darauf wird dadurch aber nicht gerechtfertigt.

Kontaktadresse: Wählergemeinschaft, Papenstraße 2
3250 Hameln

ZUR VORBEREITUNG DES RUSSELL–TRIBUNALS

BERLIN, 14.12.77 *Das Sekretariat des Russell-Tribunals hat den 8. Rundbrief veröffentlicht, in dem auf wichtige Fragen der Materialsammlung, bzw. aufarbeitung eingegangen wird. Über die – erfreuliche– Entwicklung der Unterstützungsbewegun g wird berichtet, Materialien angeboten, zu weiteren Spenden aufgefordert und auf die Schwierigkeiten mit den Gruppen hingewiesen, die sich "Russell-Initiativen" nennen, mit dem Tribunal selbst aber nichts zu tun haben wollen, den Anlaß also funktionalisieren und damit für Verwirrung sorgen.*

Auszüge aus dem Rundbrief Nr. 8 vom 1.12.77:

"Nachdem die Mitglieder des Tribunals in der Erklärung vom 16. Oktober die konkreten Fragestellungen ihrer Untersuchungen benannt haben, wollen wir in diesem und in den folgenden Rundbriefen unsere Vorstellungen zur Materialsammlung und -strukturierung vorlegen.
Unsere Vorschläge resultieren aus der Prüfung der bereits vorliegenden Materialien, Gutachten etc., aus der Aufarbeitung des Ablaufs der vorausgegangenen Tribunale und aus Gesprächen mit den Vertretern der Stiftung sowie den Jury-Mitgliedern, die bereits am Vietnam- und Lateinamerika-Tribunal teilgenommen haben.

Wir bitten alle Unterstützer des Dritten Russell Tribunals, unsere Vorschläge zu prüfen. Sollten Sie sinnvolle und begründete Än derungs- und Ergänzungsvorschläge haben, bitten wir darum, uns diese so schnell wie möglich mitzuteilen, damit die Vorbereitung des Tribunals koordiniert verlaufen kann.

Die Mitglieder des Tribunals haben erklärt, daß Untersuchungsgegenstand des Tribunals vor allem die drei folgenden Fragen-Bereiche sein sollen:

– Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
– Wird durch straf–, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
– Werden Grund– und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Diese Fragestellungen wurden formuliert, nachdem die Mitglieder der Jury die ihnen vorliegenden Gutachten zu den im Rundbrief 4 genannten Bereichen unterschiedlicher möglicher Menschenrechtsverletzungen eingehend besprochen und zur Kenntnis genommen hatten.

Wir werden die vorliegenden und noch zu erwartenden Materialien entsprechend den von der Jury genannten Fragebereichen ordnen. Andernfalls scheint uns eine strukturierte, durchschaubare Untersuchungsarbeit nicht durchführbar zu sein. Wir bitten also alle Untersützungsgruppen, sich bei der Vorlage von Materialien an den Fragestellungen der Jury zu orientieren.
Bevor die Untersuchung der drei Fragenkomplexe beginnt, sollen dem Tribunal Gutachten vorgelegt werden, die zur Geschichte der Menschenrechte in der Bundesrepublik und damit zur Geschichte dieses Landes selbst Stellung nehmen, die die Geschichte seiner Justiz und die Geschichte und Tradition der politischen Auseinandersetzung seitens des Staates in diesem Land behandeln. Wir meinen, daß die Kenntnis dieser Zusammenhänge Voraussetzung für das Verständnis der gegenwärtigen Situation
Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung ist, di e den drei Fragen zugrunde liegt.
Herausgearbeitet werden sollte jener rote Faden, der unserer Ansicht nach sämtliche in den drei Fragen angesprochenen Bereiche möglicher Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik durchzieht und zusammenhält – nämlich:
a) die Verrechtlichung der Entrechtung; die Rolle der Behörden, der Polizei und der Justiz,
b) die Vorverlagerung des Staatsschutzes und damit der politischen Verfolgung in den Bereich von politischen Anschauungen und Äußerungen, verbunden mit dem Ausbau eines entsprechenden Überwachungsapparates und mit der Folge einer Atmosphäre von Einschüchterung und Selbstzensur (vgl. den Aufruf der Russell Stiftung vom Februar 1977), indem an rechtlich nicht faßbare und nicht berechenbare Begriffe ("freiheitlich demokratische Grundordnung"; "Sympathisant" etc.) gleichwohl schwerwiegende rechtliche Folgen geknüpft werden,

c) die zunehmende Verpflichtung auf den gegenwärtigen Staat (nicht etwa auf die Verfassung) durch die Forderung nach Bekenntnissen und durch Sprachregelungen und damit verbunden die Kriminalisierung aller anderen politischen Positionen, selbst schon die des ideellen Nonkonformismus. Vgl. die Berufsverbotspraxis und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hierzu, in dem mit Begriffen wie "Treue" und "verfassungsfeindlich" operiert wird, an die Loyalität der Beamten gerade in Krisenzeiten appelliert wird und gleichsam über einen Potpourri der Verfassungsgeschichte der Neuzeit jeglicher Unterschied zwischen Kaiserzeit und Demokratie

eingeebnet wird: vgl. die Zensurmaßnahmen über den § 90a StGB ("Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole") und schließlich die Begründungen zahlreicher Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte: der Anwalt sei ein "staatlich gebundenes Organ der Rechtspflege".
Aus den zu den drei Fragenkomplexen eingereichten Materialien werden dann – nach Rücksprache mit ihren Absendern und den Mitgliedern des Tribunals – diejenigen Fälle ausgewählt, die während der öffentlichen Sitzung behandelt werden sollen. Hierbei muß es sich tatsächlich um exemplarische Fälle, um "Schlüsselfälle" handeln, deren Untersuchung eine Vielzahl anderer Fälle mit abdeckt, von denen die Tribunalsmitglieder ja über das eingereichte Gesamtmaterial wissen.

Es versteht sich von selbst, daß die vorgelegten Materialien "hieb– und Stichfest" sein müssen; Parolen dürfen nicht Analyse und Belege ersetzen.
Jeder der drei zu behandelnden Fragekomplexe soll durch einen umfassenden Bericht zur Gesamtproblematik der jeweiligen Fragestellung eingeleitet werden.
Das Tribunal wird kompetente Berichterstatter bitten, entsprechdende Gutachten vorzulegen. Die zu den einzelnen Fragekomplexen dann vorgestellten Fälle werden ihrerseits durch Berichterstatter und Zeugen (Betroffene) erläutert, die sich anschließend der Befragung durch die Tribunalsmitglieder stellen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Tribunal auch denjenigen die Möglichkeit zur Stellungnahme geben wird, die der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt werden. Das Tribunal wird die entsprechenden Regierungs– und Behördenvertreter rechtzeitig und unter Angabe der zur Debatte stehenden Probleme einladen. Vorschläge durch die Betroffenen sollten deshalb auch in dieser Richtung frühzeitig gemacht werden.

Es ist entscheidend, daß bei der Auswahl der in den Sitzungen vorzustellenden Fälle jeweils Schwerpunkte gebildet werden, daß also die verschiedenen Fälle innerhalb der drei Bereiche aufeinander verweisen.

Innerhalb der drei von der Jury gestellten Fragen sollte jeweils eingegangen werden auf
a) die Anlässe der jeweiligen Maßnahme
b) das Ausmaß solcher Maßnahmen
c) die Techniken der Maßnahmen

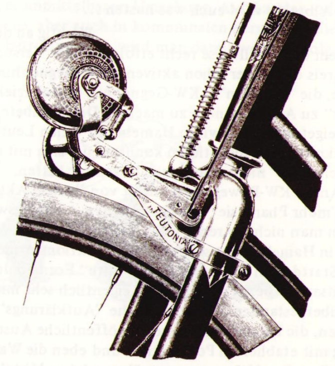
Das heißt, es muß in der Untersuchung der Fälle deutlich werden, welche Äußerungen und Handlungen inkriminiert worden sind und mit welchen Techniken dies durchgeführt worden ist. Die Darstellung bestimmter Verfolgungsmaßnahmen ist somit immer auch zugleich eine Darstellung derjenigen Äußerungen und Handlungen, gegen die vom Staat vorgegangen wird.

Zu den drei von der Jury genannten Fragestellungen einige Anhaltspunkte für die Materialsammlung:

I. Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
1. Anlässe solcher Maßnahmen wie z.B. Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen, Meinungsäußerungen, Teilnahme an Demonstrationen, Sippenhaft, Kontaktschuld etc.
2. Wirkungsbereich dieser Maßnahmen: Öffentlicher Dienst; freie Berufe, Medien, Privatwirtschaft; Drittwirkung von Grundrechten.
3. Techniken: Rolle von Polizei, Verfassungsschutz, Dossiers, EDV etc.; Diskriminierung im Privatbereich; Amtshilfe auch durch nicht–staatliche Stellen; Ablauf der Anhörungsverfahren.

II. Wird durch straf–zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
1. Anlässe: Kritik am Handeln von Staatsorganen (§§ 88a, 89, 90a, 130, 130a, 140, 185 ua. StGB);
2. Ausmaß: Strafrecht, Zivilrecht, öffentliches Recht, sowie rechtlich nicht faßbare bzw. nicht-normierte Vorwürfe insbesondere der des Sympathisanten; Zensurmaßnahmen in den Medien, Theatern etc. (abgesetzte Sendungen, Aufführungen u.a.)
3. Technik: Schilderung von Ermittlungsverfahren (polizeilich–öffentliche Vorverurteilung, Rufmord), Anklage, Gerichtsverfahren, Gesinnungsverfolgung (Argumentieren mit "eigentlichen Absichten" des Angeklagten)

III. Werden Grund– und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?



Nr. 1497. Radläuferglocke „Teutonia".
Zuverlässig und sicher funktionierend!
Stabil und sauber gearbeitet!

Anlaß, Ausmaß und Technik möglicher Menschenrechtsverletzungen im Strafprozeß sollen insbesondere am Beispiel der seit Januar 1975 getroffenen Gesetzesveränderungen im Verfahrensrecht und am Kontaktsperregesetz verdeutlicht werden. Es sollten die klassischen Prinzipien des Strafverfahrens – und auch gerade des politischen Strafverfahrens – mit den bereits vollzogenen und derzeit beratenen Änderungen des Verfahrensrechts konfrontiert werden.
Nämlich:
– Unschuldsvermutung; fair trial; Waffengleichheit; freie Verteidigerwahl; freie Advokatur; Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme; unbeschränkte Öffentlichkeit; gesetzmäßiger Rcihter; mißhandlungs– und Folterverbot; Gewaltenteilung; Rechtswegsgarantie; Rückwirkungsverbot; rechtliches Gehör; Unabhängigkeit der Justiz etc.

gegenüber
– Anwaltsverfolgung durch öffentliche Diffamierungen, Straf– und Ehrengerichtsverfahren; Einschränkung und Behinderung der Verteidigung bei gleichzeitiger Blockanklage, Ausschluß von Verteidigern, Überwachung des schriftlichen und des mündlichen Verteidiger–Verkehrs, öffentliche Vorverurteilung, Beschränkung der Akteneinsicht und der Aussagegenehmigung für bestimmte Zeugen; Bestimmung über Dauer und Bedingungen der Haft durch Behörden und nicht durch hierfür von Verfassung und einfachem Recht vorgesehenen Rcihter bzw. Gerichte; Legalisierung dieser Praxis zunächst über das Argument des "übergesetzlichen Notstands", dann über die Schaffung einer entsprechenden Ermächtigungsnorm im Eilverfahren (sogenanntes Kontaktsperregesetz) und über die geplante Sicherungsverwahrung.

Es kommt vor allem darauf an, daß aus der Unterstützungsbewegung bereits strukturierte Materialien, Gutachten etc. eingereicht werden. Die Jury erwartet , daß ihr diese Materialien einschließlich einer englischen und französischen

Übersetzung, die zumindest den voranzustellenden Zusammenfassungen beigefügt werden sollte. spätestens einen Monat vor Beginn der öffentlichen Sitzungen vorgelegt werden, damit die Tribunalsmitglieder sich mit der Gesamtproblematik auseinandersetzen können. Die Unterlagen müssen also so bald als möglich, spätestens aber Ende Februar 1978 in der genannten Form beim Sekretariat eingereicht werden, damit sie umgehend an die Tribunalsmitglieder weitergeleitet werden können.

PLAKAT

Das diesem Rundbrief beigelegte Plakat kann ab sofort beim Sekretariat bestellt werden. Es kann zur Ankündigung von örtlichen Veranstaltungen verwendet werden - in der rechten oberen Ecke wäre Platz für entsprechende Aufdrucke - bei Infoständen [illegible]ngesetzt oder für DM 3 verkauft werden. Wir geben das Plakat kostenlos ab, möchten aber daran erinnern, daß uns Herstellung und Verschickung in einer stabilen Papprolle pro Stück fast eine Mark kosten. Wir bitten also darum, daß uns Besteller entsprechende Spenden überweisen, bzw. daß der Erlös aus dem Einzelkauf den zentralen Konten überlassen wird. Bei Bestellungen von nur einem Stück sollte ein angemessener Betrag für Porto und Verpackung in Briefmarken beigelegt werden.

BUCH

Das vom Sekretariat herausgegebene Buch "Russell Tribunal - Berichte 1" verkauft sich erfreulich gut. Es gibt Auskunft über die Bertrand Russell Peace Foundation, die bisherigen Tribunale, die Absichten, Untersuchungsgegenstände und die Vorgehensweise des dritten Tribunals, stellt die Mitglieder der Jury vor, enthält neben einer Erläuterung der Kriterien "Menschenrechtsverletzungen" und "Besonderheiten der BRD" die wichtigsten internationalen Menschenrechtsvereinbarungen. Das Buch kostet 6,- Mark. Unterstützungsgruppen können es mit 10 % Rabatt durch Einzahlung des entsprechenden Betrages a[illegible] das Postscheckkonto der "Kirschkern" GmbH (Bln.-W. 4[illegible] 461 - 101) erhalten. Wir bitten außerdem darum, in den Buchhandlungen nachzuforschen, ob die Berichte geführt werden und nötigenfalls die Buchhändler anzusprechen, Buchhandlungen können die Berichte 1 bei der "sova" (Kurfürstenstraße 8a, 6 Frankfurt 90) bestellen.
Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hingewiesen, daß das Sekretariat keine Bestellungen ausführen kann, da wir aus steuerlichen Gründen keinen Handel treiben dürfen.

FINANZEN

Heute ist bereits absehbar, daß die Hochrechnung des Sekretariats für die Gesamtkosten des Tribunals (DM 200.000) eine Minimalrechnung war. Deshalb sei an alle die dringende Bitte gerichtet: Sammeln Sie Geld! Bis Ostern sind es nur noch knapp vier Monate. In dieser Zeit müssen die nötigen Geldmittel aufgebracht werden. Es hat in der letzten Zeit schon erfreuliche Initiativen bezüglich der Spendensammlung gegeben, Wohngemeinschaften, Kneipenkollektive, Sportvereine, Autorenkollektive, universitäre Gruppen und natürlich die vielen, vielen Einzelspenden haben Geld auf die beiden, im Auftrag der Russell Stiftung eingerichteten, Konten überwiesen. So hat z.B. der ASTA der PH Göttingen durch seine Arbeit angeregt, das Tribunal auch finanziell zu unterstützen. In einer Kneipe wurden DM 0.10 auf jedes Getränk aufgeschlagen und als Spende abgeführt, beim Flugblattverteilen und auf Veranstaltungen wurde gesammelt usw.

UNTERSTÜTZUNG

Erfreulicherweise wächst die Unterstützung des Tribunals weiterhin. In den letzten Wochen erreichten das Sekretariat Unterschriften von SPD-Stadträten aus Bonn, Ulm, Frankfurt, Norden und Wetter, von einem Kreistagsabgeordneten aus Göttingen, von Gewerkschaftssekretären und Betriebsräten. Hannes Wader unterzeichnete den Aufruf der Foundation ebenso wie eine große Anzahl von Hochschullehrern, unter ihnen: Frank Benseler, Sigrid Metz-Göckel (Dortmund), K. Wallraven (Göttingen), G. Obermair (Regensburg) und C. Colpe (Berlin). Eine Reihe von Juso-Gruppen bekräftigte in Resolutionen ihren Entschluß, das Tribunal zu unterstützen. Der Berliner Landesverband der Falken wies auf seiner Landeskonferenz "alle diffamierenden Äußerungen und gegen das Tribunal gericheten Drohungen führender westdeutscher Politiker auf Schärfste zurück" und richtete einen eigenen Ausschuß ein, der Veranstaltungen und Aktionen zur Unterstützungen des Tribunals planen und durchführen soll. Unterstützungs- erklärungen gingen ein von den Gruppen der Deutschen Friedensgesellschaft Esslingen, Oldenburg und Osnabrück (die Gruppe Hannover hat nicht wie im letzten Rundbrief fälschlich berichtet eine Unterstützung beschlossen, sondern lediglich erklärt, Material bereitzustellen), von der Initiative für die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten Bad Soden, vom Schweizer Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote und von der Gesellschaft für bedrohte Völker.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Viele Unterstützungsgruppen haben die Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal aufgenommen. Aktionstage, Infostände, Flugblattaktionen und Veranstaltungen wurden organisiert. Großveranstaltungen gab es in letzter Zeit in Mainz (mit 750 Teilnehmern die best besuchte Veranstaltung seit Jahren), Marburg (1300 Teilnehmer), Hannover (300 Teilnehmer), Hamburg (3500 Teilnehmer) und Berlin (über 4000 Teilnehmer). Auch in den nächsten Wochen werden in einer Vielzahl von Städten Veranstaltungen zum Tribunal stattfinden. Wenn noch Redner und Referenten gesucht werden, steht das Sekretariat gern mit Rat und Tat zur Seite.
Um eines bitten wir: Wenn Redner aus dem deutschen Beirat gesucht werden, so sprechen Sie dies vorher bitte mit dem Sekretariat ab. Eine prinzipielle Bereitschaft von Beiratsmitgliedern zu sprechen besteht mit Ausnahme von Pastor Niemöller, der aufgrund seines hohen Alters nicht auftreten auch nicht ständig von Telefonanrufen belästigt werden möchte.

Kontaktadresse:

Sekretariat des Russell Tribunals
Ahornstr. 5
1 Berlin 30

SCHWULE GEGEN UNTERDRÜCKUNG UND FASCHISMUS

Würzburg
Dez. 77

"Die Arbeitsgruppe 'Repression gegen Schwule' (NARGS), die von Schwulen aus 14 Städten (u.a. auch von ein paar Wüstlingen) gebildet wird, legt hiermit die Broschüre 'Schwule gegen Unterdrückung und Faschismus' der geneigten Öffentlichkeit vor. Wir haben darin einige Beispiele der konkreten, aber teilweise nicht offen sichtbaren Schwulenunterdrückung dargestellt (und sie — genau dokumentiert und mit Gutachten versehen — der Jury des Russell-Tribunals überreicht). Das sind die selteneren Fälle, in denen Schwulenunterdrückung faßlich, vermittelbar und damit auch bekämpfbar ist. Es sind einige Spitzen des Eisberges, der in seiner Gesamtheit unsichtbar, unverstehbar ist — weil er in uns ist, in unsere Köpfe eingeprägt,

in unseren Handlungen besteht. Sehen und beschreiben könnte man ihn nur vom Zustand der Befreiung her, in vagen Umrissen erkennen, indem wir unsere Vorstellungen von Freiheit mit unseren Beobachtungen der Wirklichkeit konfrontieren. Wir haben alle Teil daran und können ihn nur in gemeinsamer Kommunikation, Diskussion und solidarischer Kritik abschmelzen.

Aber da gibt es Leute/Institutionen, die genau das gegenteilige Interesse haben, nämlich diesen Eisberg zu erhalten. Herrschaftsinteressen, Klasseninteressen. Deshalb haben wir z.B. dem Gesetzgeber auf die Finger geschaut, wie er konkret Schwulenunterdrückung ausformuliert (und damit erhält und abstützt). Wir dokumentieren Schwulenhetze in der Presse am Beispiel Springer und führen 'wertfreie Wissenschaft' im Dienste der Normierung auf Heterosexualität vor (Stereotaxie, d.i. eine Operationstechnik der Psychochirugie). Schließlich erzählt einer von uns, wie ihm alltäglich Schwulenunterdrückung widerfährt und wie er sie verarbeitet.

Wir sehen einen engen Zusammenhang zwischen der Unterdrückung, die uns als Schwulen widerfährt, weil unsere Existenz die Zwangsheterosexualität in Frage stellt (z.B. Ehe und Männerherrschaft), und der Unterdrückung, die uns als abhängig Arbeitende, als Menschen in der BRD mit ihrer ständig wachsenden Repression trifft. Deshalb werden wir den Kampf gegen Unterdrückung auf allen Ebenen unterstützen.

Jedoch ist uns dabei wichtig, den Genoss(inn)en, mit denen wir zusammen kämpfen, klar werden zu lassen, daß sexuelle Befreiung, die wir anstreben, auch ihre verinnerlichte Unterdrükkung aufbrechen wird. Denn die, die meinen, das Schwulenproblem beträfe nur eine Minderheit, zeigen damit, daß sie die Einschränkung der Sexualität auf die Zwangs-Heteronorm verinnerlicht haben.

Die Broschüre kostet DM 2,-- und bestellen könnt ihr sie über: WÜHST c/o Sprecherrat, Jahnstr. 1, 87 Würzburg (Rückporto nicht vergessen!)



oder ihr holt sie euch gleich im Sprecherrat oder im Neuen Weg.

SCHWUF
(Schwule Fachschaft)"

entnommen: Das politische Mandat (Würzburg)

BOYKOTT GEGEN SPRINGER

KÖLN
19. Dezember

Zur Neubelebung der Kampagne gegen den Verleger Axel-Cäsar Springer zwei Informationen, Zum einen: die Plakette mit dem Aufdruck "Enteignet Springer" ist wieder zu haben. Erkundigt euch im linken Buchhandel oder beim Kommunistischen Bund (Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50). Zum anderen: ein Aufruf an Gewerkschafter und Kollegen ist verfaßt worden, in dem zum Boykott gegen die BILD-Zeitung aufgerufen wird. Der Text des Aufrufs lautet:

1. Ich unterstütze den Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung von 1972, in dem zum Boykott der Springer-Zeitungen aufgefordert wird.
2. Ich bin dagegen, daß Gewerkschafter mit Springer-Zeitungen in irgendeiner Form zusammenarbeiten (z.Bsp. Informationen geben oder sich für Interviews zur Verfügung stellen)
3. Ich selbst werde BILD und andere Springer-Zeitungen nicht mehr kaufen und meine Kollegen auch dazu auffordern deshalb setze ich mich auch aktiv für die Beseitigung der BILD-Zeitungskästen vor den Betrieben ein.
4. Ich unterstütze die gewerkschaftliche Forderung zur Demokratisierung der Presse, weil der Artikel 5 des GG nicht besagt, daß Pressefreiheit das Privileg von ein paar Dutzend kapitalkräftigen Unternehmern ist, ihre Meinung an den Mann bringen zu lassen.

Diese Initiative wird getragen von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Druckern, Journalisten und Schriftstellern. Kontakt: Jörg Gfrörer und Günther Wallraf, c/o Betrieb, Merkenicherstr. 99, 5 Köln60. Dort können Unterschriftenlisten ngefordert werden.

Wie Wallraff dem Berliner Extradienst mitteilte, hat die IG-Metall bereits 15.000 Exemplare des Boykottaufrufs bestellt. Außerdem habenbereits 20.000 Menschen unterschrieben. Trotzdem: bestellt und verbreitet den Aufruf; bei der IG-Metall kann er in den Archiven verschimmeln, ohne daß es jemand merkt.

PRAKTIKEN DES SPRINGER-VERLAGES IN DER PROVINZ

WETZLAR
20. Dezember

Beim Verlag Wetzlar Druck, dem Herausgeber von sechs Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 60.000 Exemplaren, macht sich der Springer Verlag breit. Kritische Journalisten werden in unbedeutende Ressorts versetzt, die Inhalte der Zeitungen verändern sich in Richtung der Regenbogenpresse.Die vormals kritische Redaktion wird ersetzt durch reaktionäre Schreiber, die den Stil der Bild-Zeitung einführen.

Der Geschäftsführer und Chefredakteur des Verlages Wetzlar-Druck, der ehemalige Bild-Zeitungs-Redakteur Janos Bardi, hat bereits zwei Jounalisten, die seinen politischen Vorstellungen nicht paßten, in entlegene Winkel der Redaktion gedrängt. Zur Zeit ist er bemüht, den Journalisten Adolf Salzer aus der Redaktion zu drängen.
So wirft Bardi dem 'sehr geehrten Herrn Salzer' zum Beispiel vor, eine dpa-Meldung unterschlagen zu haben. Es handelte sich um die Meldung, in der von einem verhinderten Anschlag auf das Büro des Generalbundesanwalt Rebmann die Rede war. Salzer war an diesem Abend verantwortlicher Nachtredakteur. Aus drucktechnischen und zeitlichen Gründen war es ihm nicht mehr möglich gewesen, die Meldung noch in den Satz zu geben.
In einem Brief, der sich auf diesen Nachtdienst bezieht, schreibt Bardi: "Ich lasse es dahingestellt, ob ihr Verhalten auf ihre Sympathien für die Terroristen zurückzuführen ist oder einfach auf die völlige Unfähigkeit, die Wichtigkeit einer Nachricht zu erkennen..." Im weiteren Verlauf des Briefes bescheinigt er Salzer seine Untragbarkeit und spricht mit sofortiger Wirkung eine Änderungskündigung aus. Das heißt: Salzer darf nur noch in der Unterhaltungsabteilung, der Rätselabteilung und der Motorabteilung arbeiten.
Salzer setzt sich in einem Brief an Bardi zur Wehr. Er erklärt die Vorwürfe als unhaltbare und er kündigt an, daß er vor das Arbeitsgericht gehen wird. Unterstützt wird er hierbei vom Betriebsrat, der seine Bedenken anmeldet, und von der Sozialdemokratischen Partei, die den Chefredakteur auffordert,

seine diffamierenden Unterstellungen zurückzunehmen. Der Chefredakteur Bardi antwortet der SPD in einem Brief, daß es dem Teufel nicht fremd ist, sich im Gewand des Teufels zu verstecken. Weitere Gründe erläutert der Chefredakteur: '''Meine Erwägung, daß diese Beurteilung nebst Unfähigkeit vielleicht auch auf Sympathie mit den Terroristen zurückzuführen sein könnte, ist durchaus nicht so abwegig, wenn ich bedenke, daß Herr Salzer zwar von der 'Baader-Meinhof-Gruppe', jedoch gleichzeitig und öffentlich von der 'Strauß-Kohl-Stoltenberg-Bande' zu sprechen beliebt. Bei Menschen, deren Handwerkszeug die Sprache ist, muß es doch wohl klar sein, daß diese Wortwahl aus der Einstellung folgt, Andreas Baader und Ulrike Meinhof würden eine politische Gruppierung leiten, während die Politiker Strauß, Kohl und Stoltenberg die Chefs einer Verbrecherbande sind..."

Eine ausführliche Dokumentation über den Verlag Wetzlar Druck ist zu beziehen bei: Karin Holzer, Mühlweg 6, 6331 Werdorf

ROLAND OTTO UND KARL-HEINZ ROTH BEDANKEN SICH

[illegible]n, Dezember 77

Liebe Freundinnen und Freunde,
diesem Rundbrief liegt ein Dankesschreiben von Karl-Heinz und Roland bei, das sich an alle Freund(inn) e(n) wendet, die durch ihre Hilfe zur Durchsetzung des Freispruchs von der Mordanklage beigetragen haben. Gleichzeitig erinnern beide daran, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Nachdem nunmehr das schriftliche Urteil vorliegt, bleibt abzuwarten, wie die Staatsanwaltschaft ihre angekündigte Revision begründen wird. Davon wird es im wesentlichen abhängen, wie Roland und Karl-Heinz zusammen mit ihren Verteidigern weiter vorgehen werden. Sollte es zu einem weiteren Prozeß kommen, werden wir uns sorgfältig mit den Urteilspassagen befassen, die sich auf Philip Werner Sauber beziehen. Wir sind nicht gewillt, die entsprechenden Darstellungen hinzunehmen.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die angekündigte abschließende Dokumentation vorerst zurückzustellen. Stattdessen wird eine kürzere Broschüre erscheinen, die sich auf einige wichtige Aspekte beschränkt. Roland und Karl-Heinz werden sie zusammen mit ihren Verteidigern erstellen. Um bei der Auswahl der behandelten

Themen eine Hilfestellung zuhaben, möchten wir Euch bitten, uns zu schreiben, welche Fragen Euch besonders interessieren/beschäftigt haben. Sie werden entsprechend berücksichtigt.
Mit der in diesem Zusammenhang anstehenden Finanzierung der Broschüre möchten wir (nochmals) alle, die bisher nicht ihre Rechnungen an das Unterstützungsbüro beglichen haben, dies umgehend zu tun. Wir haben neben der ersten Dokumentation "Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß? ", der Schallplatte "Kämpfen-Leben-Solidarisieren" zahlreiche kleine Hefte ausgeliefert (Erklärungen zur Person und zur Sache, die sog. Pressemappe, die illustrierte "Moritat ..." von Klaus, dem Geiger und Toni). Falls Buchläden usw. einen Teil der ausgelieferten Titel remittieren wollen, können sie es tun. Uns liegen noch zahlreiche Bestellungen vor, die wir nicht mehr erfüllen können, weil alle Titel mit Ausnahme der Schallplatte bei uns vergriffen sind.

Mitte Februar wird ein Film über den Prozeß und die damit zusammenhängenden Probleme fertiggestellt sein, der dann ausgeliehen werden kann. Aus aktuellen Gründen haben die Filmemacher einen Teil des Materials vorab veröffentlicht. Dieser Film beschäftigt sich mit den Folgen der Isolationshaft. Bilder aus einem der modernen Reformknäste sind mit einem Interview mit Karl-Heinz Roth unterlegt, in dem er über seine Hafterfahrungen berichtet. Der Film zeigt sehr eindringlich die Bedinungen einer Haft auf. Er eignet sich gut als Diskussionseinstieg zu dieser Problematik und kann beim Unterstützungsbüro bestellt werden. Leihgebühr: 30,-DM. 16mm, Länge etwa 15 Minuten.
Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, daß das Unterstützungsbüro im Augenblick sehr unregelmäßig besetzt ist, uns zu schreiben anstatt uns anzurufen, bzw. das zu versuchen. Das wars erstmal, wenn es etwas Neues gibt, hört ihr wieder von uns.
Mit freundlichen Grüßen
UNTERSTÜTZUNGSBÜRO
Glasstr. 80, Tel.:0221/520579
5000 Köln 30

Nochmals unsere Spendenkonten:
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98)
Kto-Nr. 10 510 3287 Wolfgang Hippe

Postscheckkonto Köln (BLZ 370 10050)
Wolfgang Hippe Sonderkonto
Kto-Nr. 135816 508

BRIEF AN ALLE, DENEN WIR UNSERE FREILASSUNG VERDANKEN

Nun sind wir also beide frei. Karl-Heinz seit über vier Monaten, Roland seit sechs Wochen. Wir haben die ersten Gehversuche hinter uns. Wir fangen an, uns Stück für Stück zurückzuholen, was der Knast und die Isolationshaft von uns abgeschnitten haben. Seit Prozeßende hat sich die politische Situation immer mehr verschärft. Wir wurden in sie unmittelbar hineingestoßen. Klar, daß wir auch nur ein bißchen später für lange Zeit hinter Zuchthausmauern geblieben wären. Wir wissen trotzdem, daß wir keinen Grund haben, mutlos zu sein. Wir haben uns gemeinsam als Genossen verteidigt, uns nicht von der Justiz auseinanderdividieren lassen. Unser Vertrauensverhältnis mit unseren Verteidigern war und ist einmalig. Die Erfolge, die wir gemeinsam im Prozeß errungen haben, hatten im Grunde ziemlich banale Voraussetzungen. Sicher hat der Prozeß keinen exemplarischen Charakter, jedes Verfahren ist wieder anders. Was vielleicht nicht vergessen werden soll, ist die Fähigkeit, so zusammenzuarbeiten, daß die Unterschiede und Konflikte nicht zum Bruch führen, sondern solidarisch aufgearbeitet uns im Gegenteil stark machen.
Es ist auch etwas klarzustellen. Wir haben den toten Werner Sauber verteidigt wie uns selbst. Und es waren die Bullen, die das Feuer auf Werner eröffnet haben. Werner saß unsichtbar mit auf der Anklagebank, erkonnte nicht mehr sprechen. Wir konnten gar nichts anderes tun, als sein wirkliches Verhalten zu verteidigen. Das ist uns im Verfahren auch teilweise gelungen. Im mündlichen und vor allem im schriftlichen Urteil, das jetzt vorliegt, war das nicht mehr so. Das Gericht deckt mit seinen Freisprüchen von der Mordanklage gleichzeitig Polizei und Bundes/Staatsanwaltschaft vor dem Prozeß, den wir ihnen in ihrem Prozeß gemacht haben.
Die Justiz war also nur minimal bereit, zurückzuweichen. Ohne Eure Unterstützung wäre es uns nicht gelungen, die geplante Verurteilung zu lebenslänglich zu verhindern. Eure Aktivitäten und Euer Engagement zum Prozeß haben einen Klimawechsel zur Folge gehabt, der uns erst das Terrain eröffnete, um im Verfahren den Kampf aufzunehmen.
Was wir z.Zt. sonst noch zu sagen haben, sagt am besten das Gedicht "Lob der Dialektik" von Bert Brecht:

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt
die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre
die Gewalt versichert: so, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: jetzt
beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt
was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
wenn die Herrschenden gesprochen haben
werden die Beherrschten sprechen.
wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? AN UNS.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? EBENFALLS
AN UNS.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von Heute sind die Sieger von Morgen
und aus niemals wird: HEUTE NOCH!

Roland Otto
Karl-Heinz Roth

ARBEITSBEDINGUNGEN IM BÜRGERLICHEN PRESSEHAUS

BREMEN
20. Dezember

Wie frei die Presse eines Landes ist, kann man auch am Arbeitsklima in den Pressehäusern ablesen. In einer ,,zweiten Abmahnung'' erhielt ein Kollege vom Weser-Kurier folgendes Schreiben, das unkommentiert deutlich macht, wie in Bremens Presse reagiert wird:

Aus Gründen der Sicherheit unserer Mitarbeiter und des Betriebes haben wir am 4. November 1977 Hausausweise ausgegeben und angeordnet, daß Betriebsangehörige beim Betreten und Verlassen des Pressehauses diesen Hausausweis dem Pförtner unaufgefordert vorzuzeigen haben. Der Hausausweis und die entsprechende Anweisung sind Ihnen am 4. November 1977 ausgehändigt worden.
Am Sonntag, 6. November 1977, haben Sie beim Betreten des Pressehauses dem Pförtner den Ausweis nicht vorgezeigt, sondern dem Pförtner nur ein auf das kleinstmögliche Format - knapp Zehnpfennigstück-Größe - zusammengefaltetes Papierstück hingeworfen und sogleich wieder weggenommen.
Am Montag, 7. November 1977, wiederholten Sie diesen Vorgang beim Betreten des Pressehauses, wobei der Pförtner diesmal jedoch diesen kleinen Papierpfropfen behielt und an uns weiterleitete. Beim Auseinanderfalten stellte sich heraus, daß es sich bei diesem Papierpfropfen tatsächlich um den Ihnen erst vor wenigen Tagen ausgehändigten Hausausweis handelte.

Wir stellen fest, daß Sie vorsätzlich gegen eine bestehende Anweisung verstoßen haben und es außerdem darauf anlegen, den Pförtnern ihre Kontrollaufgaben zu erschweren. Wir mahnen dieses Verhalten bei Ihnen ab und weisen Sie unter Bezugnahme auf die schriftliche Abmahnung vom 13. September darauf hin, daß wir Ihr Arbeitsverhältnis kündigen werden, falls wir erneut Ihr Verhalten rügen müssen. Ihr Hausausweis ist als Anlage beigefügt.
Hochachtungsvoll
Weser-Kurier GmbH

aus: Bremer Blatt, 0421/325344



AUFRUF ZUR REISE NACH TUNIX

BERLIN
20. Dezember

Am 27./28./29. Januar 1978 wird in Westberlin ein Treffen aller Freaks, Frunde, Genossinnen und Genossen, ein Treffen all derer stattfinden, denen es stinkt ,,in diesem unseren Lande''.

Wir haben jahrelang geglaubt, daß mit Aktionen unter dem Motto ,,Weg mit...'' und ,,Nieder mit...'' etwas zu verändern, wenn man es nur geschickt genug anstellt. Unsere Phantasie wurde darüber verstümmelt, eingeschläfert oder verschüttet. Statt uns wie immer auf die traditionelle Ebene des Widerstandes einzulassen, wollen wir diesmal über neue Formen des Widerstandes nicht nur miteinander diskutieren, sondern sie schon in der Art des Ablaufs unseres Treffens praktizieren. Wir wollen neue Ideen für einen neuen Kampf entwickeln, den wir selbst bestimmen und uns nicht von den Technikern des ,,Modell Deutschland'' aufzwingen lassen. Wir wollen wegkommen von der Hilflosigkeit des ewigen Reagierens zu neuen Formen des Agierens. Wir wollen das MAXIMALE für JEDEN ! Jeder kann seine eigenen Parolen und Gedanken formulieren, malen, singen und wir können trotzdem - oder gerade deswegen - gemeinsam kämpfen. WIR WOLLEN ALLES UND WOLLEN ES JETZT !

Wir werden ein 3-Tage-Fest feiern, und wir werden bereden, wie wir unsere Ausreise aus dem ,,Modell Deutschland'' organisieren. Wir werden bereden, wo Tunix liegt, und wie wir dorthin kommen. Oder: Wir werden bereden, wie wir das ,,Modell Deutschland'' zerstören und durch TUNIX ersetzen.

Die Themen für das GROSSE PALAVER liegen längst auf der Straße und auf der Hand. In Berlin wird das Zusammentreffen all derer organisiert, die schon die Unterwanderstiefel geschnürt haben.

Es werden also kommen:

Theatergruppen: *Karl Napp Theater, Zarathustra, Los Tres Tornados, etc.*
Musikgruppen: *Straßenmusiker, MEK, Teller Bunte Knete, Embryo, diverse Rockbands, etc.*
Film- u. Videofreaks: *von den Unis, aus den Stadtteilen, der DFFA etc.*
Feuerschlucker und Zauberer, Köche und Künstler.

Es wird Diskussionsveranstaltungen geben mit/von/zu:

Stadtteilgruppen und Bürgerinitiativen; Treffen alternativer Zeitungsmacher; Braucht die radikale Linke eine eigene Tageszeitung? (Diskussion mit den Nachrufeunterzeichnern); nationales Treffen der Knastgruppen; Knast und Vernichtung/Stammheim; Psychiatrie und Antipsychiatrie; Alternative Bildungsmodelle; Forum der Unifreaks vor/nach/im Streik; Repression und Zensur im Medienbereich; Atomstaat BRD; Verleihung der GOLDENEN FAUST; Diskussion mit ausländischen Genossen (Foucault, Deleuze, Guattari, Radio Alice etc.); und über alldas, was euch noch einfällt, und was ihr vorbereitet; usw., usw., usw.

Macht also zu! Die französischen und italienischen Freunde haben ihre Bündel schon gepackt und hocken in den Startlöchern. Bringen wir den Sumpf zum überschwappen!

Da die Berliner Bande sich hauptsächlich als Organisationsgruppe versteht für das, was die verschiedenen Initiativen bisher eingebracht und vorbereitet haben, sollten alle die Gruppen und Genoss-inn-en, die andere bzw. zusätzliche Ideen und Vorschläge zum inhaltlichen Verlauf des Treffens haben, bei uns Bescheid sagen. Schreibt eure eigenen Aufrufe und schickt uns auch ein paar!! Wenn ihr über alle neuen Ideen, Veranstaltungen und Aufrufe informiert werden wollt, schreibt uns eure Adresse.

Unsere Adresse: Koordinationsausschuß TUNIX, c/o Maulwurf Buchvertrieb, Waldemarstr. 24, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/614 9858 - werktags 16 bis 18 Uhr

Der Backstein sprach zum Haus:
ich halt dich nicht mehr aus!
Da sprach das Haus zum Stein:
dann fall ich eben ein!

FRAUENHÄUSER FÜR MISSHANDELTE FRAUEN

Nürnberg/ Berlin/ Frankfurt
21. Dezember 77

Auch in Nürnberg soll es ein Haus für mißhandelte Frauen geben. Die Frauenhaus-Gruppe braucht dafür dringend Unterstützung z.B. in Form von Solidaritätsadressen an die Stadt Nürnberg, in denen die Forderung nach einem Frauenhaus gestellt wird.

"Tagtäglich wird körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen verübt. Obwohl das in der Öffentlichkeit nicht mehr total verschwiegen wird, sind Mißhandlungen an Frauen durch ihre Ehemänner weitgehend Privatsache. Die erfahrene Mißhandlung wird von den Frauen oft als persönliches Versagen begriffen und deswegen schamhaft verschwiegen. Dazu kommt die materielle, soziale und emotionale Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern, besonders dann, wenn eine Frau Kinder zu versorgen hat.

Die Münchner Kriminalpolizei benannte für das Jahr 1976 1.200 Fälle von Mißhandlungen an Frauen. Die Dunkelziffer ist aber weitaus höher. Im Berliner Frauenhaus haben seit Bestehen innerhalb von einem dreiviertel Jahr 500 Frauen mit 900 Kindern Zuflucht gesucht.

Die Frauen wissen, wenn sie mißhandelt werden, oft nicht, wo sie eine sichere Zufluchtstätte finden können. Damit fehlt ihnen auch jede Möglichkeit ihre ausweglose Situation zu verändern. Es reicht nicht, daß in den letzten Jahren die Benachteiligung der Frauen in allen Bereichen thematisiert wird, was wir brauchen, sind konkrete Alternativen.

Im Frauenhaus sollen Frauen mit ihren Kindern mehr als Zuflucht vor Gewalt finden! Sie sollen dort Gelegenheit erhalten, von ihrer bisherigen Situation Abstand zu gewinnen; durch Kontakte mit Frauen in gleicher Lage ihre Isolation durchbrechen, indem sie gemeinsam ihre Probleme aufarbeiten und zusammen andere Lebensmöglichkeiten finden können. Durch Betreuung der Kinder können die Frauen entlastet werden und Zeit für sich gewinnen.

Auch in Nürnberg soll es bald ein Frauenhaus geben. Wir fordern deshalb von der Stadt Nürnberg folgende Unterstützung:

— Bereitstellung eines geeigneten Hauses
— Finanzierung von 2 Pauschalstellen für Mitarbeiterinnen
— finanzielle Unterstützung durch einen Tagessatz für jede Frau, die im Haus wohnt."

Kontaktadresse: Frauenhaus Nürnberg e.V.
8500 Nürnberg

Die Straße konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen, dafür aber:
das Konto der ‚Frauenhausinitiative' - Nr. 2020 191387 der Hypo-Bank in Nürnberg.

NOTRUF UND BERATUNG FÜR VERGEWALTIGTE FRAUEN

Ab 7.Januar 1978 gibt es in Berlin einen Notruf- und Beratungsdienst für vergewaltigte Frauen, der Tag und Nacht unter der Telefon-Nummer **251 28 28** zu erreichen sein wird. Dieser Dienst — der erste dieser Art in Deutschland — wird von 44 Frauen getragen, die sich im Schichtdienst abwechseln. Über den Notruf und Beratungsdienst können vergewaltigte oder von Vergewaltigung bedrohte Frauen jederzeit andere Frauen erreichen, die sie beraten und bei den Wegen zur Polizei, zu Ärzten oder zum Gericht begleiten. Der Dienst soll eine Unterstützung für alle vergewaltigten Frauen sein und ihnen helfen, Vergewaltigungen nicht mehr als beschämendes — oder wie es die Polizei und Justiz immer darstellen — als selbstverschuldetes Schreckenserlebnis passiv und allein zu ertragen. Neben der praktischen Unterstützung soll der Beratungsdienst auch eine Möglichkeit für betroffene Frauen bieten, ihre Erfahrungen gemeinsam zu verarbeiten und sich mit der Unterstützung anderer Frauen gegen die demütigende Behandlung bei Behörden, die oft genauso schlimm sind, wie die Vergewaltigung selbst, zu wehren.

Weitere Kontaktstellen:

Frauenhaus Berlin, Postfach 310 622,Tel. 82 63 018
Frauenhaus Bremen, Tel. 44 68 26
Frauenhaus Köln, Tel. 820-53643, 5 Köln 90 Postf.900272
Frauen helfen Frauen e.V. — Kontakt- und Beratungsstelle für mißhandelte Frauen, Zeißelstr. 8, 6 Frankfurt/M.
Tel. 59 71 058; Mo-Mi-Sa 10—17 Uhr; Di-Do-Fr 17—19 Uhr

Frauenhausinitiativen gibt es noch in vielen anderen Städten der BRD. Kontaktadressen stehen z.B. im ‚Kalender für Frauen — Tag für Tag' 1978 und auch in anderen Frauenkalendern.

PROZESS GEGEN ROOS UND SCHULZ AB 11. JANUAR 1978

FRANKFURT
21. Dezember

Bericht aus Frankfurt:

„Auch Darmstadt bekommt jetzt seinen „Terroristenprozeß", nachdem sich Staatsanwaltschaft und Gericht redlich bemüht haben, die große Schau nicht an den „Großen Bruder", die Frankfurter Staatsschutzkammer abgeben zu müssen. Und das funktionierte so: die Erschießung des Polizisten Sippel am 7. Mai 1976 in Sprendlingen war — nach Bulleneinschätzung, die natürlich auch in den Medien verbreitet wurde — das Werk von drei „Terroristen". Logisch — denn wer erschießt sonst einfach so einen Staatsdiener?

Nachdem man nun zwei Einschlägige gefunden hatte und die Ermittlungen gegen Detlef Schulz und Johannes Roos das von vornherein feststehende Ergebnis zeigten (siehe ID 198 und 205), verzichtete man stillschweigend darauf, aus den Beiden eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung zu machen. Bei Straftaten nach § 129 bzw. 129 a wäre nämlich nicht mehr das Darmstädter Landgericht, sondern besagte Staatsschutzkammer zuständig. Angesichts des Erfolgszwangs, unter dem Kripo-Sonderkommission, Staatsanwalt und Gericht seit

nunmehr fast zwei Jahren stehen — schließlich wurde ja nicht Hinz oder Kunz erschossen, sondern ein Repräsentant dieses Staates — wäre es ein arger Schlag gewesen, wenn den lokalen Darmstädter Justizbehörden die Früchte ihrer Mühe, d. h. zweimal „Lebenslänglich" für zwei beliebige „Täter" geklaut worden wären.

Deshalb bekommen die beiden nun als sozusagen amtlich anerkannte Terroristen (Detlef wird — nach Ansicht von Fahndern, wie der „Spiegel" so was immer ausdrückt — der RAF zugerechnet; gegen Johannes Roos wird in Düsseldorf wegen der angeblichen Zugehörigkeit zu zwei (!) terroristischen Vereinigungen ermittelt) einen „ganz normalen" Mordprozeß in der Provinz. Die Politik bleibt, wie sich's hierzulande gehört, draußen vor dem Gerichtssaal und schaut nur ab und zu mal rein, um nachzusehen, ob das mit der klammheimlichen Sicherungsverwahrung auch wirklich klappt.

Johannes sitzt zur Zeit immer noch in Düsseldorf, wo er Maßnahmen zu spüren bekommt, die einem mutgemaßten terroristischen Polizistenmörder alle Ehre machen. Ein Teil des von Ermittlungsrichter Joeres ausgeheckten Sonderprogramms war ja schon im ID 205 nachzulesen. Als der Düsseldorfer Anstaltsleiter, dem dies wohl noch nicht genug war, seine berufsspezifische Phantasie spielen ließ und u. a. selbstherrlich anordnete, Johannes' Zelle die ganze Nacht hell zu beleuchten und ihn, falls ihn trotzdem der Schlaf übermannte, alle zwei bis drei Minuten zu kontrollieren, trat dieser in einen Hunger- und Durststreik, der immerhin den Erfolg hatte, daß die Schliesser jetzt „nur" noch alle 15 bis 30 Minuten reinschauen, ob er endlich Selbstmord begangen hat.

Als flankierende Maßnahme zur Zerstörung seiner politischen und menschlichen Idendität produzierte Joeres eine Flut von Beschlüssen, die alle eines gemeinsam haben: die geistige Isolierung des Gefangenen wird perfektioniert, die Kommunikation zwischen „drinnen" und „draußen" abgewürgt, Informationen auf das Geschreibe staatstragender Medien zurechtkastriert.

Hier eine kleine Auswahl des bisher von Joeres angehaltenen und zur „Habe des Gefangenen genommenen" Schrifttums: Max Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne; Ring: Cuba for Beginners; ID; Pflasterstrand; ADAC-Motorwelt, ja sogar BamS und Bornheimer Brücke (auszugsweise). Joeres, das Schlitzohr, zur Begründung: es handelt sich um Periodika, und die dürften nur durch Vermittlung der Anstalt bezogen werden.

Außerdem wurden alle Briefe beschlagnahmt, in denen sich Johannes bzw. seine Briefpartner mit der aktuellen politischen Situation in Stammheim, Deutschland, inhaltlich auseinandersetzten. Bla, bla, Blödsinn dagegen geht glatt durch — wir haben es ausprobiert.

Sammlern von Anekdoten sei noch mitgeteilt, daß der famose Herr Joeres auch ein Fernschachspiel untersagte, das Johannes brieflich mit Leuten führte, die immer noch frei herumlaufen. Begründung: es sei „nicht auszuschließen", daß es sich dabei um den Austausch „codierter Mitteilungen" handele. „Unverständliche Briefe in den Händen von Untersuchungsgefangenen, die der terroristischen Gewaltkriminalität zuzuordnen sind, sind eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Anstalt" (Originalton). Nach diesem Beschluß ist nicht auszuschließen, daß Joeres des Schachspiels nicht mächtig ist. Und wir wissen jetzt auch, warum z. B. anonyme Morddrohungen ungehindert in die Hände von inhaftierten Genossen gelangen konnten, wie kürzlich bei Klaus Croissant: solche Briefe sind für Ermittlungsrichter verständlich.

Der Prozeß gegen die beiden soll — so will es Richter Spahn — ein Schauprozeß mit Panzerglas (für Staatsanwalt und Richter?) und besonderen Sicherheitsvorkehrungen werden. Je mehr Leute kommen, desto schöner und größer kann die Schau werden.

VERHANDELT WIRD AB 11. JANUAR !(1978, jeweils Mittwochs und Freitags, manchmal auch montags). Beginn: 8.30 Uhr (Gähn!) im LANDGERICHT DARMSTADT, MATHILDENPLATZ 13.

Auch wenn's euch auf die Nerven geht: wir sind immer noch auf Spenden angewiesen. Spendet deshalb auf das Postscheckkonto Frankfurt, Christiane Laser, Sonderkonto, Kto.-Nr. 363250 — 604 (BLZ 500 100 60.

RICHTER, DER BERUFSVERBOT GEGEN HENNING SPANGENBERG VERHÄNGT,SCHREIBT SEIT JAHREN FÜR DIE BERLINER MORGENPOST UNTER EINEM PSEUDONYM

WESTBERLIN
19. Dezember

Wie wir bereits im ID 207 berichtet haben, hat der Ermittlungsrichter des Kammergerichts, Bräutigam, ein vorläufiges Berufsverbot für die Verteidigung in Strafsachen gegen Rechtsanwalt Henning Spangenberg verhängt.

Gegen den Richter am Kammergericht Bräutigam hat Rechtsanwalt Spangenberg am 13.12.1977 ein Ablehnungsgesuch wegen der Besorgnis der Befangenheit eingereicht, weil er neben seinem Amt als Richter unter einem Pseudonym (Riedel) Mitarbeiter der Springereigenen Tageszeitung BERLINER MORGENPOST ist. Seit 1974 schreibt er dort Artikel über angebliche Terroristen und ihre Verteidiger.

In einer Pressemitteilung schreibt Spangenberg weiter:

"Für Herrn 'Riedel', der nun über ein Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Spangenberg zu entscheiden hatte, steht offenbar seit langen fest, daß die Verteidiger der 'Baader-Mahler-Meinhof—Bande" mit ihren Mandanten in krimineller Weise gemeinsame Sache machen. Fest steht für ihn wohl auch, daß die Anwaltskammern dabei versagt haben, die 'schwarzen Schafe' unter den Anwälten zu eliminieren, die 'Böcke von den Schafen' zu trennen. Schon im Oktober 1976 wußte Herr 'Riedel', daß sich die sog. Terroristenverteidiger zu 'Komplicen' ihrer Mandanten gemacht haben. Die illegale Lauschaktion in Stammheim zeigt ihm, daß die baden-württembergische Regierung 'Courage' hat, während seiner Ansicht nach Wissenschaftler, Geistliche und Publizisten - vor allem aber Verteidiger - die Diskussion über den Rechtsstaat 'pervertieren'. Die Verteidigung in politischen Strafverfahren ist für Herrn "Riedel" lediglich eine "mühsam aufgerichtete politische Fassade" hinter der sich nichts als gemeine Kriminalität verbirgt.
Klar ist für Herrn "Riedel" auch, daß die Verteidiger in sog. Terroristenverfahren die Verfahrensvorschriften mißbrauchen und die Prozesse verschleppen. Und schließlich sagt er es auch ganz offen: Das Urteil in Stattgart-Stammheim - lebenslange Freiheitsstrafe - stand von vornherein fest.
Solche Richter braucht der Rechtsstaat.
Herr Bräutigam hat mittlerweile eingeräumt, gleichzeitig Herr "Riedel" zu sein und die von Rechtsanwalt Spangenberg in seinem Ablehnungsgesuch erwähnten Artikel und Kommentare geschrieben zu haben. Sich selbst für befangen zu erklären, hielt Herr Bräutigam allerdings nicht für angemessen.
Dem Senator für Justiz, Herrn Prof. Baumann, ist seit geraumer Zeit bekannt, daß der Richter am Kammergericht Bräutigam gleichzeitig Herr "Riedel" von der MORGENPOST ist."

ANWALTSVEREIN VERWEIGERT AUFNAHME LINKER ANWÄLTE

Hamburg 13. Dezember In dem Rechtsstreit der Rechtsanwälte Raimund Benoit, Gerd Benoit, Petra Ewe und Petra Rogge auf Aufnahme in denHamburgischen Anwaltsverein hat der 14. Senat des Hamburgischen Oberlandesgerichts unter Vorsitz von Dr. Frick mit Urteil vom 28. Okt. 1977 die Rechtsanwälte Gerd Benoit, Petra Ewe und Petra Rogge mit ihrer Klage abgewiesen. Die Klage von Raimund Benoit ist noch nicht entschieden. Das Landesgericht in Hamburg hatte in 1. Instanz den Anwaltsverein dazu verurteilt, die Rechtsanwälte Raimund Benoit, Gerd Benoit und Petra Ewe als Mitglieder in den Verein aufzunehmen.

Das OLG bestätigte in den jetzt vorliegenden Gründen die Auffassung des Landesgerichts, daß der Hamburgische Anwaltsverein ein Monopolverein sei, der verpflichtet sei, jeden Anwalt, der die Mitgliedschaft beantrage, in den Verein aufzunehmen :

„Der Beklagte (Hamburgische Anwaltverein) besitzt die für die Annahme eines Monopolvereins erforderliche beherrschende Stellung und Gruppenmacht. ... Für einen Rechtsanwalt, der sich neben seiner eigentlichen Berufsausbildung der Verfolgung rechts- und standespolitischer Anliegen widmen will, ist die Mitgliedschaft bei dem Beklagten nach Überzeugung des Senats von wesentlicher Bedeutung. Denn nur über diesen Verein kann er, ... mit Aussicht auf Erfolg auf die Öffentlichkeit einwirken."

Trotz der grundsätzlichen Verpflichtung des HAV zur Aufnahme jedes Bewerbers entschied der Senat, daß in der Person der betroffenen Rechtsanwälte wichtige Gründe vorlägen, ihre Aufnahme in den Verein abzulehnen, weil sie

„in einer eines deutschen Rechtsanwalts nicht würdigen Weise in der Öffentlichkeit hervortreten und diese Art der Darstellung in den beklagten Verein hineintragen und diesen zu ihrem Forum machen wollen."

Als „eines deutschen Rechtsanwaltes nicht würdiges Verhalten" sieht der Senat zwei Äußerungen an, die die Ablehnung allein rechtfertigen sollen:

„1.) In einer Pressemitteilung, in der sich verschiedene Rechtsanwälte, darunter die Rechtsanwälte Gerd Benoit und Rechtsanwältin Petra Ewe gegen die Anwerbung ihrer Büroangestellten durch den Verfassungsschutz wendeten, hatten die Anwälte von „politischen Mandanten" gesprochen. Diese Formulierung wird vom Senat wie folgt verurteilt:

„In der Pressemitteilung bezeichnet sich der Kläger als Verteidiger „politischer Mandanten". Hiermit stelle er öffentlich die Behauptung auf, in der Bundesrepublik würden Bürger um ihrer politischen Auffassung willen strafrechtlich verfolgt. Demgegenüber ist für jeden mit dem in der Bundesrepublik geltenden Recht Vertrauten offenkundig, daß eine derartige Verfolgung nicht stattfindet und auch Anhänger extrem linker Auffassungen nur dann strafrechtlich belangt werden, wenn ihnen kriminelle Handlungen z.B. Mord, Geiselnahme, Raub oder Bildung krimineller Vereinigungen vorgeworfen werden."

2.) Den Rechtsanwälten wird außerdem vorgeworfen, daß sie im Juni 1975 ein Schreiben an den Vorstand der Bundesrechtsanwaltskammer unterzeichnet haben, daß sich gegen die am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Veränderungen der Strafprozeßordnung zur Einschränkung der Verteidigungsrechte richtete, Diese Erklärung beurteilt der Senat wie folgt:

„Dieser Aufruf ist von einer feindseligen Einstellung gegenüber den Organen des Staates (Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz) gekennzeichnet. Er spricht diesen jegliche Redlichkeit in ihrem Bemühen, im notwendigen Kampf gegen den Terrorismus geeignete rechtsstaatliche Regeln zu entwickeln, ab und bezichtigt sie, bewußt fragwürdige und zum Teil rechtswidrige Methoden anzuwenden, wie die Verwendung des Ausdrucks ‚nicht zurückschrecken' ergibt. Diese Einstellung wird von dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht geteilt. Würden solche Äußerungen von dem Beklagten ausgehen (Anwaltsverein, Anm. der Redaktion) so würden Öffentlichkeit und Staatsorgane ihn nicht mehr als einen zur Verständigung bereiten Gesprächspartner betrachten können, sondern als jemanden, der dem Staat und seinen Organen in feindseliger Gegnerschaft gegenüber tritt. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Veränderung des Bildes , welches bisher von dem Beklagten in der Öffentlichkeit ausging, dessen Ansehen und damit seinen Einfluß erheblich zu schmälern geeignet ist."

Der vom Senat in dieser Weise offen angegriffene Brief an den Vorstand der Bundesrechtsanwaltskammer war von 51 Hamburger Rechtsanwälten, darunter auch Mitglieder des Hamburgischen Anwaltsvereins, unterzeichnet worden. Die vom Senat angegriffenen Formulierungen auf Seite 1, 5 und 8 des Briefes lauten wörtlich:

„(Seite 1)

Wir, die unterzeichnenden Hamburger Rechtsanwälte, fordern Sie auf, die Öffentlichkeit entschiedener als bisher auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die dem Rechtsstaat durch jüngst erfolgte und weiter geplante Beschneidung der Verteidigerrechte droht. Wir fordern Sie weiter auf, die gesamten Einflußmöglichkeiten der Kammern auf die Gesetzgebungsorgane wahrzunehmen mit dem Ziel, die bestehenden Beschränkungen aufzuhaben und noch drohende zu verhindern. Gleichzeitig appelieren wir an Sie, Übergriffe von Strafverfolgunsgbehörden und Justiz, die sich gegen Strafverteidiger richten,nicht länger unwidersprochen hinzunehmen.

(S. 5)

Der Angriff gegen Strafverteidiger wird aber nicht nur mit gesetzgeberischen Mitteln geführt. Vielmehr haben auch die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden deutlich gemacht, daß sie gegenwärtig vor der Anwendung äußerst fragwürdiger und zum Teil sogar rechtswidriger Methoden nicht zurückschrecken, wenn es gilt, gegen unbequeme Strafverteidiger vorzugehen. Eine wahre Fundgrube ist hier der Stuttgart-Stammheimer Prozeß. Nur wenige Beispiele seien genannt:"

(Es folgen Ausführungen zum Verteidigerausschluß, zur Beiordnung von Pflichtverteidigern gegen den Willen der Angeklagten, zur Ablehnung einer Einarbeitungszeit für Rechtsanwalt Heldmann als Verteidiger in Stammheim, zur Durchsuchung von Anwaltsbüros und zur Verhaftung der in Stammheim tätigen Verteidiger.)

(S.8)

Das Zusammenspiel der gesetzgeberischen, richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen droht sich noch auszuweiten und zu verschärfen. Schon werden Gesetzesentwürfe ausgearbeitet, welche bisher noch durch den Widerstand von Anwaltschaft und Öffentlichkeit verhindert werden konnten. Z.B. die Überwachung des freien Verkehrs zwischen Anwalt und Mandant und die Konzeption eines Gesetzes gegen ‚Verfahrenssabotage'. Daß auch diese Gesetze mit der gleichen Unbedenklichkeit gehandhabt werden würden, wie die bereits bestehenden, ist angesichts der bisherigen Übergriffe zu befürchten. In dieser Situation besteht für die Rechtsanwaltschaft die Pflicht, entschlossen Stellung zu nehmen gegen eine Entwicklung, die zu einer Demontage des Rechtsstaats führt."

Die betroffenen Rechtsanwälte werden gegen die Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts Revision beim Bundesgerichtshof einlegen.

Raimund Benoit, Gerd Benoit, Petra Ewe und Petra Rogge.

ENTZUG DES FÜHRERSCHEINS WEGEN GEISTIG-CHARAKTERLICHER MÄNGEL

KÖLN
17. Dez. 77

Peter-Paul Zahl hat einen Ersatzführerschein beantragt. Der Kreisrechtsdirektor von Soest, Prinz zu Waldeck, hat den Antrag abgelehnt. Im folgenden drucken wir die Begründung vollständig ab:

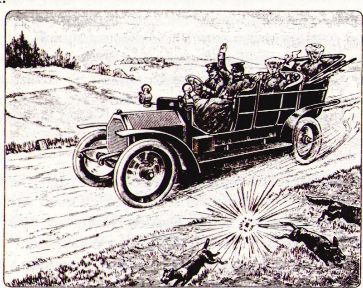
"Entziehung der Fahrerlaubnis

Aufgrund des § 4 Straßenverkehrsgesetz (StVG) i.V. mit § 15 b Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) in der jetzt gültigen Fassung entziehe ich Ihnen die Fahrerlaubnis der Klasse drei. Der Ursprungsführerschein wurde ausgestelle am 01.03.1966, ausgehändigt am 26.04.1966 unter der Listen-Nr. 10/0269/66, Zweitschrift ausgestellt am 27.03.1969 unter der Listen-Nr. 9/1006/69 vom Polizeipräsidenten der Stadt Berlin.

Über die Neuerteilung der Fahrerlaubnis kann ich frühestens nach Verbüßung Ihrer Freiheitsstrafe entscheiden. Diese gem. § 4 Abs. 4 StVG gesetzte Frist beginnt ab Zustellung dieser Verfügung.

Der Führerschein kann nicht eingezogen werden, da Sie lt. Erklärung vom 21.07.1977 Ihren Führerschein verloren haben. Die beantragte Ausstellung eines Ers atzführerscheines wird abgelehnt.

Gem. § 8 Abs. 2 Ziff. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21.01.1960 ordne ich die sofortige Vollziehung dieser Verfügung im öffentlichen Interesse an. Ausdrücklich weise ich darauf hin, daß Sie ab Zustellung dieses Bescheides nicht berechtigt sind mit Kraftfahrzeugen am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen, soweit eine Fahrerlaubnis erforderlich ist.



Begründung:

Am 06.07.1977 beantragten Sie durch den von Ihnen bevollmächtigten Rechtsanwalt Herrn Eisel die Ausstellung eines Ersatzführerscheines. Mit Erklärung vom 21.07.1977 erklärten Sie unterschriftlich, daß Sie Ihren Führerschein verloren hätten. Die zur Ausstellung eines Ersatzführerscheines notwendigen Ermittlungen ergaben, daß Sie bisher strafrechtlich wie folgt in Erscheinung getreten sind:

1. Am 03.03.1971 verurteilte Sie das Amtsgericht Tiergarten in Berlin wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten mit einer Bewährungszeit von 3 Jahren. Die Strafe wurde am 05.01.1977 erlassen;
2. Das Landgericht in Düsseldorf verurteilte Sie in der Sitzung vom 12.03.1976 wegen versuchten Mordes in zwei Fällen, jeweils tateinheitlich mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall, zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren.

Wie aus dem Urteil des Landgerichts Düsseldorf hervorgeht, haben Sie unter Benutzung eines verfälschten Reisepasses sowie eines gefälschten Führerscheines auf den Namen Volker Alberts lautend versucht, einen PKW bei einer Düsseldorfer Autovermietung anzumieten. Durch das Mißtrauen eines dort Angestellten wurden telefonisch Aufkünfte beim Straßenverkehrsamt in Mönchengladbach und bei der Mutter Volker Alberts eingeholt. Es verstärkte sich der Verdacht, daß es sich in Ihrem Fall möglicherweise um einen Betrugsversuch handelte. Somit wurde unverzüglich die Polizei benachrichtigt. Da Sie den angemieteten PKW erst zu einem späteren Zeitpunkt abholen konnten, waren zwischenzeitlich 2 Polizeibeamte bei der Autovermietung eingetroffen, die auf Ihr Eintreffen warteten. Nachdem Sie dort ankamen, forderten die Polizeibeamten Sie auf, sich auszuweisen. Sie übergaben dazu Ihren Führerschein. Als die Beamten Sie aufforderten, zwecks Feststellung Ihrer Personalien mit zum Polizeipräsidium zu kommen, zogen Sie eine Pistole. Diese war jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht schußbereit. Daher schlugen Sie mit der Waffe auf einen Polizeibeamten ein und verletzten diesen am Ohr. Dann flüchteten Sie, um einer Überprüfung Ihrer Person zu entgehen. Die beiden Polizeibeamten nahmen darauf hin die Verfolgung auf. Im Laufe dieser Verfolgung gaben Sie mehrere Schüsse auf die beiden Beamten ab. Dabei wurde einer der Beamten lebensgefährlich verletzt. Er mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Das Leben des Verletzten konnte im Krankenhaus nur durch sofortiges ärztliches Eingreifen gerettet werden. Auch auf den anderen Beamten feuerten Sie mit der Handfeuerwaffe mehrmals gezielt. Nachdem Sie gestellt wurden, versuchten Sie, Passanten gegen die Polizei aufzubringen und leisteten erheblichen Widerstand gegen Ihre Festnahme.

Aufgrund dieses Handlungsablaufes wurden Sie wegen versuchten Mordes in zwei Fällen, jeweils tateinheitlich mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren verurteilt.

In dem Urteil des Landgerichtes Düsseldorf ist festgestellt, daß Sie unser Staatswesen hassen. Sie setzen sich intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, nach Ihrer Meinung unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg. Sie hätten auch heute noch kein Verhältnis zu Ihrer Tat. Die zum Zeitpunkt des Urteils andauernde Untersuchungshaft hat auch keinen Eindruck auf Sie gemacht. Sie bedauern Ihre Tat nicht und schließen gleichzeitig nicht aus, in einer ähnlichen Situation wieder so zu handeln wie am Tattage.

Durch die dem Urteil des Landgerichtes Düsseldorf zugrundeliegenden Tatsachen und infolge ihrer Einstellung gegenüber allgemeinen Rechtsnormen haben Sie sich als ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen. Ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen ist gem. § 15 b Straßenverkehrszulassungs-Ordnung, wer wegen körperlicher oder geistigcharakterlicher Mängel ein Kraftfahrzeug nicht sicher führen kann. Durch Ihr Verhalten muß die Verwaltungsbehörde geistig-charakterliche Mängel konstatieren. Daher ist die Fahrerlaubnis zu entziehen.
Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichts-Ordnung wird angeordnet, da alle Verkehrsteilnehmer einen berechtigten Anspruch darauf haben, daß ungeeignete Kraftfahrer durch sofort wirksam werdende Maßnahmen der Verwaltungsbehörde von der Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr ausgeschlossen werden. Dieses Interesse der übrigen Verkehrsteilnehmer ist so groß, daß demgegenüber Nachteile, die Ihnen aus der Entziehung der Fahrerlaubnis erwachsen sollten, nicht ins Gewicht fallen. Herr Eisel als Ihr Rechtsanwalt teilet mir mit Schreiben vom 05.09.1977 mit, daß Ihnen evtl. die Möglichkeit gegeben werde, Urlaub aus der Haft zu bekommen. Er verlangte die Ausstellung eines Ersatzführerscheines, damit Sie am öffentlichen Straßenverkehr teilnehmen können. Bei Ihnen kommt bei der Anordnung der sofortigen Vollziehung noch hinzu, daß Sie durch die Inhaftierung bereits über einen längeren Zeitraum kein Kraftfahrzeug mehr im öffentlichen Straßenverkehr geführt haben. Es fehlt Ihnen also jegliche Fahrpraxis.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Kreisverwaltung Soest –Straßenverkehrsamt– in Soest, Senator-Schwartz-Ring (Zimmer 11), einzulegen.
Sollte die Widerspruchsfrist durch das Verschulden eines von Ihnen bevollmächtigten Dritten versäumt werden, so würde dessen Verschulden als Ihr eigenes angesehen werden.
Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids kann das Verwaltungsgericht in Arnsberg auf begründeten Antrag aussetzen.
I.A. Prinz zu Waldeck
Ltd. Kreisrechtsdirektor"

SCHÜLER FESTGENOMMEN – ERMITTLUNGSVERFAHREN (§ 129a)

LÜBECK
12. Dezember

Am 23.10.77 wurden nachts in der Lübekker Innenstadt 2 Schüler von der Polizei festgenommen, weil sie angeblich Parolen den Toten von Stammheim gesprüht haben sollten. Einer der Schüler wurde 14 Stunden von der Polizei festgehalten, Frank R. entließ man sogar erst nach 38 (!) Stunden aus der Haft. Heute läuft sowohl gegen Frank R. wie gegen zwei weitere Personen mit denen Frank R. zusammen wohnt, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§129a StGB).

Persönliche Erklärung von Frank R. zu den Vorfällen (Auszug):

"In der Nacht vom 22./23.10.77 gegen 0.45 Uhr wurde ich zusammen mit einem weiteren Schüler in der Lübecker City wegen des Verdachts der "Gründung bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§129a StGB) festgenommen, da wir angeblich Parolen zu den Toten in Stammheim gemalt haben sollen.
Ich mußte mich einer zweimaligen Leibesvisitation und einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen. Später wurde in der Wohngemeinschaft, in der ich wohne, eine Hausdurchsuchung (ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl wegen "Gefahr im Verzug") in meiner Abwesenheit durchgeführt. Insgesamt stellte die Polizei 27 Schriftstücke sicher: u.a. eine Hungerstreikerklärung der RAF, mehrere Ausgaben der Zeitschrift Info-BUG, persönliche Fotos und Negative, persönliche Notizkalender, Privatpost und Arbeitsmaterial der "Knastgruppe - Lübeck" (in der ich mitarbeite), Buback-Nachruf von Erich Fried, Zeitschrift Kanal 22 (des Lübecker Rechtshilfe e.V.), 1500 Exemplare eines Flugblattes der "Knastgruppe" zu einer öffentlichen Veranstaltung am 26.10., Zeitungsartikel aus der Frankfurter Rundschau, sowie mehrere Briefumschläge und Zettel mit Adressen und Telefonnummern.

Bezeichnend dabei sind die Kommentare der beteiligten Polizisten zu den beschlagnahmten Schriftstücken: "Genau das brauchen wir" (zur RAF-Erklärung) und "da haben wir schon was".

Während der andere Schüler bereits am 23.10. nachmittags wieder freigelassen wurde, wurde ich - rechtswidrig - erst nach 38 Stunden auf freien Fuß gesetzt.

Ausschlaggebend war dabei das Verhalten der zuständigen Haftrichterin, Frau Bruhn, die in meinem Fall erst den Zeitpunkt des Haftprüfungstermins herauszögerte und dann entschied, daß sie nicht mehr entscheiden werde.

Am 24.10.77 wurde ich dann gegen 15 Uhr ohne Begründung aus der Polizeihaft entlassen.
Welche terroristische Vereinigung ich gegründet oder unterstützt haben soll, und worin der Verdacht begründet liegt, habe ich bis heute nicht erfahren.
Ich stelle fest, daß ich rechtswidrig 38 Stunden lang festgehalten wurde, denn begründete Verdachtsmomente sind nicht vorhanden.
Die beschlagnahmten Schriftstücke können ebenfalls nicht als Begründung herangezogen werden, da es sich hierbei um Schriftstücke und Post handelt, die in der Wohnung jeder fortschrittlich engagierten Person gefunden werden können...

Ich habe gegen die erkennungsdienstliche Behandlung Einspruch eingelegt und werde Anzeige erstatten wegen Freiheitsberaubung bzw. Nötigung.
Gegen das Verhalten der Richterin, Frau Bruhn, ist von den Rechtsanwälten Herr Ruhberg und Herr Dr. Niemann Beschwerde eingelegt worden."

DOCH KEIN SELBSTMORD IN STAMMHEIM?

BREMEN
15. Dezember

Eine Genossin aus Bremen schrieb:

"Ich will euch kurz berichten, was hier in Bremen zum Internationalen Aktionstag zur Zusammenlegung aller politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen und zur Freilassung von Irmgard Möller gelaufen ist.
Vom 9.12. auf den 10.12 wurde in sämtlichen Stadtteilen Bremens eine (Fälschung der) Eilmeldung der Bremer Tageszeitung in Briefkästen gesteckt. Sie trug die Überschrift: "Haben Schubert, Ensslin, Raspe und Baader doch keinen Selbstmord begangen? " Nach den Vorfällen vom 18.10. in Stammheim hieß die Überschrift der Eilmeldung der Bremer Tageszeitungen: "Baader, Ensslin und Raspe haben Selbstmord begangen".
In der neuen Eilmeldung wurde die frühere Berichterstattung in Frage gestellt und die Freilassung Irmgard Möllers gefordert.
Beim Verteilen wurde aufgrund eines anonymen Anrufs 8 Leute geschnappt und die Personalien auf der Wache überprüft - weiter nichts. Die Zeitungen brachten keine Gegendarstellung, sondern nur den Polizeibericht, der Sonntags auch einmal durch das Radio ging."

BRIEF AN IRMGARD MÖLLER

BERLIN
2. Dezember 77

Von der Anti--Repressions–AG im Fachbereich Politische Wissenschaft an der FU Berlin kommt folgender Brief:

Liebe Irmgard,

wir sind tief betroffen von dem, was in Stuttgart und Stadelheim passiert ist. Trotz der Ereignisse und den Versuchen der Regierung, einerseits Euch total von der Aussenwelt abzuschneiden, andererseits uns einzuschüchtern, werden wir weiter versuchen, Formen von Widerstand zu finden.

Wir wissen, daß es Dir nicht gut geht. Wir wissen, daß Du weiterhin unter strengster Informationssperre stehst. Wir wissen, daß Du trotz richterlichem Beschluß, der Dir den Zugang zur Presse gestattet, Dir dieser weiterhin verweigert wird! Wir wissen, daß es weiterhin sehr schwierig für Dich ist, Dich mit Deinen Verteidigerinnen zu unterhalten und daß diese ohnehin spärlichen Besuche mit massiven Störversuchen und Provokationen verbunden sind.
Wir hoffen, daß Du unseren Brief erhalten wirst; er soll Dir zeigen, daß Du nicht im Stich gelassen wirst.

So protestieren wir aufs entschiedenste gegen die jüngste Provokation von Seiten der Staatsschutzbehörden gegen Deine Verteidigerin Alexandra Goy, gegen die am 11. November 77 ein richterlicher Durchsuchungsbefehl ihrer Praxisräume wegen "Verdachts des Vergehens nach § 129 StGB" erlassen wurde, sie selbst vorübergehend verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt wurde. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, Verteidiger/innen einzuschüchtern und mundtot zu machen.

Wir fordern, daß Deine Isolation aufgehoben wird, daß Du Möglichkeiten einer freien Aussage sowohl vor Deinen Wahlverteidigern als auch vor einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission haben kannst!

Wa_s wir vor allem fordern, ist Deine sofortige Freilassung, da Deine Haftstrafe von viereinhalb Jahren schon seit einiger Zeit abgelaufen ist. Wir halten es für untragbar, daß Du weiterhin unter unmenschlichen Haftbedingungen festgehalten wirst.

Wir fordern Deine sofortige Freilassung!

Wir fordern die antifaschistischen, sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Kräfte im In- und Ausland, insbesondere die "Russell-Initiativgruppen", die die Menschenrechtsverletzungen in der BRD angreifen auf, die sofortige Freilassung von Irmgard Möller durchzusetzen, indem über die Vorfälle in den westdeutschen Gefängnissen eine Öffentlichkeit hergestellt wird.

Wir fordern die Zusammenlegung von politischen Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen zu mindestens 15 Gefangenen!
Uneingeschränktes Besuchsrecht der Gefangenen, für ihre Anwälte, Ärzte ihrer Wahl, ihre Freunde!

Retten wir das Leben von Irmgard Möller!

Verabschiedet von der Studenten-Vollversammlung der Freien Universität Berlin am 2. Dezember 1977

Mit solidarischen Grüßen
Anti- Repressions-Gruppe

ZUM NEUEN JAHR: KONTAKTBEREICHSBEAMTE?

GÖTTINGEN *Bericht von Göttinger Genossen:*
16. Dezember

Im Folgenden schreiben wir euch eine Meldung, die in Göttingen von wenigen überhaupt registriert, geschweige denn bisher diskutiert wurde. Es geht um die schon fast 2 Monat alte, und bisher einzigartige Ankündigung der Einführung von KOB's (Kontaktbereichsbeamte) in Göttingen durch ein Göttinger Anzeigenblatt. Wohl nicht zuletzt durch die Hektik der laufenden Ereignisse in Göttingen und anderswo... ist diese Ankündigung nach kurzem Schreck bei denjenigen, die überhaupt davon Kenntnis bekamen, zu schnell verdrängt worden und bis zum heutigen Tage (auch) nicht an der Uni diskutiert!

Wie wir aber mitlerweile herausgefunden haben, ist das KOB-Projekt bereits weit über das Stadium der Planung hinaus gediehen, d.h. es deutet alles darauf hin, daß 'big brothers kleine Schüler - wie angekündigt - ihre Arbeit schon am 1.1.78 beginnen. Im nachfolgenden der Verlauf der bisherigen Ereignisse:

Am 20.10. dieses Jahres schreibt der BLICK (ein Göttinger Anzeigenblatt) unter dem nach BILD-Manier aufgemachten Aufreißer:

"Ab 1. Januar 1978 in Göttingen: Polizei-Plan für mehr Sicherheit":

"Aufatmen über diese unerwartet glückliche Befreiung der Lufthansa-Geiseln,...- vor diesem Hintergrund gewinnen aktuelle (?) Sicherheitskonzepte schlagartig an Bedeutung: Der Begriff "Sicherheit" hat eine neue Qualität gewonnen. Aus diesem Grund hat ein neuer (?), in Göttingen bislang noch nicht bekanntgewordener Plan der Polizei gute Aussichten, bei der Bevölkerung anzukommen: Schupos: So bürgernah wie möglich". "Ab 1. Januar 1978 werden in Göttingen 'Kontaktbereichsbeamte" nach Berliner Vorbild eingeführt - Schupos, deren Zuständigkeit sich ausschließlich auf festgelegte, nicht zu große Gebiet in der Stadt konzentrieren wird. Das bestätigte das niedersächsische Innenministerium am Dienstag dem Blick."

Und daß KOB's nicht nur in Göttingen, sondern auch in anderen Städten des Albrecht'schen Wirkungskreises eine Beschäftigung erhalten werden, läßt sich unschwer aus den a.a.O. zitierten Worten des Sprechers des Innenministeriums, Wittenberg, entnehmen:

"Bei kontinuierlicher jährlicher Aufstockung um 400 Beamte werden wir innerhalb der nächsten fünf Jahre das im Programm der inneren Sicherheit ausgewiesene Idealverhältnis 1:400 erreicht haben."

Wir konnten es zuerst kaum wahrhaben: Big Brother macht Stadtteilarbeit nun auch in Göttingen. Die friedliche Provinzstadt der Kleinbürger und Studis, übersichtlich wie ein Dorf und sehr geschwätzig, bekommt große Ohren. Sind die Fernsehkameras in Hannovers Straßen und Plätzen Ausfluß sozialdemographischen Sicherheitswahns, soll Göttingen nun scheint's für die CDU/FDP ein propagandaträchtiges Feldforschungsprojekt der 'teilnehmenden Beobachtung' werden.
Was sich uns im Zusammenhang der sattsam bekannten Jagdszenen aus Niedersachsen im letzten Halbjahr gelegentlich als Überreaktion des Staatsschutzes darstellte, erweist sich uns nun (reichlich spät) als gezieltes Propagandafeuer zur Einleitung eines Faschisierungsprozesses vor Ort; uns ist im Nachhinein aufgefallen, daß zum Zeitpunkt der überaus geilen Reaktion des Staatsschutzes auf den Mescalero-Artikel 'Buback - ein Nachruf' 'Schleyer - kein Nachruf', zum Zeitpunkt der für Göttingen auffällig häufigen Razzien am Bahnhof (immer wieder blinder Alarm) das KOB-Projekt schon im wesentlichen propagandistisch vorbereitet war. Wir hatten noch keine 'Sensibilität' für Meldungen entwickelt wie "Bei der Polizei herrscht Staatsverdrossenheit" (Göttinger Tageblatt, GT, v. 17.5.1976), "1,2 Millionen Überstunden bei der (niedersächsischen) Polizei" (GT v. 13.10.77)";;; wie lange das noch gut geht?" Für die ange-



spannte Situation (gemeint sind Großeinsätze im Zusammenhang mit Buback, Ponto, Schleyer und Grohnde) gerade in Göttingen gibt es aber noch einen anderen Grund: Unruhen an der Universität, Reitstallviertel und Demonstrationen gegen die Erhöhung der Buspreise riefen die Polizei immer wieder zusätzlich auf den Plan; auch der Fall Schleyer zeigte seine Wirkungen bis nach Göttingen." (GT, v. 14.10.77) Dabei hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) schon im Sommer ein

Bild von Göttingen gezeichnet, auf dem die Terroristen, Gewehr im Anschlag, auf Göttinger Häuserdächern die Stadt in einen Belagerungszustand versetzt hatten. Zum damaligen Zeitpunkt war für uns noch höchst unklar, worauf solche Meldungen konkret abzielten.

Mittlerweile deutet alles darauf hin, daß Albrechts KOB–Plan eingehalten wird; "Polizei wird verstärkt" ist am 26.10. im GT zu lesen, und "Wie ein Sprecher des Innenministeriums ... mitteilte, sind allein bei der Göttinger Kripo neun weitere Posten zu besetzen. Zwei Kripoleute sollen zudem nach Osterode kommen, das ebenfalls zum Bereich der Göttinger Inspektion gehört. Auch die Schutzpolizei bekommt mehr Personal." Die KOB-Koste ist in diesem Blatt bis heute noch unerwähnt geblieben!

Dann erfolgt reger Besuch bei der Göttinger Polizeispitze: am 18.11. besucht Landtagspräs ident Müller die Göttinger Polizei und kündigt noch mehr Planstellen an. Begründung: "An der Nord-Süd-Schiene günstig gelegen, sei Göttingen Knotenpunkt der Verbrecher." und "In der Universitätsstadt, in der ein harter Kern von K-Gruppen ansässig ist, mußten zahlreiche zusätzliche Einsätze gefahren werden." Am 30.11. ist es dann soweit: Krinsekind Albrecht und Heinz Müller (das ist der Künstler, der unbedingt ein Attentat von Terroristen auf sich verbuchen wollte, und wo die Kripo auch nach drei Anläufen auch nicht die geringste Spur sicherstellen konnte, ausgenommen den Einschüssen, die von Müller selbst stammten - W.L. Kiep hatte wohl Pate gestanden? !) besuchen ihre Polizei in Göttingen, erstellen ganz nebenbei ein vorläufiges Gutachten über die polizeilichen Unterkünfte: "Dringen erneuerungsbedürftig", wieder kein einziger Satz über die KOB's, aber "Pläne und Kostenvoranschläge für einen evtl. (?) Neubau des Polizeireviers" werden diskutiert. "Ich hoffe, daß wir schon '78 anfangen können" sind Albrechts letzte Worte.

Das ist der letzte Stand. Bis heute ist diesen "Anfängen" in Göttingen noch nicht gewehrt...

EIN KOLLEKTIVER WEIHNACHTSBUMMEL

FRANKFURT
17. Dezember

Am 17. Dezember, dem letzten verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten, gab es merkwürdige und unerklärliche Unruhen in einem Frankfurter Kaufhaus und vor einem Delikatessenladen. Dazu folgender Kurzbericht:

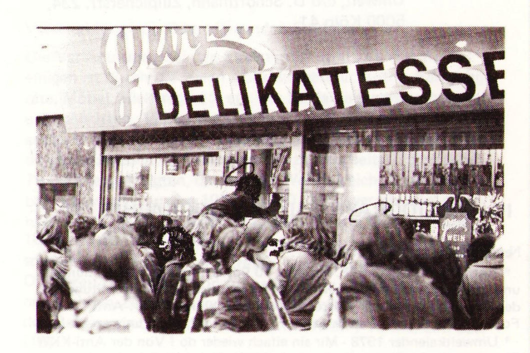
„Schon eine Woche vorher kursierte ein Flugblatt, auf dem zu einem "Warentest" im Kaufhof aufgerufen wurde. Testfragen auf dem Flugblatt lauteten etwa: "Schäumt der Sekt? Haben die Wollknäuel die angegebene Fadenlänge? Wie weit marschiert eine Armee von Spielzeugrobotern? "

Im vorweihnachtlichen Kaufrausch, der allgemeinen Hektik des bewußtlosen "Anschaffens" sollte durch vielfältige "alternative" Verhaltensweisen von sonst zum passiven Kauf Verdammten ein Licht auf den Un-Sinn solchen "Weihnachtskrampfs" geworfen werden. Denn: wer viel kauft, muß auch viel arbeiten, wer viel arbeitet, um viel Geld für unnützes Zeug auszugeben, ist automatisch, wenn auch unbewußt, für die Zerstörung unserer Lebensbedingungen: Industrie als Moloch, Stadtzerstörung und den Bau von Kernkraftwerken.....

Doch zu vielen phantasievollen, zum Teil geplanten und ungeplanten Aktionen kam es gar nicht: Sowohl der Kaufhof als auch die Polizei waren "vorgewarnt": Verkäuferinnen in der Spielzeugabteilung instruiert und jede Menge Zivilpolizisten im ganzen Warenhaus postiert. Viele Ansätze zu "alternativem" Verhalten wurden durch konzentrierte Aktionen von Warenhausdetektiven, Zivilen und Uniformierten brutal im Keim erstickt. In dieser beklemmenden Atmosphäre eines Polizeikaufhauses sich zu bewegen, war fast nur noch Leuten in Schlips und Kragen möglich: alle anderen wurden beobachtet, Video gefilmt, unauffällig "beschattet"......

Auf der Zeil (Frankfurter Haupteinkaufsstraße, an der auch der Kaufhof liegt) befanden sich zeitweilig 300 bis 400 Leute, die sich an den Kaufhausaktionen beteiligen wollten. Aber auch: Wasserwerfer, Mannschaftswagen und Horden von Zivilen, die mit ihren Einkaufstüten, die merkwürdigerweise sprechen konnten, einen eifrigen Dialog führten. Dieses massive Aufgebot bestimmte dann den Ablauf der Aktion: Flugblattansprüche und vorbereitete Aktionen wurden zum größten Teil dadurch verhindert.

Dennoch: einzelne Aktionen liefen trotzdem: Eishockey-Spielen und Marionettenausprobieren, klitzekleine Aufkleber an Registrierkassen wie "Finden Sie nicht auch, das Weihnachten zu teuer ist" anzubringen, mit Käufern reden, besonders über die Polizeieinsätze. Verblüffend waren einzelne Erfahrungen, daß sich die Weihnachtseinkäufer garnicht so sehr "gestört" fühlten, sondern sich über den Austausch von Weihnachtsmännern durch grüne Uniformträger bei einem solchen Anlaß ärgerten.



Vor einem Delikatessengeschäft in der „Freßgasse" meldete man die ersten Hungerunruhen seit den dreißiger Jahren: eine Menge von Leuten versuchten unter dem Sprechchor 'Hunger, Hunger' Brötchen zu holen. Als die grünen Weihnachtsmänner herbeigetutet waren, war die Freßgasse eine ruhige Einkaufsstraße mit flanierenden Einkäufern.

Gegen 12 Uhr wurden bei dem Versuch, in der Möbelabteilung eine Kissenschlacht anzufangen, einzelne rausgegriffen und in diverse Polizeireviere gebracht. Von da an griff die Polizei innerhalb und außerhalb des Kaufhofs immer beliebiger zu: Eine Gruppe von Leuten, die in der Nähe der Zeil ihre Weihnachtslieder sang, wurde zuerst zusammengeknüppelt und dann in Ausnüchterungszellen von Polizeirevieren abtransportiert.

Inzwischen, da in und um den Kaufhof die "grüne Welle" das Feld beherrschte und über Polizeilautsprecher der "nichtangemeldeten Versammlung" Zwangsmittel, wie der Einsatz von Wasserwerfern angedroht worden war, verlagerte sich das "Geschehen".

Insgesamt sind ungefähr 40 Leute vorläufig verhaftet worden. Grundlage für die Festnahmen war ein Hessisches Gesetz (§ 4 HSOG), das es erlaubt, jemanden festzunehmen, wenn der Verdacht besteht, daß er sich strafbar machen könnte. Im Klartext: VORBEUGEHAFT.

STROMPREISBOYKOTT: WEITERE KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT
21. Dezember

Im ID 205 haben wir anläßlich des Beginns des Strompreisboykotts in Hamburg eine Liste von Initiativen veröffentlicht, die solche Boykotts gegen den Bau von Atomkraftwerken organisieren. Wir können diesen Kontaktadressen noch einige hinzufügen:

Husum: Gewaltfreie Aktion, c/o Margit Albers, Theodor-Storm-Straße 11, 2250 Husum

Oldenburg: Manfred Hermelbracht, Alter Postweg 4, 2901 Wiefelstede/heidekamp

Göttingen: Hajo Karbach, Speckstraße 8, 3400 Göttingen

Köln: Bürgerinitiative für eine menschenwürdige Umwelt, c/o D. Schöffmann, Zülpicherstr. 234, 5000 Köln 41

ID - BIBLIOGRAPHIE ID - BIBLIOGRAPHIE - ID

Neues aus der Lalender Scene

* Anti-Atom-Kalender 78. Mit über 50 Fotos, Montagen, Zeichnungen und Informationen . Erlös geht in ein Projekt 'Umweltschutzzeitung für den Rhein-Neckar-Kreis' Kostet 9.00 (für BIs billiger) über: Anti - Atom Foto c/o Burckhard Kretschmann, Fasaneriestr. 7, 6906 Leimen-St. Ilgen

* Umweltkalender 1978 - Mir sin eifach wieder do ! Von der Anti-KKW Bewegung in der Region Freiburg. Auf jeder Kalenderrückseite gibts Lieder, Gedichte und Informationen. Über: Freiburger Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen, Wilhelmstr. 15 7800 Freiburg. (Preis ?)

Verlag 2000 (SB Publikationen) Postfach 591, 6050 Offenbach

* Informationsdienst Arbeitsfeld Schule Bd. 31. Schwerpunktthema: Schulalltag. 3.50

* Reihe Sozialistischer Internationalismus, Bd. 10. Der Bürgerkrieg im Libanon; Detlef Haritz. 7.00

* Links Reprint 1: Sozialismus und Terrorismus. Dieses Thema kostet 5 Westmark

Oberbaum Verlag / Neue Erziehung, Goebenstr. 3, 5000 Köln 1

* Wer sich nicht wehrt lebt verkehrt. Ein Anti AKW Bilderbuch in Reimen für Kinder von 6 - 14 Jahren 6.oo. Von der KPD-nahen 'Hamburger Erziehergruppe' der 'initiative für den Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher'

Hammer Verlag, Wuppertal

* Gemeinsam gegen Abriß. Ein Lesebuch aus Arbeitersiedlungen und ihren Initiativen; Peter Faecke, Gerd Haag, Rolf Stefaniak. (Preis und Verlagsanschrift in der Eile nicht herauszufinden) Eine dokumentenreiche Darstellung der Arbeiter- und Mieterinitiativen in Nordrhein - Westfalen und ihres Kampfes gegen Banken, Spekulanten und sozialdemokratische Abrißpolitik. Mit einer ausführlichen Chronologie zur Lage der Arbeiter dieser Region seit 1875 und Adressen, Literatur und Film angaben zu dem Thema.

Komitee für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile c/0 B. Hoyland, Postfach 191631,1 Berlin 36

* Frauensolidarität. Möglichkeiten und Probleme emanzipatorischer Politik. Erfahrungen am Beispiel Chile. Eine deutsch - chilenische Frauengruppe berichtet über ihre Arbeit und Möglichkeiten von Solidaritätsarbeit von Frauen für Frauen. (auch kein Preis bei)

SELBSTMORD IN DER BUNDESWEHR

MAINZ
7. Dezember

Aus MOTZKOPP, Zeitung für Mainz und Umgebung:

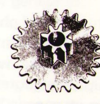
Am 1. Juli dieses Jahres ist Stephan Schmidt nach Budel (Holland) zu einer Bundeswehreinheit der Nato eingezogen worden, um dort seine Wehrpflicht abzuleisten. Schon wenige Tage später, nämlich am Dienstag, den 12.7.77 hat er sich das Leben genommen. Ich habe mit ihm 13 Jahre die Schule besucht und fragte: Warum? Seine Eltern berichteten mir, wie es dazu gekommen war.
Stephan trat den Dienst mit einer äußerst schmerzhaften, eitrigen Nagelbettentzündung an der linken Hand an; diese war am darauffolgenden Tag noch schlimmer geworden. Er meldete sich krank und bekam im Sanitätsbereich einen Verband angelegt, mußte jedoch weiter Dienst tun. Der zuständige Feldwebel, wegen seiner schmächtigen Gestalt allgemein unter dem Spitznamen "Mücke" bekannt, verlangte an diesem Nachmittag peinlichst genaues Ein- und Auspacken der Ausrüstungsgegenstände. Obwohl der Ausbilder von der schmerzhaften Nagelbettentzündung an Stephans Finger wußte, bestand er darauf, daß dieser wieder und wieder seine Sachen ein- und auspacken mußte. Als Stephan die Schmerzen einfach nicht mehr aushalten konnte, weigerte er sich, das grausame Spiel weiter mitzumachen. "Mücke" drohte erst damit, und verhängte dann ein Vierteljahr Urlaubssperre. Stephan war nicht mehr zum Weiterpacken zu bewegen. Auch noch die Wochenenden hinter trostlosen, grauen Kasernenmauern mit Ein- und Auspackdrill verbringen zu müssen, konnte er einfach nicht ertragen.

Es gelang ihm, sich einen Urlaubsschein für den Sonntag zu erschwindeln. Er fuhr dann zu seiner Freundin nach Herborn und klagte ihr und ihren Eltern sein Leid. Sein Finger ist mitlerweile so schlimm geworden, daß er die Rückreise nun nicht mehr antreten kann. In der dortigen Kaserne wird er vorläufig behandelt und für eine Woche dienstuntauglich erklärt. Am Mittwoch, den 6.7. muß im Herborner Kreiskrankenhaus der Finger unter Vollnarkose operiert werden. Noch in Narkose schleift man ihn in die Herborn/Seelbacher Kaserne. Dort wird er diesmal einem "schneidigeren" Arzt vorgeführt. Dieser erklärt ihn für diensttauglich. Am Sonntag abend wird sich Stephan in Budel melden müssen. Er läßt seine Freundin über diesen Termin im Unklaren und fährt erst am Dienstag Morgen los. Aber Stephan fährt nicht in die Kaserne, sondern in ein nahes Waldstück, nimmt Schlaftabletten und leitet die Autoabgase mit einem Schlauch ins Wageninnere...

Er hatte Angst vor den s adistischen Quälereien, die sich "Mücke" mitlerweile für ihn ausgedacht haben würde. Seine Eltern wollten eine Klärung der Vorfälle und schrieben unter anderem nach Budel. Ein für solche Fälle zuständiger Jurist der Bundeswehr erklärte in seinem Antwortschreiben, der betreffende Ausbilder habe eigenhändig Stephan Schmidt beim Einpacken seiner Ausrüstung geholfen, eben wegen dessen Verletzung. Und wörtlich:
"Keiner der Anwesenden hat das angebliche Anbrüllen durch einen Vorgesetzten und das Androhen des Ausgehverbotes für ein Vierteljahr gehört. Gerade letztere Maßnahme ist dem Normensystem der Bundeswehr völlig fremd ..."

Die ehemaligen Kameraden wurden so eingeschüchtert, daß sich keiner traute, zum Begräbnis zu erscheinen....

(aus: Motzkopp, Nov./Dez. 1977, Spessweg 10, 65 Mainz - Laubenheim)



Zahnrad
mit Getriebe.

STICHWORTE ZUR SOZIALEN SITUATION IN DER BUNDESWEHR

FRANKFURT
20. Dez. 77

Diese Übersicht haben wir — bei geringfügigen Änderungen — aus "antimilitarismus information" Nr. 12/77 (Redaktion: 0611/633258). In dieser Übersicht wird nicht auf das Problem der Dunkelziffer eingegangen, d.h. alle Fälle die vertuscht oder verschwiegen wurden, es handelt sich wohl auch hier um die Spitze eines Eisberges.

Selbstmord

1975: 97 (1) 1976: 89 (1)
Relativ häufig in den ersten drei Dienstmonaten, meist am Sonntag (2).

Selbstmordversuche

1975: 875; 1976: 960
Das ist eine Zunahme von 9 % und eine Zahl von fast 3 pro Tag (1).

Die Selbstmordversuche sollen 1977 weiter gestiegen sein (3), überwiegend Soldaten der Mannschaftsdienstgrade (4).



Depressionen

In Koblenz wurde eine interkonfessionelle Telefonseelsorge für Soldaten eingerichtet, die ohne eine Genehmigung von der Kaserne aus dorthin telefonieren können. Innerhalb von 2 Monaten wurden von der Telefonseelsorge dort 6000 Anrufe entgegengenommen. Unter 7 Soldaten war einer noch nicht 20 Jahre. (5) Nach einer Statistik ging es hauptsächlich um folgende Probleme: Eheprobleme (101mal); Partnerschaftsprobleme Unverheirateter (551); Suchtprobleme, vor allem Alkoholismus (351); Selbstmordgefährdung (237); Krankheit (32o); Glaubensfragen (161). 814mal handelte es sich um "Schweigeanrufe", bei denen der Anrufer lediglich durch tieferes Atmen, Seufzen oder Weinen seine Anwesenheit zu erkennen gibt, aber nicht in der Lage ist, seine Not verbal zu artikulieren. (2)

Verkehrsunfälle

[illegible]9 Soldaten der Bundeswehr wurden 1976 bei Unfällen, bei Verkehrsunfällen getötet; zwischen 10 000 und 12 000 wurden verletzt. Fast alle diese Unfälle ereigneten sich bei Privatfahrten junger Wehrpflichtiger; nur 4 % im Dienst mit Bundeswehrkraftfahrzeugen; (6) Bei außerdienstlichen Verkehrsunfällen kamen 1973: 366, 1974: 342, 1975: 375 (380 nach Fußnote 1), 1976: 342 Bundeswehrangehörige ums Leben. (7) 1977 sollen die Unfallzahlen weiter gestiegen sein. (3)

Dienstpflichtverletzungen

Fälle von Gehorsamsverweigerung, Nötigung, Bedrohung von Vorgesetzten und tätlicher Angriffe auf sie: 1974: 372, 1975: 266 (= - 30 %), 1976: nochmalige Abnahme um 13,4 %. Abnehmend ist ebenfalls die Tendenz bei "eigenmächtiger Abwesenheit" und Fahnenflucht: 1975 begingen 5878 Soldaten 9166 Abwesenheitsdelikte, 1976: 5317 Soldaten 8282 Abwesenheitsdelikte.

Arbeitsplatzsicherung

Zeitsoldaten mit einer Verpflichtungszeit von 2 Jahren erhalten zukünftig den gleichen Kündigungsschutz nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz wie Wehrpflichtige. Dies wurde am 24. 11. vom Bundestag beschlossen (8). Die Delegierten des 12. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall sprachen sich dafür aus, daß der Kündigungsschutz für Wehrpflichtige auf 6 Monate nach Ableistung des Wehrdienstes ausgedehnt wird.(9)

Wehrsold

Der Wehrsold beträgt zwischen 165 und 185 DM im Monat. Ein Grenadier erhält 5,50 DM, ein Gefreiter 7 DM pro Tag. Wehrpflichtige erhalten 12 Freifahrten pro Jahr vom Standort nachhause; die werden von den Grundwehrdienstleistenden nur zu rund 40 % in Anspruch genommen; auf zusätzliche Fahrten erhalten sie 50 % Ermäßigung. (10) Die letzte Anhebung des Wehrsolds war bereits im Herbst 1974. Laut Beschluß des Bundeskabinetts, der aber erst noch parlamentarisch behandelt werden muß, sollen Wehrpflichtige ab Januar 1978 eine Mark mehr pro Tag an Wehrsold erhalten. (11) Der DGB hat eine "spürbare Erhöhung des Wehrsoldes" gefordert; 6000 Unterschriften von Soldaten wurden inzwischen gesammelt für die Forderung des ADS (Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Soldaten) nach 100 Mark mehr pro Monat. (12) Ein Wehrpflichtiger setzte sich bereits demonstrativ vor das Kasernentor und spielte unter der Parole: "Mein Geld geht zu Neige, ich greif jetzt zur Geige." (13)

Dienstbezüge von Z 2

Zeitsoldaten, die sich für 2 Jahre verpflichten, erhalten von Dienstantritt an künftig wieder Dienstbezüge statt für die ersten 6 Monate Wehrsold. Diese Maßnahme wurde am 24.11. vom Bundestag beschlossen, um die Anreize zur Weiterverpflichtung zu erhöhen. (14)

Verschuldung von längerdienenden Soldaten

Die Verschuldung bei den Soldaten ist zum Teil enorm. Bei einigen ist durch die vielen Abzahlungen für Autos, Fernsehgeräte, Möbel, Elektrogeräte etc. der Sozialfürsorgesatz bereits unterschritten. 1974 waren allein 17 Mitarbeiter des Gebührnisamtes in Kiel voll damit beschäftigt, die Aktenberge mit Pfändungsbeschlüssen und Abtretungen zu bearbeiten. Von rund 79 000 Beschäftigten, die von der Wehrbereichsverwaltung I betreut werden, waren 1974 12 000 (22%) verschuldet oder hatten ihre als Übergangshilfe gedachte Abfindung zwischen 1800 und 80 000 DM bereits im Voraus zum großen Teil an sogenannte Kredithaie abgetreten, um bereits vor Ende der Dienstzeit die großen Konsumbedürfnisse befriedigen zu können; bei den Zeitsoldaten waren es 26,4 %. Die einzutreibenden Beträge machten allein im Wehrbereich I 15 Mio DM aus. (15)

Quellen:
(1) SZ 10.11. (2) Pax-Christi-Info 3-4/77 (3) NDR, Streitkräfte und Strategien 4.10. (4) FR 20.8. (5) FR 17.8. (6) VIP 5.5. (7) Rheinische Post 24.11. (8) Woche in Bundestag (wib) 7-12 XVI/16 (9) Metall 17.10. (10) Parlament 4.6. (11) FAZ 3.11. (12) tat 4.11. (13) tat 2.12. (14) wib 7-21 II/39 (15) SZ 30.8.77

30 STRAFANZEIGEN GEGEN AKTIVE WEGEN "NÖTIGUNG" UND "HAUSFRIEDENSBRUCH"

KOBLENZ
Dez. 77

Vom Asta der Eziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz erhielten wir folgende Darstellung:

"Im Rahmen des Vorlesungsboykotts ereignete sich an unserer Hochschule einiges, was einer Einheit von Verwaltung und RCDS 'Anlaß' war, Strafanzeigen gegen ca. 30 Kommilitonen zu stellen. Dank erfolgreichen Denunziantentums des RCDS, der zu allen Veranstaltungen aktive Studenten-'Beobachter' entsandte, sind unorganisierte Studenten, Mitglieder der GEW-Hochschulgruppe, des SHB sowie Asta-Referenten und Studentenparlamentsmitglieder betroffen. Der Asta ruft zur Unterschriftenaktion zwecks Abwehr der Strafanzeigen auf."

Kontaktadresse:
Asta der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, Rheinau 3-4, 54 Koblenz

ALTERNATIVZEITUNGSTREFFEN IN MITTELFRANKEN

UNTERLEINLEITER
13. November

In der WAS LEFFT Heft Nr. 14, vom Dezember '77 steht auf der Seite 6 ein Bericht über das Treffen der Alternativzeitungsleute aus Mittelfranken:

"Am 12. und 13. November war in Unterleinleiter in der Fränkischen ein Treffen der Alternativzeitungsleute aus Mittelfranken. Gekommen sind: das Nürnberger STADTBLATT, das SPONTI-INFO, der FRÄNKISCHE LANDBOTE aus Schwabach und die WAS LEFFT. Der Macker von der WOW hat's vorgezogen, den Schwanz einzuziehen (war richtig, hätt's eh keinen Fuß auf 'n Boden gekriegt). Die ehemalige KOMM-Zeitung mußte mit ganzer Kraft den größten Coup in der Geschichte des Spätkapitalismus vorbereiten und konnte deswegen auch nicht kommen. Nachdem so wirklich nur Alternativzeitungen da waren und jeglicher Konfliktstoff beseitigt war, lief alles recht harmonisch und gemütlich ab (gute Luft, viel Bier, Kickern, Fernsehen und zwischendurch aa aweng a Unterhaltung). Sogar konkrete Ergebnisse wurden erzielt.
So soll für die nächste Nummer ein gemeinsamer Artikel über die hiesigen Jugendzentren gemacht werden, wer dazu irgendwas beisteuern kann/will, soll's tun bis zum spätestens 7.12.
Ein fränkischer Solidaritätsfond wurde vorerst abgelehnt, da wir der Meinung waren, es solle erstmal der Fond aller BRD-Alternativzeitungen ausgenutzt werden. Ab sofort wollen wir uns einmal im Monat treffen, um Informationen auszutauschen und so aweng zu quatschen.
Auch eine, für unsere Leser wohl weniger erfreuliche Angelegenheit wurde diskutiert, nämlich den Preis dem Wert des Heftes anzupassen. Auf Dauer läßt sich halt die Politik des symbolischen Preises nicht durchhalten, zumal wenn sie vom Kunden nicht gewürdigt wird. Die gängige Meinung ist halt die, daß in einem Heft, das bloß fünfzig Pfennig kostet, nix gscheits drinstehen kann. Die Tatsache, daß wir ohne Profit arbeiten, wird uns von den meisten Systemgeschädigten eh nicht abgenommen. Damit's nicht heißt, die andern kosten aber noch fünfzig Pfennig, hat das STADTBLATT eine gemeinsame Preisanhebung vorgeschlagen.

Weiter wurde überlegt, wie man sich gegenüber den neuen Veranstaltungszeitungen und den Aktivitäten der beiden nicht anwesenden Blätter verhalten soll. Die KOMM-Zeitung beispielsweise will aus dem KOMM raus und sich selbständig machen. Sie soll dann 14-tägig erscheinen, in besserer Aufmachung und mit einheitlicher politischer Linie (DKP). Dabei soll dann soviel finanziell rausspringen, daß einige Redakteure davon leben können. Aus diesem Grund soll jetzt die 'Konkurrenz' möglichst ausgeschaltet werden. Das geht dann beispielsweise so - von WOW und FLÄSCHBÄCK bereits praktiziert - daß man die andern Zeitungen bei ihren Anzeigenkunden, auf die sie bei den gegenwärtigen Verkaufspreisen nun mal angewiesen sind, anschwärzt ("die verkaufen doch bloß die Hälfte von ihren Heften", "da steht dann ihre Anzeige neben einem Aufruf zur Weltrevolution" u.a.). Auf jeden Fall haben wir nicht vor, uns als aufrechte Idealisten von den andern allmählich fertig machen zu lassen, sondern uns zu wehren. Andererseits haben wir nicht die Absicht jetzt überstürzt einen Composer anzuschaffen und ein Marketing-Institut einzuschalten. Auf der Ebene läuft's halt nicht: alternativ muß alternativ bleim! und des gilt auch fürs Formale.
Wir distanzieren uns daher von solchen Auswüchsen des Kapitalismus, die wir auch als solche behandeln werden."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

PERUANISCHE STUDENTEN VERHAFTET

Werther
1. Dezember

Dieser Brief wurde von Amnesty International an das Rektorat der Universität Frankfurt gesc hickt. Interessant wäre zu beobachten, wie das Engagement des Präsidenten und seiner Mannschaft aussehen wird!

Uns ist bekannt, daß zwischen der Universität Frankfurt und der Universität San Marcos, Lima/Peru, eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pädagogik besteht.

Diese Tatsache möchten wir zum Anlaß nehmen, Sie um Unterstützung bei unseren Bemühungen für eine Gruppe von inhaftierten peruanischen Studenten zu bitten.

Es handelt sich hierbei um 28 Studenten der Universität Nacional de la Educacion „La Cantuta", Lima, die am 21.2. 1977 auf dem Campus dieser Universität verhaftet wurden.

Einer dieser Studenten ist Herr LADISLAO TRINIDAD LOLI, er ist Präsident der Studentenvereinigung der Universidad Nacional de la Educacion, und wird seit kurzer Zeit durch unsere Gruppe „betreut". Wir vermuten daß diese Studenten verhaftet wurden, weil sie der genannten Studentenbewegung angehören.

Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einer Besetzung der Universität durch Sicherheitskräfte nach vorangegangenen Studentenprotesten. Die Studentenführer werden für Sachbeschädigungen, Anti-Regierungs- und Anti-Militär-Veröffentlichungen, sowie für illegale (Ausnahmezustand!) Demonstrationen verantwortlich gemacht.

Herr LADISLAO TRINIDAD LOLI ist in der Carcel Publica de Callao inhaftiert, eine Untersuchungsverhandlung fand vor dem Juzgado de la II Zona Judicial de la Policia, Lima, (einem Militärgericht) statt, wurde dann aber eingefroren.

Wir hoffen in dieser Angelegenheit auf Ihre, und eventuell auch auf die Unterstützung des ASTA der Universität Frankfurt, dem Sie bitte von dem Inhalt dieses Schreibens in Kenntnis setzen wollen.

Die hier geschilderten ‚Fälle' sind für uns noch sogenannte ‚Untersuchungsfälle', Es kommt uns also zunächst darauf an, möglichst viele Informationen über die Vorgänge an diesem 21.2.77, über die inhaftierten Personen selber, deren Familien, Verteidiger usw. zu erhalten.

Wir bitten Sie deshalb in diesem Sinne von Ihren Kontakten zu Universitäten in Peru Gebrauch zu machen. Bitte schreiben Sie deshalb auch an:

General Ramon Miranda Ampuero, Ministro de Educacion, Avenida Abancay y Avenida Nicolas de Pierola, Lima, Peru.

Beim Biermann heißt's "Regen und Jauche"

SYSTEMVERGLEICH REGEN UND TRAUFE – ABGESCHOBENE DDRler BERICHTEN

OST-BERLIN/BOCHUM 18. Dez. 77 *Die nachfolgende Dokumentation entnehmen wir einer Broschüre des Bochumer "Komitees zur Verteidigung und Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland" (hier Komitee – Namensende). Acht junge DDR-Bürger berichten über ihre Arbeit in Jena und Leipzig, über ihre Proteste gegen Biermanns Ausbürgerung und über ihre Behandlung durch die Stasi (Staatssicherheitsdienst-Ostbullen), die eine ganze Gruppe von Kollegen verhaften und gegen ihren Willen in die BRD abschieben ließ (am 4.9.77). Über die Politik des Bochumer Komitees wissen wir nicht viel, halten aber diese authentischen Berichte von Betroffenen aus der DDR – weil sie auch viel über die dortigen Verhältnisse sagen – für weit informativer als die „Dissidenten"-Nachrichten der bürgerlichen Presse.*

Am Anfang: der Arbeitskreis Literatur

„Der Arbeitskreis Literatur wurde im Mai 1973 gegründet. Hauptsächlich lag die Organisation des Zirkels in den Händen eines Jenaer Studenten, der damals schon über Erfahrungen in der DDR-Protestbewegung verfügte, die von der Jugendbewegung FDJ gelenkt wird. Die Mitglieder des Arbeitskreises, die zumeist erst begonnen hatten, Gedichte zu schreiben, waren junge Arbeiter, Schüler, Lehrlinge und Studenten; zu Beginn etwa 10 Personen. Wir kamen einmal wöchentlich in verschiedenen Wohnungen zusammen, sprachen über eigene Versuche und allgemein über Literatur, publizierten einige Gedichte in verschiedenen Zeitungen und sandten sie zu Literaturwettbewerben ein.

Um stärker in der Öffentlichkeit wirksam werden zu können, strebten wir an, als Zirkel in einem Kulturhaus zu arbeiten. Dabei stießen wir auf Mißtrauen bei den Behörden, denen diese Art privater Initiative immer verdächtig ist. Nach mehreren gescheiterten Versuchen konnten wir schließlich in einem neu eröffneten Kulturhaus unterkommen, dessen Leitung quantitativ am Aufbau kultureller Arbeit interessiert war.

Der Kreis der Zirkelteilnehmer vergrößerte sich auf etwa zwanzig Jugendliche, die zumeist selbst schrieben. Mehrere Lesungen der eigenen Gedichte in Lehrlings- und Studentenclubs wurden veranstaltet. Verschiedene Mitglieder wurden zu den Bezirkspoetenseminaren der FDJ und zu den Seminaren der 'Arbeitsgemeinschaft junger Autoren', die vom Bezirks-Schriftstellerverband geleitet wurden, eingeladen.

Bei den wöchentlichen Zusammenkünften des Arbeitskreises, zu denen oft interiessierte Gäste erschienen, sprachen wir über eigene Werke, diskutierten bevorzugt Lyrik und Prosa, die sich kritisch mit der DDR-Wirklichkeit auseinandersetzte und beschäftigten uns mit Poetiktheorie. Mit zunehmender Politisierung des Zirkels, die sich in den eigenen Gedichten niederschlug, war es immer seltener möglich zu publizieren. Wir organisierten Auftritte prominenter Literaten und stießen dabei auf Schwierigkeiten von seiten der Kulturhausleitung.

Im Sommer 1974 wurden fünf Mitglieder des Arbeitskreises zum Zentralen Poetenseminar der FDJ nach Schwerin eingeladen. Einer von ihnen sang dort bei einem öffentlichen Singewettstreit ein Kinderlied von Wolf Biermann, zu dem mehrere von uns Kontakt hatten. Das wurde von den Verantwortlichen als Provokation gewertet, der Betreffende aus dem Seminar ausgeschlossen. Die restlichen Arbeitskreis-Mtiglieder verließen solidarisch mit ihm die Stätte. Der 'Vorfall' wurde in Jena bei einer Aussprache mit den höchsten Stadtkulturfunktionären, zu der der Stamm des Arbeitskreises geladen war, ausgewertet und als bedenkliche Provokation bezeichnet. Wir wurden gewarnt, weiter in die von uns eingeschlagene Richtung zu gehen. Seitdem wurde die Arbeit des Zirkels stärker kontrolliert.

Im Frühjahr 1975 wurde in Jena unser Freund Jürgen Fuchs aufgrund seiner literarischen Arbeit aus der FDJ, der SED und kurz vor Abschluß seines Psychologiestudiums aus dem Studium entlassen. Die Situation verschärfte sich: zu jeder Zusammenkunft kam ein Kulturfunktionär der mittleren Ebene und protokollierte. Mehrere Mitglieder wurden zu Aussprachen vorgeladen und gewarnt, in dieser Weise weiterzuarbeiten. (Dabei stellte sich heraus, daß die Protokolle über unsere Arbeitskreis-Gespräche Entstellungen und Unwahrheiten enthielten.) Unserem Arbeitskreisleiter wurde mitgeteilt, daß dem Zirkel jede Öffentlichkeitsarbeit untersagt sei und nur noch ein beschränkter Personenkreis mitarbeiten dürfe. Die Studenten unter uns wurden mit ihren Studium unter Druck gesetzt. Nach diesen verhörartigen Gesprächen wurde im Mai 1975 zwei Mitgliedern des Arbeitskreises die Mitarbeit im Zirkel durch den Stadtrat für Kultur verboten; gleichzeitig sprach er ihnen Publikationsverbot aus. Unser Leiter legte aus Protest gegen die behördliche Arbeitsbehinderung und auch aus Rücksicht auf sein Studium das Amt als Zirkel-Leiter nieder. Der Arbeitskreis Literatur löste sich offiziell auf.

Thomas Auerbach: Junge Gemeinde in Jena

Seit 1970 bin ich Jugendleiter bei der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jena. Von Anfang an war unsere Arbeit auf die Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet. Das bedeutet: Bei den verschiedenen großen und kleinen Veranstaltungen, bei unserer Sozialarbeit und unserem gemeinsamen Weiterdenken und -arbeiten, wurde die Tagesordnung von den Problemen und nicht von kirchlichen Missionszielen bestimmt. Diese Art kirchlichen Missionszielen bestimmt. Diese Art kirchlicher Jugendarbeit in der DDR nennt sich 'offene Arbeit'. Durch unser Engagement für sozial gefährdete Jugendliche, durch unsere Bemühungen, in ganz praktischen Fragen des täglichen Lebens zu helfen (Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung, Betreuung lediger junger Mütter usw.) kam es zunehmend zu Auseinandersetzungen zwischen uns und staatlichen, aber auch konservativ kirchlichen Stellen.

Jahrelang wurde unsere Arbeit von Staatssicherheitsdienst überwacht. Immer wieder wurde versucht, junge Christen zu Spitzeldiensten zu erpressen. Wir ließen uns dadurch nicht einschüchtern, sondern suchten zunehmend Solidarität bei Gruppen, die mit ähnlichen Zielen und Problemen versuchten, mit Jugendlichen zu arbeiten. Unser Ziel in der jungen Gemeinde war zunächst jungen Leuten Lebenshilfe zu geben. Besonders durch unsere Beschäftigung mit den Problemen der jungen Arbeiter und Lehrlinge in Jena stießen wir aber auf immer mehr Widersprüche und soziale Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Wir merkten, daß es nicht genügte, Freiräume zu schaffen, sondern daß es notwendig ist, diese Freiräume für ein gemeinsames Weiterdenken und -lernen in Richtung auf eine Verbesserung unserer Gesellschaft zu nutzen. Genau dies passiert gewöhnlich in der staatlichen Jugendorganisation, der FDJ, nicht. Ihre Funktion ist es, Jugendliche unter Kontrolle zu halten und für die staatlichen Ziele der DDR, die in all ihrer Phraseologie wenig mit dem Sozialismus gemein haben, zu mobilisieren.

Etwa im Jahr 1974 entwickelte sich in Jena eine gute Zusammenarbeit zwischen der Jungen Gemeinde und marxistisch orientierten Jugendlichen, die genauso wie wir an einer Verbesserung unserer Gesellschaft in der DDR arbeiteten. Wir erkannten gemeinsam, daß eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen in der DDR nur von einem sozialistischen Standpunkt aus erfolgen kann. Für mich und viele andere junge Christen stand bald fest, daß es kein Widerspruch ist, Christ und Sozialist zu

sein. Besonders in den Jahren 1975 und 1976 organisierten wir deshalb mit unseren marxistischen Genossen viele Veranstaltungen. Dies war uns möglich, weil die Kirche in der DDR trotz aller Repressalien immer noch über einen gewissen Freiraum verfügt.

Wir verschafften vielen jungen Lyrikern und Liedermachern, denen im staatlichen Bereich fast jede Auftrittsmöglichkeit entzogen worden war, bei uns ein zusätzliches Podium. Dabei handelte es sich unter anderem um Jürgen Fuchs und die Mitglieder des damals schon verbotenen Arbeitskreises Literatur. Diese Kontakte entwickelten sich zu einer guten Zusammenarbeit an unserem gemeinsamen Ziel: Die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Dabei war uns wichwichtig, eine breite Solidarität unter den Jugendlichen in Jena zu schaffen und so unsere Probleme im Betrieb und im Freizeitbereich zu bewältigen.

Genauso wichtig war aber auch die Weiterarbeit und das Lernen auf theoretischem Gebiet. Besonders deswegen gründeten wir den Lesekreis, an dem sich auch christliche Jugendliche beteiligte. Hier wurden die gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen besprochen. Daß dieser Kreis dem Staatssicherheitsdienst ein besonderer Dorn im Auge war, ist wohl klar. Nach unserer Verhaftung war die Betätigung im Lesekreis und alles, was damit in Zusammenhang gebracht wurde, Hauptgegenstand der Ermittlung.

Der Lesekreis

Der Lesekreis wurde im April 1975 gegründet. Zuerst waren wir fünf, die marxistische Literatur gemeinsam lasen und diskutierten. Was uns in der Schule an Marxismus vermittelt wurde, hatte ausgereicht, uns die kommunistischen Ideale nahezubringen. Aber eine theoretische Grundlage, um uns in unseren komplizierten gesellschaftlichen Verhältnissen zurechtzufinden, um unsere Ideale in der rauhen Wirklichkeit nicht zu verlieren, und um politisch wirksam zu werden, besaßen wir nicht. Wir lasen Lenins 'Staat und Revolution', in dem so hochaktuelle Pro Probleme wie Bürokratie, Diktatur des Proletariats, Absterben des sozialistischen Staats behandelt werden. Wir lasen die Schriften von Marx und Lenin über die Pariser Kommune, in der zum ersten Mal in der Geschichte das Proletariat die politische Macht eroberte.

Wir sprachen über unsere Erfahrungen mit dem bürokratischen Verwaltungsapparat, diversen Wohnungsämtern und Stadträten, mit der Polizei und der Stasi, die im krassen Gegensatz dazu standen,wiesich die Klassiker des Kommunismus die Verwaltung des proletarischen Staates vorstellten.

Wir lasen Engels 'Bauernkrieg in Deutschland', in dem die historischen Linie der deutschen Misere aufgezeigt wird, die Folge von abgebrochenen, erstickten Revolutionen, die bis heute nicht unterbrochen wurde. Im Zusammenhang mit den Dokumenten des IX. Parteitages der SED, die wir in verschiedenen Arbeitsgruppen gründlich studierten und auswerteten, lasen wir Marxens ‚Randglossen zum Gothaer Programm',diese herzerfrischende gründliche, schonungslose kommunistische Kritik an einem sozialistischen Programm. Wir lasen Schriften, in denen die jüngere Vergangenheit, reale Probleme des 'real existierenden Sozialismus' theoretisch verarbeitet werden: von Robert Havemann 'Dialektik ohne Dogma', Che Guevara 'Ökonomie und neues Bewußtsein', Hegedüs u.a. 'Die neue Linke in Ungarn' Haraszti 'Stücklohn', 'Rote Fahnen über Polen' (Dokumente zur polnischen Streikbewegung), Medwedjew 'Der Fall Lyssenko' — alles Bücher, die in der DDR verboten sind und die auf Umwegen zu uns gelangten.

Im Herbst 1975, als die Revolution in Protugal zu einem entscheidenden Vorstoß ansetzte, führten wir in Jena eine Solidaritätsaktion für das revolutionäre Portugal durch, die auch deshalb großen Erfolg hatte, weil sie nicht von oben befohlen war.

Der Lesekreis wurde immer größer. Unsere kleinen Zimmer, in denen wir uns trafen, brachten uns näher zusammen, beengten uns aber auch. Es wurde dringend notwendig, unsere Arbeit auf breiterer Basis fortzusetzen und ihr einen größeren Rahmen zu geben. Unter uns waren ausgezeichnete Photographen, Maler, Leute, die schrieben, Theater spielten oder Musik machten. Wir wollten ein Jugendzentrum aufbauen, ein Zentrum der Kommunikation, der kulturellen und politischen Arbeit, das nicht nur in Jena fehlte.

Ab September 1976 führten wir dazu intensive Verhandlungen mit den Behörden, zu denen wir ganz konkrete Vorstellungen und Arbeitsprogramme mitbrachten. Direkt wurden wir nie abgewiesen, aber deutlich sahen wir, daß ohne Kampf nichts zu erreichen war.

Solidarität mit Biermann

Am 16.11.1976 hörten wir im Rundfunk die Nachricht von der Aberkennung der Staatsbürgerschaft Wolf Biermanns. Spontan versammelten wir uns in der Wohnung von Freunden und verfolgten weitere Meldungen im Fernsehen. Anschließend suchten wir die Räume der Jungen Gemeinde auf, und diskutierten über Handlungsmöglichkeiten gegen die Ausbürgerung, kamen aber zu keinem Ergebnis. Einer von uns fuhr nach Grünheide zu Robert Hevemann und Jürgen Fuchs, um sich mit ihnen darüber zu beraten.

17.11.: In der DDR-Presse erste Nachricht von der Ausbürgerung Biermanns. Am Abend fand in Jena eine Lesung des Schriftstellers Jurek Becker statt. Durch ihn erhielten wir Kenntnis von der Erklärung der 13 Berliner Künstler vom 17.11. 11., die sich gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft Biermanns richtete.

18.11.: Aus Berlin brachte unser Freund eine Abschrift des Briefes von Robert Havemann mit: 'Wolf Biermann muß Bürger der DDR bleiben!', gerichtet an das Politbüro der SED, in dem er sich gegen die Maßnahme der Partei wendet. Aus Berlin erhielten wir auf Anforderung telefonisch den Text der Erklärung mit weiteren Namen sich solidarisierender Kulturschaffender. Anschließend vervielfältigten wir den Text und bereiteten eine Unterschriftenliste vor. Wir besprachen den Ablauf einer Informationsveranstaltung in der Jungen Gemeinde; aus dem Programm: zum Fall Biermann wurden Pressemitteilungen verlesen, ebenso der Brief von Havemann an das Politbüro der SED. Dazwischen spielten wir Biermann-Lieder ab und rezitierten Gedichte — 'Lob des Revolutionärs' von Brecht und 'Die Abnehmer' von Erich Fried. Ein Tonband mit Rundfunkmeldungen der letzten Tage wurde vorgespielt, worin die internationale Reaktion zur Biermann-Ausbürgerung zum Ausdruck kam. Die Erklärung der Berliner Künstler wurde verlesen. Es folgten Diskussionen über die zu erwartende Verfolgung für uns als namenlose Unterzeichner. Nach Minuten des Überdenkens unterschrieben etwa 50 Personen von den etwa 80 Anwesenden. Nach der Versammlung sammelten wir in der Stadt weitere Unterschriften von Bekannten. Am späten Abend versammelten wir uns bei Freunden und hörten die ersten Aufzeichnungen des Kölner Biermann-Konzertes. Dann wurden Absprachen über die weitere Verbreitung der Erklärung in anderen Städten getroffen. (Apolda, Berlin, Cottbus, Dresden, Gera, Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Naumburg, Plauen)

19.11.: Am Morgen schlug die Staatssicherheit zu. — erste Festnahmen von 5 Genossen. Ihre Wohnungen wurden durchsucht, die Unterschriftenlisten wurden dabei nicht gefunden. Zwei von uns fuhren zu R.Havemann und besprachen, was mit den Unterschriftenlisten geschehen soll. Am nächsten Tag schi schickten sie diese an das Politbüro des SED und an den 'Spiegel', ein dritter Durchschlag wurde versteckt. Die zwei Freunde wurden nach ihrer Rückkehr in Jena vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. In der Folgezeit wurden in Jena ca. 30 Perso-

nen festgenommen und verhört. Bis auf uns acht wurden alle wieder freigelassen. Einige wurden vom Studium exmatrikuliert oder erhielten Berufsverbot.

Untersuchungshaft

Nach unserer Verhaftung wurden wir in die Untersuchungshaftanstalten der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt gebracht; zuerst wurden wir in Einzelzellen gesteckt und nach 2-3 Wochen wurden wir jeweils mit einem uns unbekannten Häftling zusammengelegt. Untereinander hatten wir keinen Kontakt. Die in den Haftbedingungen festgelegten Erleichterungen (Rauchen, Zeitunglesen, Büchererhalt, Schachspiel Briefe und ein Einkauf von Lebensmitteln und Zigaretten, für 30 Mark monatlich) wurden uns ebenfalls erst nach 3 Wochen gewährt. Solche 'Erleichterungen' wurden willkürlich zugestanden oder entzogen. Ein Ermittlungsverfahren war gegen uns zuerst nach § 106 des Strafgesetzbuches eingeleitet worden.

§ 106, Abs. 1, Ziffer 1. und 3.:

(1)Wer mit dem Ziel, die sozialistische Staats-und Gesellschaftsordnung der DDR zu schädigen oder gegen sie aufzuwiegeln,

1. Schriften, Gegenstände oder Symbole, die die staatlichen, politischen, ökonomischen oder anderen gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR diskriminieren, einführt, herstellt, verbreitet oder anbringt,

....

3. Repräsentanten oder andere Bürger der DDR oder die Tätigkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Organe und Einrichtungen diskriminiert;

wird mit Freiheitsstrafe von 1 Jahr bis zu 5 Jahren bestraft.

Nach drei Monaten konnten wir erstmals 30 Minuten mit einem Angehörigen sprechen. 3 Briefe durften monatlich geschrieben und empfangen werden. Ein Gespräch mit einem Rechtsanwalt eigener Wahl war ebenfalls erst nach 3 Monaten möglich. Ein Offizier der Staatssicherheit war zugegen. Es dur durfte — wie bei den Gesprächen mit den Angehörigen — nichts nichts besprochen werden, was mit der Verhaftung, den Verhören und den Haftbedingungen zu tun hatte. Die Besuchserlaubnis des Angehörigen galt dann kontinuierlich für 30 Minuten alle 4 Wochen. Bei den Verhören stellte sich bald heraus, die Biermann-Aktion nur Anlaß für die Verhaftungen war, Wir mußten über unsere gesamte persönliche und politische Ent Entwicklung aussagen — darüberhinaus sollten wir Angaben über unsere Freunde in der Untersuchungshaft und über die in Jena zu Protokoll geben.

Im Mai 1977 wurde unser Verfahren auf § 107 umgestellt: staatsfeindliche Gruppenbildung.

(1) Wer einer Gruppe oder Organisation angehört, die sich eine staatsfeindliche Tätigkeit zum Ziel setzt, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis acht Jahren bestraft.

(2) Wer eine staatsfeindliche Gruppe oder Organisation bildet oder deren Tätigkeit organisiert, wird mit Freiheitsstrafe von 3 bis zu 12 Jahren bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

Das bedeutet eine Heraufsetzung des möglichen Strafmaßes.

Nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens, Ende Mai 1977, konnten wir unseren Anwalt allein zum Fall sprechen, waren dabei aber nie unbeobachtet. Von Anfang Juni bis Mitte August warteten wir auf unseren Prozeß.

Die 'Alternative'

Am 18.8.1977 wurden wir zur Vernehmung geholt. Neben dem bekannten Vernehmer jedes einzelnen saß ein Beamter in Zivil, der den jeweiligen Häftling betont sachlich und kühl begrüßte, sich selbst aber nicht vorstellte. Nach der nochmaligen Überprüfung der Personalien sprach der Unbekannte von unserem angeblichen Konflikt mit der Gesellschaft und brachte zum Ausdruck, daß es notwendig sei, diesen 'Konflikt' zu lösen. Wir stritten uns über die Art und Weise der Lösung gesellschaftlicher Widersprüche im realen Sozialismus. Als einzig annehmbare Lösung für uns forderten wir Freispruch. Nur ein solcher Freispruch könne die Basis für einen Dialog bilden. Das wurde jedoch von den Geheimdienstlern kategorisch abgelehnt.

Nach langem Hin und Her ließen sie ihre Absicht erkennen, uns aus der DDR zu entfernen, da wir, wie sie sagten, unbequem seien und ihnen erhebliche Arbeit machen würden. Es gelte, solche Unsicherheitsfaktoren wie uns auszuschalten. Wir wurden vor die fragwürdige Alternative gestellt, entweder zwischen 2 und 13 Jahren im Gefängnis zu sitzen oder sofort nach Berlin-West bzw. in die BRD entalssen zu werden. Es wurde uns versichert, daß im Falle eines Prozesses mit Haftjahren sehr freigiebig verfahren würde. Auch sei in unseren Fällen bestimmt nicht zu erwarten, daß uns — wie sonst üblich — ein Teil der Haftzeit erlassen werden würde. Im übrigen sei ja bekannt, welche physischen und psychischen Auswirkungen ein langjähriger Aufenthalt in den DDR-Stravollzugsanstalten hätte: 'Sträuben Sie sich nicht länger. Wenn Sie jetzt nicht nachgeben, befördern wir Sie nach ein paar Jährchen Kanst ohnehin hinaus. Ob Sie dann noch Widerstandsgeist haben, ist zu bezweifeln!' Und: 'Sollten wir Sie nach VErbüßung der Haft noch in die DDR entlassen, würden Sie früher oder später — eher früher als später — doch wieder im Knast landen.'

Jedem von uns wurde — wie sich später herausstellte — vorgelogen, alle seine Genossen seien bereits mit der Ausreise gen Westen einverstanden und es läge nur an ihm, ob alle oder keiner entweder in den Knast oder in den Westen gehe. Alle lehnten zunächst ab, die DDR zu verlassen.

Die Forderung, Anwälte und Angehörige konsultieren zu dürfen, wurde sofort und entschieden zurückgewiesen. In den folgenden Tagen und Nächten quälten wir uns mit dem erpresserischen 'Angebot' in unseren Zellen herum. Schließlich setzte sich bei uns die Erkenntnis unserer Ohmacht gegenüber der Staatssicherheit in dieser Situation durch. Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit fuhren uns von Gera in die Berliner Untersuchungshaftanstalt Magdalenenstraße, von wo aus wir am 2.9. nach Westberlin gebracht wurden.

Michael Sallmann, Leipzig: Politischer Widerstand gegen die Ausbürgerung Biermanns in der NVA

Im November 1976 war ich wie auch zum Zeitpunkt meiner späteren Verhaftung Soldat der Nationalen Volksarmee in Leipzig. Die Nachricht von Biermanns Ausbürgerung erreichte mich beim Wachestehen. Man muß sich die Situation bildlich vorstellen, um verstehen zu können, was mich in jenen Stunden zerriß: da stand ich nun, scheinbar mächtig, eine scharf geladene MP an der Hüfte, voller Empörung und war doch hilfloser als viele meiner Genossen in der DDR, denn die Sicherheitsorgane greifen bei sogenannten politischen Verbrechen Armeeangehöriger wesentlich schneller zu als bei Zivilpersonen. Aber irgend etwas mußte ich doch tun. Irgendetwas. Nur was, wußte ich noch nicht.

In der Kaserne herrschte in den auf die Ausbürgerung folgenden Tagen hektische Unruhe. Man sprach nur von Biermann und seinen Genossen in der DDR. Jeden Morgen kämpften die Soldaten um die neue Ausgabe des ‚Neuen Deutschland'. Das Informationsbedürfnis auch der Offiziere war plötzlich ungeheuer angewachsen. Einige, die wußten, daß ich mit Biermann und dem inzwischen verhafteten Leipziger Liedermacher Pannach befreundet bin, überschütteten mich mit Fragen, auf welchem Standpunkt wir stünden, was wir kritisierten, wer wir seien und wohin wir politisch eigentlich wollten.
Das Bemerkenswerteste daran war, daß alle Fragenden Bier-

mann, die verhafteten Künstler, deren Freunde und Genossen, die mit ihnen Solidarischen von vorne herein als etwas Einheitliches, als eine neue Richtung im politischen Einerlei der DDR auffaßten.

Ich begann, wieder mit Gitarre und Gedichten aufzutreten, war unterwegs von Kompanie zu Kompanie. Hunderte Soldaten und Offiziere bekamen meine Kritik an den Mißständen in der DDR, meinen Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung und gegen die Verfolgung der linken Opposition zu hören. Doch dann war Schluß: am 13.4.1977 wurde ich nach einem weiteren Auftritt vom Staatssicherheitsdienst unter dem Vorwand verhaftet, ich hätte mit meinen Gedichten und Liedern jahrelang staatsfeindliche Hetze und Aufwiegelei der Bevölkerung im schweren Falle begangen.

Mit mir wurden 3 meiner Freunde aus der Kaserne festgenommen, die zu meiner Person befragt, und 24 Stunden später wieder freigelassen wurden. Bis zu meiner durch den Staatssicherheitsdienst erpressten Ausreise aus der DDR saß ich wie meine Genossen Fuchs, Pannach und Kunert im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen. Dort hatte ich genug Zeit, über meine Vergangenheit nachzudenken.

Knapp 5 meiner 24 bisher gelebten Jahre hatte ich mich mit meinen Gedichten in der DDR eingemischt, wie meine Jenaer Genossen, erst zaghaft, dann immer bewußter und gezielter. Nachdem ich meine Lehre als Baumaschinist beendet hatte, delegierte mich mein Betrieb zum Ökonomiestudium. Von diesem Studium wurde ich 1974 aufgrund einer Denunziation rlegiert, nach Absolvierung der gesamten Studienzeit. Der Schulleitung war bekannt geworden, daß ich kritische Gedichte verfasse und mit dem ‚Staatsfeind' Biermann befreundet bin. Danach arbeitete ich als Kraftfahrer auf dem Bau. Als Sänger trat ich von 1972 an in kleineren Veranstaltungen vor Studenten, in Clubs und Discotheken auf. Jede Möglichkeit nutzend, das, was ich zu sagen hatte, an den Mann zu bringen. Ich bekam zwar Auftrittsverbot, aber trat illegal weiter auf.

Nach Monaten des Träubens, der Angebote der Stasi, doch in den Westen zu gehen, nach Monaten der Hoffnung auf eine baldige Freilassung, wurde ich Ende August eines Abens aus meiner Zelle geholt und einem Stasi-Offizier vorgeführt, der mir verkündete, daß meine Leipziger Freunde Pannach und Kunert nach Westberlin entlassen worden seien. Ich bekam zu hören, ich könne ebenfalls in den nächsten Tagen nach Westberlin entlassen werden. Im Weigerungsfall hätte ich mit sieben bis zehn Jahren Haft zu rechnen und würde danach ebenfalls ausgewiesen.
Am 2.9. wurde ich gemeinsam mit dem Jenaer Genossen Bernd Markowsky, der inzwischen nach Berlin gebracht worden war, nach Westberlin gefahren. An diesem Tag waren wir nicht die einzige Fuhre dieser Art.

Wie sehr haben wir in der DDR eine umfassende Analyse unserer Gesellschaft vermisst. Eine Analyse, wie sie Robert Havemann begonnen hatte, eine Analyse, die unsere Erfahrungen — an Werkbänken, in Vorzimmern und vor Schreibtischbarrikaden gesammelt — verallgemeinert, die unsere Gefühle auf einen rationalen Punkt bringt. Jetzt, wo die Staatssicherheit der DDR von uns gesäubert und doch keinen Grund hat, sich sicherer zu fühlen, bekommen wir diese Analyse in die Hände, erscheint im Westen Rudolf Bahros ‚Alternative', nach der so viele in der DDR suchen.
Nicht Bahro hat sein Buch, Produkt 10jähriger intensiver Arbeit ins Exil geschickt. Es gab lange Verhandlungen mit dem Dietz-Verlag, ehe er sich gezwungen sah, hier zu veröffentlichen. Eine kleine Notiz im ND fiel uns mit Schrecken ein, als wir hier von Bahro hörten und lasen.

„Wegen Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit wurde Rudolf Bahro festgenommen. Gegen ihn wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet." Da saßen wir noch im Gefängnis, als wir das zu lesen bekamen. Wir haben Angst um ihn, wenn wir daran denken, wie er in so einer Zelle sitzt vor solchen Verhörern, wie wir sie kennen: die Bahro und Kommunisten wie ihn — zu Recht — als ihren ärgsten Feind ansehen.

Berlin-West, Oktober 1977

APPELL AN DIE DDR

Konstanz
Dezember 77

Ein Brief des ASTA der Uni Konstanz
Die studentische Versammlung der Universität Konstanz appelliert an die Staats- und Parteiführung der DDR bzw. der SED, den marxistischen Kritiker und Theoretiker Rudolph Bahro freizulassen.

Die Veröffentlichung eines kritisch-marxistischen Buches in einem Gewerkschaftsverlag der Bundesrepublik sowie Interviews über den Inhalt des Buches in westdeutschen Medien kann unmöglich als geheimdienstliche Tätigkeit angesehen und denunziert werden.

Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen darf nirgendwo zu Diskriminierung oder gar Inhaftierung führen.

Rudolph Bahro war bis zu seiner Inhaftierung ein Parteifunktionär in der DDR. Zunächst Sekretär der FDJ (der Jugendorganisation der einzigen Partei in der DDR — SEW), dann Chefredakteur der von der FDJ herausgegebenen Zeitung, wurde er von der Partei auf einen Posten als Wirtschaftsmanager abgeschoben. Unter dem Eindruck der Ereignisse in der CSSR 1968 formulierte er in seinem Buch: "Die Alternative" eine radikale Kritik der gesellschaftlichen Zustände im "realen Sozialismus" aus marxistischer Sicht. Daraufhin wurde er unter dem Verdacht geheimdienstlicher Tätigkeit verhaftet.

Realer Sozialismus in der CSSR

Prag
Dezember 77

Schon im Oktober wurden 4 Unterzeichner der Bürgerrechts-"Charta 77" zu Freiheitsstrafen verurteilt. Darunter Jiri Lederer, der des Versuchs, staatsfeindliche Literatur aus der CSSR zu schmuggeln, schuldig befunden, und zu 3 Jahren! Haft verurteilt wurde.

Schah Mohammed Reza Pahlewi und Kaiserin Farah erhielten die Ehrendoktorwürde der Prager Karls-Universität. Am Festakt - nach altem Zeremoniell - nahm auch CSSR-Staatspräsident Husak teil. Der Schah erhielt den (ausgerechnet!) Juristischen Ehrendoktor, die Kaiserin den der Geisteswissenschaften
(Aus: Die Welt)

SOLIDARITÄTSKAMPAGNE FÜR IRMGARD MÖLLER

ROM
19. Dezember

Es wächst in Italien die Mobilisierung, um das Leben Irmgard Möllers zu retten. Die folgenden italienischen Abgeordneten Susanna Agnelli (PRI), Magnani Noja (KPI), Luciana Castellina (DP) und außerdem Inge Feltrinelli, Natalia Ginzburg (Schriftstellerin) und Mitglieder der UDI (größte italienische Frauenvereinigung) haben dem bundesdeutschen Justizminister, dem Justizminister von Baden-Württemberg und dem deutschen Botschafter in Italien folgendes Telegramm geschickt:

„Wir drücken hiermit unsere tiefe Sorge aus um das Leben und die Menschenrechte Irmgard Möllers. Wir meinen, es ist notwendig einzugreifen, damit die Isolation beendet wird und sie Verteidigung bekommt.“

Inzwischen hat eine Delegation von italienischen Politikern, darunter Lombardo Radice (KPI), um eine Audienz beim deutschen Botschafter ersucht. Auch Irmgard Möller hat sich selbst dazu geäußert: *„Es gab keine Waffen, keine Radios, keinen Sprengstoff. Ich bin überzeugt, daß die gleichen Leute, die mich verletzt haben, auch Baader, Ensslin und Raspe ermordet haben.“*

aus lotta continua vom 18./19. Dezember 1977

ZUR ENTWICKLUNG DER ITALIENISCHEN LINKEN NACH "BOLOGNA" - 2.TEIL

Die im ID Nr.207 beschriebenen Differenzen innerhalb der autonomen Linken Italiens führen an jedem weiteren politischen Ereignis(Demonstrationen,Stellung zu Gewerkschaften, Antifaschismus) zu einer Spaltung der Bewegung:

Demonstrationen nach Stammheim

Rom 20.12.77 Nach den Selbst/Morden von Stammheim kommt es in ganz Italien zu militanten Demonstrationen (vgl. ID Nr.204).In Rom hat der kommunistische Bürgermeister die Demonstration (vom 20.Oktober) verboten, die Stadtteile, durch die sie gehen soll, sind von der Polizei besetzt. Über die freien Radios wird zu einer Versammlung in der Universität aufgerufen. Rings um die Uni sind die Bullen aufgefahren, während sich drinnen rund 5000 Leute versammelt haben. Die meisten fühlen sich gegen die Umzingelungstaktik der Bullen ohnmächtig und sind entmutigt. Es ist klar, daß wenn ein Demonstrationszug aus dem Unigebiet herausführen würde, es sofort zu einer schweren Auseinandersetzung mit der Polizei kommt.
An die 50 Autonomisten werfen einige Molotow-Cocktails in die Richtung der Polizei, die vor dem Haupttor der Uni steht. Eine allgemeine Flucht setzt ein; einige Gruppen versuchen in einem Demonstrationszug aus der Uni herauszukommen. Nur einige Hundert bleiben zurück. Die Bullen setzen zunächst wenig Tränengas ein und schießen sofort. Vor dem Polizeirevier von San Lorenzo(dem Stadtteil, wo die Universität liegt) gibt ein Bulle Schüsse mit einer Maschinenpistole ab, von der anderen Seite wird zurückgeschossen.Überall im Universitätsviertel verfolgt die Polizei junge Leute und setzt eine neue Art Tränengas ein. Zwei kleine Demonstrationszüge die aus dem Unigebiet rauswollen, werden auseinandergetrieben. Nach dem Molotow-Angriff der Autonomisten fühlen sich viele von einer Minderheit in eine Situation hineingezogen, in die sie sich selbst nicht begeben hätten. -Die Proteste gegen die "Morde von Stammheim" –denn niemand unter den italienischen Linksradikalen zweifelt daran, daß es Morde waren– haben nicht zu mehr Gemeinsamkeit in der "römischen Bewegung" geführt und die bestehenden Differenzen eher noch bestärkt.

Die Schließung der "Höhlen" der Autonomisten

Anfang November schließt der Innenminister Cossiga die Zentren der organisierten Autonomie(Autonomia operaia organizzata,Via dei Volsci) in Rom und ein unabhängiges linkes Jugendzentrum(Circolo giovanile) in Turin. Der militanteste Teil der Bewegung soll kriminalisiert werden, aber Cossiga geht noch weiter:"Die wahren Höhlen sind die Universitäten von Rom und Bologna!" Gegen die Kriminalisierungsversuche sollen am 12.November in ganz Italien Demonstrationen stattfinden. Sie werden alle verboten, Rom wird von der Polizei nach einem Militärplan in 8 Sektoren aufgeteilt und praktisch besetzt.
Die "römische Bewegung" antwortet darauf mit einer Reihe von dezentralen Demonstrationen, wie sie aus dem Spanien Francos bekannt sind.Den ganzen Tag über kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Tausende werden an diesem Tag durchsucht(mit dem Rücken zur Wand), die zwei freien Radios von Rom, Radio Cita Futura und Onda Rossa, werden vorübergehend geschlossen, weil sie über die Auseinandersetzungen berichten. Eine Gruppe von Polizisten dringt in den Sitz der Radikalen Partei ein und bedroht die dort Anwesenden mit Waffen. Aus Protest gegen die Polizeirepression beschließt die Versammlung der Bewegung eine symbolische Besetzung der Universität. (Wie im einzelnen von den anderen Teilen der autonomen Linken über die Art der Solidarität mit den organisierten Autonomisten, deren Zentren geschlossen wurden, diskutiert wurde, wissen wir nicht)

Nationale Metallarbeiterdemonstration in Rom

Für den 2.Dezember haben die Gewerkschaften zu einer nationalen Demonstration der Metallarbeiter aufgerufen. Es wird eine große Demonstration, an die 200 000 Leute kommen. - Die römische Bewegung ist gespalten, ob sie daran teilnehmen soll: die Autonomisten wollen einen eigenen Demonstrationszug machen, da sonst die "Inhalte der revolutionären Opposition verwässer würden", und sich später mit den Arbeitern des Stahlwerks Italsider von Bagnoli/NA, die gegen Kurzarbeit kämpfen, treffen. Auch eine Reihe von Frauenkollektiven wollen einen eigenen Zug machen, da "die verschiedenen Frauengruppen innerhalb der Metallgewerkschaft ohnehin nur versuchen, die feministische Bewegung an sich zu reißen und die subversiven Inhalte darin zu eliminieren." Ein anderer Teil der Bewegung, hauptsächlich Democrazia Proletaria und Lotta Continua, will direkt an der Metallerdemonstration teilnehmen, da dies eine gute Möglichkeit sei, daß die "Bewegung von '77 sich mit den Kämpfen in den großen Fabriken, der Arbeiterklasse ,die sich nicht enthält"(gegenüber dem historischen Kompromiß), vereinigt. Dementsprechend sieht Lotta Continua die Demonstration der 200 000 als die "größte Provokation gegen das Übereinkommen der sechs"(parlamentarischen Parteien)an.
An der Demonstration nehmen auch die 89 von der Polizei gesuchten Genossen teil, denen von dem faschistischen Richter Alibrandi vorgeworfen wird, die demokratische Soldatenorganisation "Proletari in divisa"(Proletarier in Uniform) unterstützt zu haben. Die Soldatenorganisation war Mitte Oktober verboten worden.
Während die Demo selbst durch abgelegene Straßen mit wenig Leuten geht, hat sich die Autonomia Operaia in der Uni versammelt; das Uni-Gebiet ist total von Bullen eingekreist. Jeder Versuch, als Gruppe aus der Uni herauszukommen, wird sofort mit Tränengas beantwortet.Nur einigen wenigern Gruppen gelingt es,das Unigebiet zu verlassen. Es gibt für die Autonomisten nicht den geringsten politischen Speilraum,eine Demonstration zu bilden und den Versammlungsort Universität zu verlassen. - Inzwischen kommt ein Demonstrationszug des Teils der Bewegung, der an der großen Demo teilgenommen hat, an der Uni an; auf der sich anschließenden großen Versammlung kommt es schnell zu einer Schlägerei zwischen den beiden Flügeln der Bewegung.
Übrigens sind über 40 Sonderzüge zu der Demonstration nach Rom gefahren. Auf den Bahnsteigen, von denen die Sonderzüge losfuhren, war der gewerkschaftliche Ordnungsdienst postiert und fragte jeden, der mitwollte, von welcher Fabrik er kommen würde. Denn "die Züge sind nur für die Metallarbeiter da!" Mit solchen Begründungen wurden Studenten und Arbeitslose vor halbvollen Zügen abgewiesen.

12.Dezember - 8 Jahre nach dem Blutbad auf der Piazza Fontana

Die römische Bewegung ist sich einig, am 12. Dezember eine Demonstration zum 8.Jahretag des Bombenanschlags auf der Mailänder Piazza Fontana, zu machen. (Die Urheber des Attentats sind trotz langwieriger Gerichtsverhandlungen bis heute nicht bestraft). Die Polizei verbietet die Demonstration, aber niemand will auf das Recht, zu demonstrieren, verzichten. Es wird beschlossen, in Hunderten von kleinen Gruppen in die Innenstadt zu gehen. Im Laufe des Nachmittags kommt es in der ganzen Innenstadt zu blitzschnellen Straßenblockaden, die den Verkehr lahmlegen; die Bullen kommen meist zu spät. Nach und nach eskalieren die Auseinandersetzungen. Zwei Parteibüros der Christdemokraten werden mit Molotow Cocktails angegriffen,dabei wird ein DC-Mitglied verletzt. In der Via Nomentana werden in die Bar Rocci, die von Faschisten besucht wird, Molos geworfen. Das Cafe war zu diesem Zeitpunkt voll von Leuten; fünf von ihnen mußten mit Brandwunden ins Krankenhaus gebracht werden, da sie nicht mehr rauskamen. Unter den Verletzten sind auch zwei Mädchen im Alter von 15 und 17 Jahren. — Der Tod von Roberto Crescenzio vor wenigen Wochen in einem Turiner Cafe hat offenbar noch nicht genug Leute von solchen Aktionen abgehalten.

In der gesamten Innenstadt kommt es zu Auseinandersetzungen. Ganze Stadtteile sind voll von Tränengas. Auch gegen das Justizministerium und gegen einzelne Firmen fliegen Molotow-Cocktails. Mit quergestellten Wagen und Bussen werden Barrikaden gebaut. Die Polizei setzt Panzerwagen ein und geht ziemlich brutal vor; 300 Leute werden verhaftet. Ein Großteil der Verhafteten wird in eine Turnhalle in einer Kaserne der Carabinieri geschafft. Die Bullen sind wahnsinnig aggressiv sie werfen Tränengas in die Turnhalle und machen dann die Türen zu.

Zur Auseinandersetzung um die Aktionen der italienischen Stadtguerilla

Auch die Diskussionen um die Aktionen und die Strategie bzw. Taktik der Stadtguerillagruppen hat innerhalb der italienischen revolutionären Linken im Laufe dieses Jahres wieder an Intensität zugenommen: einerseits, weil durch das Erstarken der revolutionären Bewegung selber erneut ein massenhaftes Forum für diese Diskussion geschaffen wurde, andererseits auch durch einige, zum Teil grundlegende Veränderungen der Strategie/Taktik der Stadtguerillagruppen(vor allem der Brigate Rosse = "BR") selbst.

In ihrer Anfangszeit hatten die Stadtguerillagruppen drei Grundsätze, an denen sie ihre Aktionen ausrichteten,etwa:

— bewaffnete Aktionen im Zusammenahng mit der Massenbewegung durchführen
— das Herz des Staates treffen
— einen strafen, um Hundert zu erziehen

Die diesen Grundsätzen mehr oder weniger entsprechenden Aktionen (Entführungen, Verbrennen von Autos von leitenden Angestellten, Meistern und anderen verhaßten Personen usw) wurden damals bereits von einem Großteil der linken Organisationen bzw. von der linken Bewegung abgelehnt bzw. kritisiert.

In den letzten zwei Jahren haben sich die Aktionen der BR in dreierlei Hinsicht, zum Teil grundlegend, verändert:

— 1976 wurden zum ersten Mal nicht mehr nur "Bosse"(im engeren Sinne) und Staatsbeamte,vor allem Justizbeamte,von denen zwei durch Attentate getötet wurden(1976 der Generalstaatsanwalt von Genua F.Coco, durch ein Attentat der Stadtguedrillagruppe NAP und 1977 der Vorsitzende der italienischen Anwaltskammer F.Croce durch ein Attentat der BR,) sondern auch Funktionäre der KPI und der PSI zu Objekten von Attentaten gemacht;Attentaten, wo zumeist bewußt auf die Beine bzw. den Unterleib geschossen wurde;(auch wenn es innerhalb der Arbeiterbewegung erheblichen Ärger über den historischen Kompromiss der KPI gibt und auch Wut auf die Funktionäre, die ihn praktizieren/durchsetzen, so ist diese Wut sicherlich nicht massenhaft Hass, mit dem solche Aktionen als "Aktionen aus der Massenbewegung heraus" gerechtfertigt werden könnten, wenn überhaupt...).

— 1977 wird die Liste der Objekte für die Attentate nochmals erweitert: es beginnt eine Serie von Attentaten auf Journalisten — seit Anfang des Jahres wurden 5 Journalisten bei solchen, mit Schußwaffen durchgeführten Attentaten -zum Teil schwer- verletzt(darunter ein Redakteur der Parteizeitung der KPI).

— Am 16.November 1977 schließlich wurde zum ersten Mal ein Attentat auf einen Journalisten ausgeführt, mit dem expliziten Ziel, diesen zu töten: Carlo Casalegno, der stellvertretende Chefredakteur von der Agnelli gehörenden Turiner Tageszeitung "La Stampa" wird in den Kopf geschossen , schwer verletzt und stirbt einige Tage später. Ein Kommando der BR, das sich nach der von der Polizei erschossenen Frau eines der Mitbegründer der BR "Kolonne Margherita Cagol /"Mara" Flugblättern zu dem Attentat: "Mittwoch,16.11.77:eine bewaffnete Gruppe der Brigate Rosse hat einen Schlag gegen den Staatsdiener Carlo Casalegno, stellvertretender Chefredakteur der Zeitung La Stampa durchgeführt. Aufgabe dieses Kommandos war es, diesen Schmierfink in Staatsdiensten hinzurichten..." Weiter wird die Funktion der Zeitung La Stampa kritisiert ("ihre Aufgabe, die Arbeiterorganisationen zu diffamieren und zu spalten..."); Casalegno wird vor allem wegen seiner wichtigen Funktion als Leitartikelschreiber und als "Agent im aktiven Kampf gegen die Guerilla" angegriffen: "In seiner Arbeit für diese Zeitung hat sich Casalegno, Mann der DC, als treuer Diener von Fiat, dem Konzern, dem er seit 30 Jahren dient, erwiesen; in dieser Zeit hat er ständig eine gegen das Proletariat gerichtete Politik betrieben und ist dabei sogar soweit gegangen, den Putschversch von Cavallo und Sogno zu unterstützen; für letzten hat er zudem ein Bittgesuch unterschrieben, in dem dessen Entlassung gefordert wird..."Das Flugblatt endet mit einer Bemerkung über die bürgerliche Presse im Allgemeinen: "Heutzutage erfüllt die Presse eine antreibende Funktion im Rahmen der Propagierung der Interessen der multinationalen Bourgeoisie, sie ist aktives Instrument im Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen die kämpfende, organisierte Avantgarde des Proletariats. Die Zeitungsorgane sind nichts anderes als Befehlsempfänger, die die Anweisungen des Imperialismus auszuführen haben" und mit der Aufforderung an die revolutionäre Avantgarde "in die Offensive überzugehen,überall die bewaffnete proletarische Macht zu errichten und den Angriff ins Herz des Staates zu tragen."

Am darauffolgenden Tag macht die linksliberale Zeitung "La Repubblica" eine Art Stimmungsbericht aus dem Fiatwerk in Turin und zitiert die Aussagen einger Arbeiter;dabei ging es vor allem um die Frage der Beteiligung an einem von den Gewerkschaften ausgerufenen einstündigen Streik aus Solidarität mit Casalegno:

"Das sind kriminelle Aktionen, es wird Zeit, daß sie damit aufhören, wir müssen die, die schießen, ins Gefängnis stekken. Aber ich will auch, daß die Namen der 5oo reichen und ehrenwerten Personen, die von den Banken bestochen und geschmiert worden sind — aber deren Namen veröffentlicht ihr ja nicht!" Ein Gewerkschafter: "Laß uns jetzt mal nicht über diese Liste sprechen. Wir Arbeiter verurteilen solche terroristischen Aktionen in jedem Fall. Unsere Kampfmethode ist ganz anders." Ein junger Arbeiter:"Bist du sicher, daß die Mehrheit der Arbeiter wirklich verurteilt, was sich gestern abend ereignet hat?! Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft und die Bosse erdrücken uns."

Ein Gewerkschaftsdelegierter:"Das ist aber doch noch kein Grund, zu schließen!"...Ein älterer Arbeiter: "Wir streiken und währenddessen verschlimmert sich alles: die Preise und die Zahl der Getöteten steigen". Daraufhin kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Arbei-

tern. Ein Delegierter:"Also mich interessiert Casalegno einen Scheißdreck! Aber andererseits ist das Attentat genau nach unserem Streik vom Dienstag passiert. Die Arbeiter von Fiat haben kapiert, daß..."Wie kommst du denn dazu, für alle Fiatarbeiter zu sprechen ?!" Ein älterer Arbeiter:"...Wenn einem Arbeiter was passiert, dann machen die Journalisten ja auch keinen Solidaritätsstreik." Ein weiterer älterer Arbeiter:"Ich finde es richtig, daß jetzt (aus Solidarität mit Casalegno) gestreikt wird, aber wenn einem Arbeiter was passiert, dann machen die Leute von den Zeitungen ja nicht einmal eine Minute Streik!" Einer fragt mich:"Eh, du Journalist, wenn ich mal draufgehe, wirst du dann streiken?!" - Andere Aussagen von Arbeitern:"Für solche Scheißkerle wird nicht gestreikt!"-"Mensch, was redest du da? Die, die am Corso Umberto geschossen haben, die haben auch gegen uns geschossen!"-"Wenn die geschossen haben, dann wird's auch einen Grund dafür gegeben haben. Auf uns haben die Brigate Rosse noch niemals geschossen."-"Persönlich tut mir leid, was passiert ist, aber ich habe auch nicht vergessen, daß die Fiat die Arbeiter bespitzelt hat und darüber ein Archiv angelegt hat; darüber hat die Fiat-Zeitung nichts geschrieben."-"Stellen Sie sich mal vor, wir sollten wegen jedem Attentat streiken! Die da vergnügen sich zu Tode und wir sollen dafür noch unseren Lohn verlieren!"-"Kein Streik! La Stampa ineressiert sich nicht für die Probleme der Arbeiter oder ist diffamierend. Um den Journalisten tuts mir sehr leid, aber ich habe weitergearbeitet!" Ein etwa 35 oder 40jähriger Gewerkschafter:"Ja, mit dem Streik,das hat nicht geklappt. Aber man muß das verstehen. Es kam alles gerade nach einem Generalstreik... Aber in den Abteilungen gab es große Diskussionen und die meisten haben eine richtige und reife Haltung gezeigt."(Zitiert nach "La Repubblica" vom 18.11.77).

Anders die Reaktion in der Tageszeitung Lotta Continua: "Die Verurteilung der Roten Brigaden kann nicht nur auf ihren Schriften basieren. Die Kluft , die uns und viele Genossen wie uns, die ihre ganze Energie zur radikalen Veränderung dieser Gesellschaft aufbringen, von denen trennt, die sich entschieden haben, außerhalb der realen Widersprüche zu leben und dabei ihren Haß mit den Interessen von Millionen von Proletariern verwechseln, ist endgültig und sehr tief... Wahrhaftig erscheinen uns in diesem Fall die abgegebenen Begründungen so tragisch töricht wie niemals zuvor. Mit solchen Begründungen kann man wirklich jeden hinrichten, vom kleinen Bankangestellten bis hin zum Beamten in irgendeinem Büro. Der Begriff "Herz des Staates" wird nun auch zur Rechtfertigung für die unmenschliche Strafjustiz einer Sekte. Die scheinbare Bezugnahme auf die Massen ist Bezugnahme auf die Rachelust, die diese Gesellschaft produziert, und dem so ein ideologischer 'Hut' aufgestülpt wird... Wir hoffen von ganzem Herzen, daß diese politische Perspektive niemals Erfolg haben wird, anderenfalls müßten wir weitschlimmere Dinge als den Stalinismus erleben!"(Aus Lotta Continua vom 18.11.77).

Der Sohn des erschossenen Journalisten, Andrea Casalegno, ist seit Jahren Mitglied von Lotta Continua; als aktives Mitglied dieser Organisation ist er seit '68 oft vor die Tore der Fiatwerke gegangen, um dort zu agitieren. In Lotta Continua vom 19.11.77 ist folgendes Interview mit ihm abgedruckt: "Was jetzt passiert ist, was meinem Vater zugefügt wurde, ist die Bestätigung von Dingen, über die ich schon lange reflektiert habe. Wenn ihr mich fragt, was ich über die Gründe, aus denen heraus manche Genossen des Jahres '68 zu den Roten Brigaden gegangen sind, denke, weiß ich keine direkte Antwort zu geben. Gewiß ist der Anschlag auf meinen Vater nichts Neues. Seit einiger Zeit gab es Verhaltensformen, die irgendwie zu diesem Weg führten."-Welche ? "Ich erinnere an Beispiele wie den Massenmord am Flughafen von Tel Aviv in Israel, als zahlreiche Passagiere durch Maschinenpistolenschüsse von FDLP-Mitgliedern getötet wurden. Ich befand mich damals im Knast, mit anderen Genossen und hielt jene Aktionen für verrückt und konterrevolutionär. Und dann haben wir gewußt, daß manche Genossen jenen Massenmord verstanden, wenn nicht direkt gerechtfertigt haben, wegen des Dramas des palästinenischen Volkes etc. Auch das vietnamesiche Volk hat eine fürchterliche Vernichtung erlebt, aber als Saigon eingenommen wurde, wurden zugleich alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, um ein Massaker zu verhindern, auch wo es Folterer u.ä. zu massakrieren galt."In anderen Teilen des Interviews fordert Andrea die "Humanisierung" linker Organisationen, darunter Lotta Continua, mit der er politisch übereinstimmt. Zuletzt geht Andrea auf die Beziehung zu seinem Vater ein:"Ich finde es verrückt, wie die Roten Brigaden über meinen Vater gesprochen und geurteilt haben. Ich wiederhole: ich bin mit meinen Vater in keinem einzigen Punkt einverstanden, auch in Bezug auf die kleinen Dinge des Alltagslebens... Aber derjenige irrt sich, der glaubt, mein Vater schrieb das,was er schrieb, weil das aus Rom befohlen wurde. Über seine intellektuelle Unabhängigkeit und seine Aufrichtigkeit habe ich aufgrund meiner Kenntnisse über ihn keine Zweifel. Warum sollen wir Menschen auf billige bequeme Symbole reduzieren und dadurch die Realität verzerren?"

STARB ULRIKE MEINHOF VOR DEM SELBSTMORD?

STAMMHEIM
9. Mai 1976

Nach dem Tod von Ulrike Meinhof im Mai 1976 wurde eine internationale Untersuchungskommission über die Ursachen und Umstände ihres Todes zusammengestellt. Bis vor kurzem tagte diese Kommission, in der Personen aus Dänemark, Holland, Großbritannien, Irland, Frankreich, Schweiz, Italien, Belgien, Griechenland und der Bundesrepublik vertreten sind, ohne Öffentlichkeit.

Am Freitag, dem 16. Dezember, erklärte der dänische Psychologe Jorgen Pauli Jensen (Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission) auf einem Antirepressionstreffen in Berlin, daß Ulrike Meinhof kurz vor ihrem Tod an einer äußerst schweren Veränderung des rechten Herzhofs litt, wohlmöglich an dieser verstorben sei. Jensens Aussage beruht auf dem medizinischen Bericht, der von einem deutschen Arzt für die internationale Untersuchungskommission (IUK) vorbereitet wurde und der in detaillierter Form die offizielle These einer „eindeutigen Selbsterhängung" als absoluten Unsinn beweist.

Die staatstragende Selbstmordthese basiert in erster Instanz auf dem provisorischen Obduktionsbericht der Gutachter Professor Mallach und Professor Rauschke, die den folgenden Kern enthalten:

„Die Anordnung des Hängens der Leiche in der Zelle, die Anbringung und Länge des Erhängungswerkzeuges sowie die am Auffindort und bei der Obduktion erhobenen gerichtsmedizinischen Befunde entsprechen einer eindeutigen Selbsterhängung mit folgendem Hergang:

- *Frau Meinhof hat sich auf den unter dem Fenster, auf der Bettmatratze stehenden Stuhl gestellt, den Handtuchstreifen durch die Öffnungen des Fenstergitters gezogen, ihren Rücken der Wand unterhalb des Fensters zugekehrt, den Handtuchstreifen unter dem Kinn doppelt verknotet und den Stuhl durch einen Schritt ins Leere verlassen, so daß sie frei am Fenstergitter hing und bald darauf bewußtlos wurde und infolge Erstickung starb."*

(Auszug des offiziellen, aber – bis heute – provisorischen Gutachtens.)

Der Arzt der IUK, Dr. N., (der Name ist der Redaktion bekannt) hatte die Aufgabe, der IUK über die medizinischen Tatsachen, die über den Tod von Ulrike Meinhof vorliegen, zu berichten. Er bezog sich auf das Gutachten von Professor Mallach und Professor Rauschke sowie auf das neuropathologische Gutachten von Professor Pfeiffer, Direktor des Instituts für Hirnforschung der Universität Tübingen, das Gutachten von Professor Janssen, Hamburg, und eine Reihe bisher nicht veröffentlichter Informationen über die Todesumstände.

I Ein erstes Problem: es steht fest, daß bei Frau Meinhof keine „ischämischen Nervenzellenschädigungen" existierten. Diese Sauerstoffmangelschädigung tritt aber normalerweise bei einem Erhängungstod in der Zeit zwischen Erhängung und Tod ein. Professor Pfeiffer erklärte diese Inkonsistenz dadurch, daß bei Frau Meinhof der Tod durch das Erhängen sehr schnell eingetreten wäre.

Ein weiterer, noch viel erstaunlicherer Befund wurde von Professor Janssen gemacht: es bestand eine „starke akute Erweiterung der rechtsseitigen Herzhöhlen", weiterhin des „rechte(n) Herzvorhof(s) und der rechte(n) Herzkammer, hier besonders im Bereich der Ausflußbahn, waren stark erweitert mit zum Teil dünn ausgezogener Wandung und Abflachung des Innenreliefs".

Aber – nach Dr. N. ist dieser Befund für Erhängungen nicht typisch und auch keine Folge des Erhängungsvorganges!

Könnte aber trotzdem diese Herzerweiterung nicht durch den „Selbstmord" entstanden sein? – Nein, weil bei einem so schnellen Erhängungstod, der nicht einmal die Sauerstoffmangelschädigungen entstehen läßt, die Zeit mit Sicherheit auch zu kurz ist, um eine solche Rechtsherzerweiterung entstehen zu lassen.

Dr. N. hält es für sicher, daß diese Erkrankung aufgetreten ist, bevor der Strick um den Hals von Ulrike Meinhof gelegt wurde.

Die Aktivitäten von Ulrike Meinhof bis zum Abend des 8. Mai sind wohlbekannt. Am 6. Mai hatte sie eine Unterhaltung mit einem italienischen Journalisten, auch am folgenden Tag diskutierte sie mit anderen Gefangenen und hatte als einziges gesundheitliches Problem die Behandlung ihrer Zähne angesprochen. Nichts deutet darauf hin, daß Ulrike Meinhof an den Beschwerden einer akuten Herzinsuffizienz litt. Noch um 22.00 Uhr des Todesabends (8. Mai) hat sie mit Gudrun Ensslin am Zellenfenster gesprochen und gescherzt.

Dr. N.: Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist die Dekompensation des rechten Herzens erst nach 22.00 Uhr entstanden und muß klinisch zu einem sehr schweren Krankheitsbild geführt haben, wenn diese wenige Stunden später bereits einen so hohen Grad der Rechtsherzerweiterung erreicht hatte. (Der Tod ist eingetreten unter dem Zeichen der Rechtsherzerweiterung.) Wenn Ulrike Meinhof sich während dieser Krankheit aufgehängt hätte, so wäre sie damit nur dem Tod durch Herzerweiterung zuvorgekommen.

II Wenn schon die oben erwähnte Herzkrankheit sowie die fehlenden Sauerstoffmangelschädigung der Nervenzellen das klare Bild der offiziellen Gutachter erheblich trüben, wird die einfache These eines Erhängungsselbstmordes noch unwahrscheinlicher, wenn wir das sogenannte „Erhängungswerkzeug" genau betrachten. Die offiziellen Gutachter Professor Mallach und Professor Rauschke schrieben zuerst von einer Schlaufe, wo vom Knoten ab zwei Stücke, jeweils 26 cm und 25 cm lang, abgingen. So eine Schlaufe, deren Umfang bei Professor Mallach und Professor Rauschke nicht berechnet wurde, hätte aber (sogar in Stammheim) einen Umfang von 51 cm. So eine kleine Schlaufe würde in die Selbstmordthese ohne weiteres hineinpassen. Leider hat aber Professor Rauschke auch den vertikalen Abstand vom Aufhängepunkt bis zum Knoten abgemessen: 34 cm. Das macht nach 2 mal 34 schon 68 cm. Dr. N. rechnet dazu noch den Verlauf der Schlaufe um den Hals und kommt so auf einen Minimalumfang der Schlaufe von 80 cm. Sogar die offiziellen Gutachter geben zu, daß ein Stück der Schlaufe von „irgendjemandem" herausgeschnitten, fehlt. Ob es nun 20 cm waren oder mehr, ist noch immer ein Stammheimer Geheimnis.

Dieser Schlaufenumfang ist nicht nur eine abstrakte Kalkulation für junge Mathematiker. Im offiziellen Gutachten wird eine 51 cm kleine Schlaufe benützt. Komischerweise ist – plötzlich – das fehlende Stück vergessen, verloren. Diese 51 cm kleine Schlaufe paßt perfekt in die Selbstmordthese. Die Sache wird schon ganz anders bei einem Schlaufenumfang von 80 cm. Eine Schlaufe dieser Größe könnte nicht nur leicht über den Kopf gestreift werden, aber aus so einer Schlaufe kann der Kopf auch wieder heraus. Für einen Selbstmordversuch benützt, würde bei Eintritt der Bewußtlosigkeit und verschwindendem Muskeltonus der Kopf nach hinten kippen und herausfallen. So eine Schlaufe würde auch keine Strangulationsmarken wie die, die bei Ulrike Meinhof bestanden, hervorrufen können. Sie könnte noch nicht einmal zur Drosselung der Blutgefäße führen.

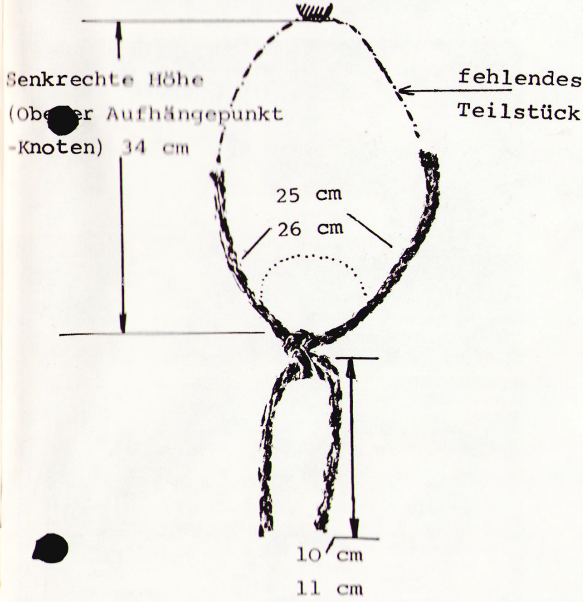
So eine Schlaufe ist auch nicht geeignet, eine Leiche in der Hängelage zu halten, bevor die Totenstarre eintritt. In der mehrstündigen Periode zwischen Tod und Erstarrung der Leiche (Zeit der Tonuserschlaffung) würde auch die Leiche aus so einer Schlaufe herausfallen. Jedenfalls würde der Kopf nach hinten gehoben worden sein. Aber Ulrike Meinhof wurde mit dem Kinn auf der Brust, starr, um 7.40 Uhr in der langen Schlaufe hängend gefunden. So eine Haltung konnte aber nur erreicht werden, wenn man (wer wäre dieser man?) die Totenstarre dazu benützt, den Kopf nach vorne zu drücken und das Kinn bis zur Brust zu führen.

III Aber nicht nur am Hals gibt es Unwahrscheinlichkeiten in der offiziellen These. Der Körper war in der Schlaufe keineswegs freihängend. Er lag hinten zum Teil auf der Fensterbank, vorne stützte sich der linke Fuß auf den vor ihr stehenden Stuhl.

Nach Dr. N.: „In der Leichenstarre wirkte das ausgestreckte Bein wie ein Holzstab, mit dem man ein darüberliegendes Gewicht stützen kann. Dadurch wurde ein Teil des Körpergewichts abgestützt und die Zugkraft des hängenden Körpers vermindert. Weiterhin wurden die Schultern der Leiche nach vorne genommen, so daß das Gegengewicht gegen die Zugkraft vergrößert wurde. Daß das linke Bein erst im Zustand der Leichenstarre aufgesetzt wurde, erkennt man auch daran, daß der Fuß in seiner normalen Haltung geblieben ist. Hätte er vor oder unmittelbar nach dem Tode so gestanden, dann wäre im Stadium der Tonusaufhebung der Fuß umgeknickt und durch die Leichenstarre fixiert worden. Das war aber nicht der Fall.

In dem Arrangement von Leiche, Stuhl und Stuhlunterlagen hat der Stuhl eine Stützfunktion für die Leiche. Das erkennt man auch daran, daß außer der Matratze noch Wolldecken unter den Stuhl gelegt wurden, damit das Podest die genügende Höhe für das linke Bein bekam."

IV Die offiziellen Gutachter kamen zu dem Ergebnis, daß Frau Meinhof zu Beginn der Erhängung noch lebte, doch sind die Beweise dafür nicht stichhaltig. Strangulationsmarken, Fraktur des großen Zungenbeinhorns und Abbruch der beiden Schildknorpelhörner, die bei Ulrike Meinhof festgestellt wurden, können auch kurz nach dem Tod erfolgen und zu Blutaustritten in das umgebende Gewebe führen. Auch die kleineren Blutungen im Bereich der unteren Ansatzpunkte der großen Kopfnickermuskeln können kurz nach dem Tode aufgetreten sein.



V Das Problem der Schlaufe ist nicht nur eines des Umfangs, sondern auch der Gesamtlänge. Nach offiziellen Angaben erhängte sich Ulrike Meinhof mit einem herausgerissenen Streifen eines Anstaltshandtuchs. Dieses Handtuch lag wohl unmittelbar links vor der Leiche. Leider — für diese These — ist das Handtuch nur 75 cm lang; es wird nirgendwo erwähnt, daß mehrere Streifen zusammengenäht bzw. geknoten worden wären. Nur ist die Minimallänge der Schlaufe plus Knoten plus freihängenden Enden schon 92 cm, wenn aber das fehlende Stück von mindestens 29 cm auch dazugerechnet wird, wird die Länge des „Erhängungswerkzeugs" schon 126 cm, etwas viel für ein 75 cm langes Anstaltshandtuch. Unabhängige Versuche mit Anstaltshandtüchern aus Stammheim ergaben noch ein störendes Resultat: jedesmal rissen solche Handtuchschlaufen, wenn sie mit meinhofähnlichen 50 kg belastet wurden.

VI Ein anderer Punkt, diesmal nicht medizinisch, aber vielleicht eine Vorahnung des Baader-Ensslin-Raspe-Stammheims des Jahres 1977, erschien schon zur Zeit des Todes von Ulrike Meinhof. In der Zellenlampe war am Todesmorgen eine Glühbirne. Nur — werden die Glühbirnen jede Nacht in Stammheim eingezogen, auch am Abend des 8. Mai. (Wie andere Gefangene benützte Frau Meinhof das Licht des Fernsehers, um zu lesen und zu schreiben, nachdem die Glühbirne abgegeben war.) Jedenfalls war am Morgen des Todes Fernseher sowie Lampe abgeschaltet; nach der Selbstmordthese wäre Frau Meinhof im Dunkeln auf den wackeligen auf Matratzen und Decken stehenden Stuhl gestiegen, hätte im Dunkeln das Handtuch zerrissen, durch das Gitter gezogen und sich im Dunkeln erhängt. Oder . . . sie hätte auch nachher den Fernsehen oder die Lampe abgeschaltet. Oder jemand anders. Jedenfalls ist es traurig, daß es — wie gewöhnlich in Stammheim — überhaupt keine Fingerabdrücke gibt, nicht von Ulrike Meinhof, auch nicht von irgendjemand anderem auf dieser Glühbirne. Aber schließlich gibt es auch keine Fingerabdrücke auf den Pistolen von Baader und Raspe, dem Messer von Irmgard Möller und anscheinend auch nicht (diese Frage ist noch nicht geklärt) auf der Munition in den Pistolen. (Wie lädt man eine Pistole, ohne Fingerabdrücke auf den Patronenhülsen zu hinterlassen?)

VII Dr. N. geht auch auf die Frage des Selbstmordmotivs ein. Er findet hier das Wichtigste, warum Ulrike Meinhof keinen Abschiedsbrief geschrieben hat. „Das Fehlen irgendwelcher Abschiedsbriefe steht im Gegensatz zu allem, was wir sonst über sie wissen. Sie hatte ihre Überzeugung nicht aufgegeben, wußte, daß sie noch Anhänger hatte, und es ist unvorstellbar, daß sie, ohne ein erklärendes Wort zu hinterlassen, aus dem Leben geschieden wäre. Ebenso hätte sie ihrer Schwester eine Nachricht hinterlassen, die das bei ejner früheren Gelegenheit gesprochene Wort „*Wenn Du hörst, ich hätte mich umgebracht, dann kannst Du sicher sein, es war Mord.*" zurückgenommen hätte."

Dr. N. findet kaum, daß Ulrike Meinhof Elemente einer „Pseudeenzephalitis Wernicke" hatte, d. h. eine Gehirnveränderung, die für eventuelle psychische Depressionen verantwortlich sein könnte.

Viel gravierender findet vielleicht nicht nur Dr. N., aber jeder, der daran interessiert ist, die Wahrheit über Frau Meinhofs Tod zu kennen, daß bis heute die feingewebliche Untersuchung sowie die abschließenden Obduktionsberichte von Professor Mallach und Professor Rauschke anscheinend noch nicht gemacht wurden. Jedenfalls sind diese Ergebnisse nicht nur der IUK, sondern sogar der Schwester von Ulrike Meinhof bis heute, trotz wiederholter Forderungen, vorenthalten worden (wie auch — natürlich — dem Testamentsvollstrecker von Frau Meinhof, Dr. Klaus Croissant).
Nur aus diesen feingeweblichen Untersuchungen (oder vielleicht der Aussagen eventueller Augenzeugen) wäre es möglich, die näheren Umstände und Gründe der Herzerkrankung, ja den Verlauf von Ulrike Meinhofs Tod festzustellen.

ENDE

PS.: Zur Zeit des Todes von Ulrike Meinhof hörte man Gerüchte über die Existenz eines Geheimgangs in das 7. Stockwerk in Stammheim. Als wir versuchten, in den staatstragenden Medien darüber zu berichten, wurde uns barsch gesagt, daß man solche groben Unterstellungen unterlassen sollte . . . Den Geheimgang zum 7. Stock gibt es jetzt, es gab ihn auch damals, wer hatte ihn in der Nacht zum 9. Mai benutzt?

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Nr. 209/210
Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 16. Dezember

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

bonn bons

Prominenten aus dem Mund gehoben







Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl

DOKUMENTATION ZUM U–BOOT–KREDIT AN ARGENTINIEN

BONN 14. Dezember *Von der Informationsstelle Lateinamerika (ila) stammt folgende Meldung:*

Am 25.11.77 wurde an Argentinien ein Kredit in der Höhe von 90 Mio.$ vergeben - 19 deutsche Kreditinstitute waren daran beteiligt, darunter auch die BfG, "die Hausbank der Gewerkschaften". (Zit. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Walter Hesselbach, Frankfurt 66).
Die argentinische Zentralbank bezeichnet die Kredite als eine Unterstützung für das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der argentinischen Regierung.
Die ila fragte die BfG, den DGB und den IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) an und bat um Stellungnahme zu der Politik der Gewerkschaftsbank, die bei dieser Kreditvergabe so offensichtlich gegen ihre "humanistische Tradition" (zit.s.o.) verstieß.
In ihrem Antwortbrief nennt die BfG es "zynisch und inhuman dem argentinischen Volk mit dem Hinweis auf sein Militärregime, dessen Politik keineswegs beschönigt werden soll, die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung (Stabilisierung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, A.d.Red.) vorzuenthalten oder zu erschweren."
Zynisch und inhuman ist die Politik der BfG, nämlich die argentinische Junta, die sich fortlaufend der Verletzung der Gewerkschafts- und Menschenrechte schuldig macht, mit den Geldern der Arbeiter zu unterstützen.
Die ila hat eine Dokumentation über die BfG-Investitionspolitik zusammengestellt:
Inhalt - Praktizierte Gewerkschaftliche Solidarität, Auszüge aus dem Briefverkehr, Kredite, Auslandsinvestitionen-Politik, Arbeitsmarkt.

Kontaktadresse:
ila, Buschstr. 20, 5300 Bonn